

Peter Wahl
(Re)Regulierung der
Finanzmärkte

Christel Hanewinkel
„Als wir alle noch
an einem Tisch saßen ...“

Eckart Spoo
Die Medien als Wächter
des Status quo

Dirk Meyer / Rolf Mützenich
Irrlehren – eine erste Nachlese
zum NATO-Krieg in Jugoslawien

Ausgabe 6 | 99
Heft 110
9,50 DM
November |
Dezember 1999

POLITIK IM WANDEL



von Thomas Westphal

„Klaus Model ist Betriebselektriker, Vertrauensmann der IG Metall in einem mittelständischen Betrieb, parteilos, SPD-Wähler, Familienvater. Er hat eine qualifizierte und im Vergleich zur Mehrheit der Kollegen auch privilegierte Arbeit. Er kommt herum im Betrieb, er kann sich vieles selber einteilen, kann zwischen-durch mit Kollegen reden. Die Arbeit in der Gewerkschaft kostet natürlich eine Menge Zeit; das große Problem sind die Wochenenden, denn da spielt er mit seiner Vereinsmannschaft Fußball. Seine Frau arbeitet halbtags, sie ist ziemlich im Stress; er kann ihr nicht soviel abnehmen wie er gerne möchte – da gibt es Spannungen, die zu bewältigen viel Einfühlung, Selbstbeherrschung, Kraft und Liebe verlangt. Zum Glück sind die Kinder aus dem Größten heraus.“

Die Zeitung kauft Klaus Model morgens auf dem Weg zur Arbeit – ein Boulevardblatt. Am Wochenende holt er sich die Frankfurter Rundschau; abends blättert er noch in einer Illustrierten, alle 14 Tage kommt die Mitgliederzeitung der IG Metall – damit ist er schon ziemlich ausgelastet.“

Klaus Model gibt es nicht. Er ist eine Erfindung von Kaspar Maase, einem Kulturwissenschaftler, der die Diskussion um den Wandel von Arbeiterkultur und Lebensweise zum Ende der achtziger Jahre durch wichtige Beiträge voran getrieben hat. Seine kurze Zeichnung der Lebensmuster von Klaus Model stammt aus dem Jahre 1987.

Natürlich war der erfundene Klaus Model schon damals weit entfernt davon, den statistischen Durchschnittsarbeiter zu verkörpern. Maase skizziert das, was viele Soziologen einen gesellschaftlichen Idealtypen nennen.

Kurzum: Klaus Model ist eine Art ideeller Gesamtarbeiter, der die wesentlichen Lebenseinstellungen, Werte, Normen und Verhaltensmuster, die so oder in ähnlicher Form in der Arbeiterkultur der siebziger und achtziger Jahre anzutreffen waren, idealtypisch in sich vereint.

Die politische Stärke der Gewerkschaften und der SPD in den siebziger und achtziger Jahren beruhte zu einem wesentlichen Teil darauf, die praktische Politik und die politischen Symbole, die Sie erzeugten, auf diesen Idealtypen ihrer sozialen Basis auszurichten.

*

Es gibt viele Gründe, warum die derzeitige Bundesregierung so schwach und politisch enttäuschend ist. Die größte Schwäche der aktuellen Bundesregierung liegt jedoch darin, dass sie im Wahlkampf 1998 vorgab, die herrschenden Werthaltungen, Lebenseinstellungen und Alltagsprobleme der Deutschen zu kennen und diese zum Ausgangspunkt ihrer „Modernisierungs-Agenda“ zu machen. Nunmehr beweist die rot-grüne Bundesregierung fast täglich, dass auch sie eine dem Volk entrückte Modernisierungspolitik verfolgt und die eigentliche Umbrüche im gesellschaftlichen Leben nicht zur Kenntnis nimmt.

Aber diese sozial- und klassenpolitische Schwäche teilt die Bundesregierung mit der gesamten progressiven Linken in Deutschland. Ein Klaus Model der neunziger Jahre existiert nicht, weder bei den Cheftheoretikern der Neuen Mitte, noch bei den linken Kritikern der Bundesregierung.

Ende der achtziger Jahre unternahm die gewerkschaftsorientierte Linke in Deutschland den Versuch, den Wandel von Alltagskultur und Lebensweise zum Mittelpunkt ihrer Reformpolitik zu machen. Auch im spw-Kontext entstanden in dieser Zeit wichtige Diskussionen rund um den Zusammenhang des strukturellen Wandels der Industriegesellschaft und der Veränderung von Individualität und Lebensweise (z.B 53 Thesen Projekt Moderner Sozialismus).

In der Januar-Ausgabe der spw aus dem Jahre 1991 ist in einem Interview mit E. Fehrmann über die Angestellten-Politik der IG Metall unter der Überschrift „Können Yuppies solidarisch sein?“ folgende Passage nachzulesen:

„Eine zentrale Frage wird sein, ob wir die Führungskräfte als Ge-

stalter wesentlicher Entwicklungen für die Gewerkschaften gewinnen können. Die Kapitalisten erschrecken nicht vor der großen linksradikalen Phrase der Vergesellschaftung. Aber beim Kampf um strategisch wichtige Arbeitnehmerfraktionen in den Betrieben, da spüren sie, dass sie selbst große Probleme haben. Denn sie werden von den heutigen Führungsschichten längst nicht mehr so unkritisch gesehen, wie das noch vor 30 Jahren der Fall war. Warum entwickeln sie denn soziale Beteiligungstechniken mit großen individuellen Freiräumen? Doch auch deshalb, weil sie sonst befürchten müssen, dass sie die Unterstützung der Führungskräfte verlieren. Da wird einer der großen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital zukünftig ausgetragen werden. Nur hier hat sozialistische Politik Ausgangspunkte und realistische Anhaltspunkte, Gestaltungskraft wieder zu gewinnen.“

Kurzum: Der vor knapp zehn Jahren in der damaligen spw beschriebene Kampf zwischen Arbeit und Kapital um die Köpfe der Führungsschichten ist in der ersten Runde deutlich zugunsten des Kapitals entschieden worden. Die von der Linken geführte Debatte um Individualität und Selbstbestimmung ist abgewandert in die Diskussionszirkel des marktradikalen Liberalismus.

*

Im Zentrum des Selbstverständnisses der sozialistischen Linken stand vor gut zehn Jahren die Überzeugung, dass das Hauptmotiv aller gesellschaftlichen Veränderungsbemühungen die Entwicklung von selbstbewussten und selbständigen Menschen und Persönlichkeiten sein müsse und dass die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft nicht nur Armut und Verelendung mit sich bringt, sondern auch mehr Raum für Selbständigkeit im Beruf und für biographische Selbstbestimmung im Lebensentwurf schafft. Am Ende der 90er Jahre ist dieses Selbstverständnis unter dem Druck von Massenarbeitslosigkeit und zunehmender sozialer Ausgrenzung innerhalb der deutschen Linken von vordergründigen Steuer- und Verteilungsdebatten und von platten Gleichheitspostulaten verschüttet. Es wird Zeit, diesem Selbstverständnis wieder neues Leben einzuhauchen. Anders wird eine ernst zunehmende Alternative zur Schröder-SPD nicht zu realisieren sein.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin) (†)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl.)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Lärcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpellis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
 Uta Biermann
 Stefanie Gerszewski
 Barbara König
 Ralf Krämer
 Dirk Meyer
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Birgit Strack
 Claudia Wälther
 Frank Wilhelmy
 Rainer Zügehör

Redaktionssekretär
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstr. 26, 44 289 Dortmund
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 E-mail: verlag@spw.de
 redaktion@spw.de
 Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement: DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement: DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1999.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Internet: www.spw.de
 Gestaltet durch Koeln-Online
 und Markus Lauber

Titelfoto:
 Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, Dezember 1999

INHALT

<i>Thomas Westphal</i> kurzum	2
--	---

MAGAZIN

Notizen und Hinweise	4
<i>Dirk Meyer, Rolf Mützenich</i> Irrlehren – Eine erste Nachlese zum NATO-Krieg in Jugoslawien	6
<i>Lennart Laberenz</i> Berliner Republik. Die SPD koaliert in Berlin weiter mit der Beliebigkeit - und der CDU	8
<i>Ralf Krämer</i> Der Oskar schlägt links	9
<i>Burkhard Winsemann</i> „Soziale Republik Europa“	11
<i>Tanja I. Breuer, Christian Z. Schmitz</i> Die Millenium-Jusos auf dem Weg in die „ideelle“ Gesamtidentität	12
<i>Mathias Brodkorb</i> Jahrhundertbilanz der SPD	15
<i>Joachim Schuster</i> Tarifpolitik unter dem Euro	17

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

<i>Axel Gerntke</i> Ein Schritt vorwärts ... Die IG Metall auf dem Weg ins neue Jahrhundert	18
<i>Oliver Lindner, Stephan Klecha</i> Die Gewerkschaften und der Abschied von der Industriegesellschaft	21
<i>Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV</i> Hände weg vom Ladenschluss!	24
<i>Peter Wahl</i> (Re)Regulierung der internationalen Finanzmärkte	27

POLITIK IM WANDEL

<i>Reinhold Rünker</i> Politik im Wandel. Einleitung zum Heftschwerpunkt	32
<i>Eckart Spoo</i> Die Medien als Wächter des Status quo gegen demokratische Umtriebe	34
<i>Christel Hanewinkel</i> „Als wir alle noch an einem Tisch saßen ...“	37
<i>Wolfgang Tönnemann</i> Gegen den Trend? Plädoyer für Parteien als unerläßliche Foren der Politik	39
<i>Reinhold Rünker</i> Transformation des Politischen?	42
<i>Verein Soziale Republik Europa</i> Für eine Soziale Republik Europa und internationale Solidarität	46

KOMMUNALE POLITIK

<i>Claudia Tausend</i> Modell München – Rot-Grün auf kommunaler Ebene	50
--	----

THEORIE UND STRATEGIE

<i>Ralf Krämer</i> Neue Grundlagenmaterialien zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus	54
--	----

INTERNATIONALES

<i>Adrian Zimmermann</i> Linke stagniert, Konzentration im rechten Lager Parlamentswahlen in der Schweiz	56
--	----

Notizen und Hinweise

SPD-Linke fordern für die Zukunft andere Finanzpolitik

Obwohl ihre Anstrengungen, substanzielle Änderungen am Sparprogramm der Bundesregierung zu erreichen, erfolglos blieben, haben die SPD-Linken im Bundestag sich dem Fraktionszwang unterworfen und dem Haushaltssanierungsgesetz zugestimmt. In zwei Erklärungen begründen insgesamt 54 Abgeordnete ihre kritische Position und fordern für die Zukunft eine andere Orientierung. In ähnliche Richtung erklären sich 6 Grüne MdBs, zwei weitere haben nicht zugestimmt. Die Erklärungen sollten als Nachtrag zum Protokoll der 70. Plenarsitzung im Internet-Angebot des Bundestags als selbstentpackende Dateien zu finden sein unter <http://www.bundestag.de/pp/exe/14070n.exe>

Forum Gewerkschaften: „Wir brauchen eine andere Politik“

In einem neuen Aufruf unter diesem Titel haben GewerkschafterInnen, darunter viele führende FunktionärInnen, konkrete Forderungen formuliert, um den Anspruch eines Politikwechsels, einer Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit endlich einzulösen. Um weitere UnterstützerInnen und Spenden wird geworben. Infos bei Forum Gewerkschaften, Red. Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20009 Hamburg, Fax 040-28050568, Internet: <http://www.sozialismus.de> oder <http://www.labournet.de>

Ehehattensplitting nicht mehr zeitgemäß

Unter diesem Titel zeigt der Wochenbericht 40/99 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auf, dass die gegenwärtige Regelung der heutigen Stellung der Frau nicht mehr gerecht wird und Ehepaare mit hohen Einkommen unangemessen begünstigt, auch wenn sie keine Kinder zu erziehen haben. Als *Alternative* wird die Möglichkeit eines *Ehegatten-Realsplittings* aufgezeigt, das verfassungskonform, verwaltungstechnisch gut umsetzbar und sozial gerechter wäre. Die finanziellen Einbußen bei Ehepaaren mit niedrigen und mittleren Einkommen könnten begrenzt und über

ein höheres Kindergeld mehr als ausgeglichen werden. *Dafür stünden auf diese Weise Mehreinnahmen von je nach Ausgestaltung bis über 20 Mrd. DM jährlich zur Verfügung.* Der Bericht mit umfangreichen Tabellen ist im Internet verfügbar unter <http://www.diw-berlin.de/diwwbd/99-40-1.html>

Wachstums- und Beschäftigungseinbußen durch Altersvorsorge mit Kapitaldeckung

Dies stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem aktuellen Wochenbericht 46/99 fest. In Modellrechnungen werden *je nach Variante der Verlust von knapp 100.000 bis zu 400.000 Arbeitsplätzen in fünf Jahren* erwartet. Zusammenfassend stellt das DIW fest: „Die Möglichkeiten der Kapitaldeckung als Finanzierungsverfahren der Alterssicherung werden in vielerlei Hinsicht überschätzt: Die Folgen einer alternativen Bevölkerung können nicht durch den Wechsel des Finanzierungsverfahrens gelöst werden. (...) Zum anderen würde die mit der Einführung eines Kapitaldeckungsverfahrens einhergehende Erhöhung der Sparquote einen entsprechenden Ausfall von Konsumnachfrage bedeuten, dem – über tendenziell sinkende Zinsen – nur ein indirekter Impuls für eine höhere Investitionsnachfrage gegenüberstünde.“ Im Internet unter <http://www.diw-berlin.de/diwwbd/99-46-1.html>

Jospin-Papier statt Schröder-Blair

Der als „Jospin-Papier“ bekannte Beitrag der Sozialistischen Partei Frankreichs zum 21. Kongreß der Sozialistischen Internationale am 8. bis 10. November in Paris ist im Wortlaut in deutscher Übersetzung im November-Heft der Blätter für deutsche und internationale Politik dokumentiert. Im Internet ist diese französische Antwort auf das Schröder-Blair-Papier zu finden unter <http://www.blaetter.de/kommenta/josp1199.htm>.

Keine Kampfpanzer für die Türkei!

Eine große Zahl von *Gruppierungen aus Friedensbewegung und Gewerkschaften haben eine Kampagne gestartet* „Keine Kampfpanzer für die Türkei! Schluss mit Waffenlieferungen für Vertreibungen, Zerstörung und Krieg!“ U.a. werden Protestpostkarten, Kleinanzeigen und Veranstaltungen

durchgeführt. Weitere Infos unter <http://www.friedenskooperative.de>

Informationen und Aktivitäten für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage bietet der IMK – *Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden*, Postfach 200738, 53137 Bonn, Tel. 0228-362802, <http://www.kurden.de>

Keine Konten bei der CITIBANK!

Keine andere Bank baut so ungeniert Arbeitsplätze ab und verstößt so massiv gegen Sozialstandards und Schutzrechte von ArbeitnehmerInnen, sagen die Betroffenen. Betroffene ArbeitnehmerInnen, die Gewerkschaft HBV und diverse andere Gruppen haben jetzt eine *Boycott-Kampagne „Citi-Critic“* gestartet. Weitere Infos über die zugrundeliegenden skandalösen Vorfälle und Materialien zur Kampagne gibt es bei Hans-Peter Lauer, Kirchlicher Dienst der Arbeitswelt KDA, Am Burgacker 14-16, 47051 Duisburg, und im Internet auf der Seite der HBV <http://www.hbv.org> und unter <http://www.labournet.de/call-op>

Kampagne für ein Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum

Die Lobby für Wohnsitzlose und Arme e.V. führt in Zusammenarbeit mit der IG BAU eine Kampagne für die *Aufnahme eines Rechts auf bezahlbaren Wohnraum ins Grundgesetz* durch. Unterschriftenlisten und weitere Materialien und Informationen gibt es unter Tel. 069-3140800 und im Internet unter <http://www.lobby-online.de>

Netzwerk für eine zukunftsfähige Politik

Etwas 50 Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Organisationen und Initiativen von Gewerkschaften über Friedensbewegung, Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung, Arbeitsloseninitiativen, Jugendorganisationen bis zu Bundestagsabgeordneten trafen sich am 6. November 1999 im Haus der IG Metall in Frankfurt, um gemeinsam über Möglichkeiten der Entwicklung eines Netzwerks und außerparlamentarischer Bewegung für eine zukunftsfähige Politik zu diskutieren. Eingeladen hatten Reiner Braun von der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Friedens- und Zukunftsfähigkeit, Reinhard Hahn, bis vor kurzem Bundesjugendsekretär der IG Metall, und das IG Metall Hauptvorstandsmitglied und Mitinitiator der Erfurter Erklä-

rung, Horst Schmitthenner. In den kommenden Monaten sollen Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen 1. Arbeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung, 2. Friedenspolitik, und 3. Demokratie, Menschenrechte, Partizipation inhaltliche Klärungen voranbringen, daneben soll die Internet-Vernetzung vorangetrieben werden. Nach den NRW-Landtagswahlen soll dann ein zweites Treffen stattfinden. Für Herbst 2000 ist ein Kongress anlässlich zwei Jahre Rot-Grün ins Auge gefasst, der in Zusammenhang mit einem großen Festival der IG Metall Jugend in Berlin durchgeführt werden soll. Interessierte können sich an Ralf Krämer von der spw-Redaktion wenden.

„Aufstehen für eine andere Politik“ – Ratschlag in Erfurt

Das Aktionsbündnis unter diesem Motto, das ausgehend von der Erfurter Erklärung u.a. die bundesweite Großdemonstration am 20.06.98 in Berlin organisiert hatte, lädt für den 29.01.2000 zum 3. bundesweiten Ratschlag in Erfurt ein. Inhaltlich sollen Diskussionen und Aktionsmöglichkeiten zu den sozialen Verteilungsfragen im Mittelpunkt stehen, als Referent ist u.a. Friedhelm Hengsbach eingeladen. Laufende Unterschriftenkampagnen des Aktionsbündnisses fordern die Wiedereinführung der Vermögensteuer und 1 Mio. Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor jetzt. Weitere Informationen und Materialien beim Organisationsbüro, c/o DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main, Tel. 069-24249950, Fax 069-24249951.

„Marxismus und soziale Bewegung im 20. Jhd.“ – Call for papers

Die Leo-Kofler-Gesellschaft veranstaltet vom 29.04. bis 01.05.2000 einen Kongress, auf dem die von Kofler behandelten Problemfelder Theorie und Geschichte der Bürgerlichen Gesellschaft, Arbeiterbewegung, marxistische Theorie, Ideologie und Anthropologie, Ästhetik und Literaturtheorie im Zusammenhang einer Bilanz des Jahrhundert diskutiert werden sollen. Dazu wird um Diskussionsbeiträge gebeten. Weitere Informationen bei der Leo-Kofler-Gesellschaft e.V., c/o Uwe Jakomeit, Ruhrstr. 29, 58452 Witten. In spw 5/95 erschien ein Artikel von Uwe Jako-

meit: Anschaulicher Marxismus – Zum Tode Leo Koflers.

WTO-Millennium round: Kuhhandel des Jahrtausends?

Anlässlich der neuen Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO haben das Informationszentrum Dritte Welt und der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen ein Sonderheft herausgegeben, das sich kritisch mit der Entwicklung der WTO und ihrer Abkommen und den aktuell diskutierten Streitfragen beschäftigt. Die Broschüre mit 56 Seiten kostet DM 6,00 + DM 1,50 Porto, Bezug: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel. 0761-74003, Fax -709866, Internet: <http://www.iz3w.org>

Mythos und Realität der Globalisierungsdiskussion

Unter diesem Titel hat die Forschungsgruppe Politische Ökonomie an der Universität Marburg ein Paperback mit 140 Seiten herausgegeben, das als guter Überblick und Orientierungshilfe im Gestrüpp der gegenwärtigen Debatten dienen kann. Die AutorInnen sind Kai Eicker-Wolf, Wilfried Mähmann und Sabine Reiner. Es ist für DM 11,00 + Porto per eMail zu bestellen bei fgpoloek@mailers.uni-marburg.de. Die Internetadresse der

Forschungsgruppe Politische Ökonomie lautet: <http://staff-www.uni-marburg.de/~fgpoloek/>

Sozialhilfe-Ratgeber für Betroffene

Die IG Metall hat in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen eine völlig überarbeitete Neuauflage ihres Ratgebers „Tips und Hilfen im Umgang mit den Sozialämtern“ vorgelegt. Die Broschüre mit 98 Seiten kostet DM 7,50 + DM 1,50 Porto und kann gegen Einsendung eines Verrechnungsschecks oder 10,- DM-Schein bestellt werden bei der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Marktstr. 10, 33602 Bielefeld, Tel. 0521-179922.

DISS-Broschüre „Medien und Straftaten“

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung hat eine Broschüre „Vorschläge zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung über Einwanderer und Flüchtlinge“ vorgelegt, 62 Seiten, DM 10,00. Sie schließt an die kürzlich veröffentlichte Studie „Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden“ an. Bezugsquelle und weitere Informationen: DISS, Realschulstr. 51, 47051 Duisburg, Tel. 0203-20249, Fax -287881.

Arno Klönne/Eckart Spool/
Rainer Butenschön (Hrsg.)

Der lange Abschied vom Sozialismus

Eine Jahrhundertbilanz der SPD



Am 16.-18.04.99 führten die Bürgerinitiative für Sozialismus, die Zeitschriften Sozialismus und spw und Kasseler HochschullehrerInnen gemeinsam einen Kongreß „Jahrhundertbilanz Sozialdemokratie“ durch. Jetzt ist im VSA-Verlag das Buch auf Grundlage der Beiträge zu diesem Kongress erschienen:

226 Seiten; DM 32,80
ISBN 3-87975-752-6

Mit Beiträgen von Günter Benser, Joachim Bischoff, Michael Buckmiller, Christoph Butterwege, Konrad Gilges, Wolfgang Haible, Karl-Heinz Hansen, Eike Hennig, Arno Klönne, Johannes Klotz, Ralf Krämer, Horst Peter, Karsten Rudolph, Till Schelz-Brandenburg, Hans See, Horst Schmitthenner, Uli Schöler, Rolf Schwendter, Eckart Spool, Peter Strutyński, Michael Vollert, Andreas Wehr, Wolfgang Wippermann, Jörg Wollenberg.

Das Buch kann versandkostenfrei bei uns bestellt werden:
spw-Verlag,
Fresienstr. 26,
44289 Dortmund,
Tel. 0231-402410, Fax 0231-402416,
eMail: Verlag@spw.de

Irrlehren – Eine erste Nachlese zum NATO-Krieg in Jugoslawien

von Dirk Meyer und Rolf Mützenich*

„Es wird ein nächstes Mal geben, obwohl ich nicht weiß, wann und wo.“
(Generalinspekteur a.D. Klaus Naumann in der FAZ vom 01.10.1999)

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien war eine Zäsur in der Weltgeschichte. So hieß es in den Tagen der medialen Erregung vom 24. März bis zum 09. Juni 1999. Allerdings ist diese Einsicht in den Hintergrund gerückt. Alles was vom Krieg geblieben zu sein scheint, sind selbstgerechte Tagebücher und Kurzmeldungen in der Tagespresse, die vor allem eines dokumentieren: Nicht ein multiethnisches, sondern ein ethnisch homogenes Kosovo ist in 78 Nächten herbeigebombt worden.

Doch so einfach wird man nicht zur Tagesordnung übergehen können. Seit sich das mächtigste Verteidigungsbündnis der Weltgeschichte zum Weltpolizisten mandatiert und seine Ernsthaftigkeit zeitgleich am realen Objekt praktiziert hat, wird auch dem letzten Hoffenden klar geworden sein: Das Ende des Ost-West-Konfliktes ist nicht der Anfang einer neuen Friedensepoche. Der Krieg ist als Mittel einer Politik zurückgekehrt, die sich nur noch dann dem internationalen Völkerrecht unterordnet, wenn es opportun erscheint. Die vielbeschworene Friedensdividende wird nicht ausgeschüttet.

Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik

Auch in der Geschichte der Bundesrepublik markiert der Krieg eine Zäsur. Deutsche Soldaten haben sich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder an einem Angriffskrieg beteiligt.

Daß es eine sozialdemokratische Bundesregierung war, die die vor zehn Jahren begonnene „Normalisierung“ der Außenpolitik mit dem Kriegseintritt exekutiert hat, stellt eine besondere Pikanterie des Vorgangs dar.

Es bleibt dabei: Die deutsche Außenpolitik hat vor Kriegsbeginn nicht deeskaliert. Sie hat keinen Ausweg aufgezeigt, wie der Krieg zu vermeiden gewesen wäre. Erst als die Kriegsmaschinerie in Gang war, sich die „Kollateralschäden“ häuften und die öffentliche Meinung schwankend wurde, hat Außenminister Fischer mitgeholfen, den Krieg zu beenden. Deutschland war dabei. Und deutsche Sozialdemokraten rechtfertigen bis heute mit moralinsaurer Verve ihren Kriegseintritt ohne Mandat der Vereinten Nationen. Diese nicht mehr rückholbare Fehlentscheidung rächt sich seitdem in jedem neuen Konflikt. Wer etwa im Tschetschenienkrieg auf internationale Verträge verweist, bekommt die Brückierung der VN durch die NATO vorgehalten – und bleibt ohne Gegenargument.

Heute, fast ein halbes Jahr nach Ende des Krieges, kann eine erste Bilanz gezogen werden.

Die SPD bläst zum großen Parteitag. Man hofft, die Außen- und Sicherheitspolitik wird ein zentrales Thema sein.

Bilanzieren sollten alle: Kriegsbefürworter ebenso wie Kriegsgegner

Zur Erinnerung: Die Hauptargumente der Kriegsbefürworter waren: Dieser Krieg ist alternativlos, da nur so die Vertreibung und der Massenmord an den Kosovo-Albanern verhindert (!) werden kann. Nur mit NATO-Waffengewalt kann das Militärpotential des Aggressors Jugoslawien nachhaltig zerstört werden. Nur mit Waffengewalt bleibt das Kosovo multiethnisch und Teil der Bundesrepublik Jugoslawien. Nur durch die Beseitigung Milosevics kann die Region Südosteuropa stabil und an Europa herangeführt werden.

Diese Kriegsziele, so die Befürworter, sind moralisch ehrenwert, ja Teil eines neuen Paradigmas in der internationalen Politik. Sie rechtfertigten die bewußte Ausklammerung der VN.

Die Kriegsgegner hielten dem vor allem entgegen: Dieser Krieg ist nicht alternativlos, vielmehr hat das Verhalten des Westens den Konflikt erst richtig entfacht. Die Selbstmandatierung der NATO fügt der Weltgemeinschaft nachhaltigen Schaden zu –

und das auch noch im Namen von Moral und Humanität. Der Einsatz militärischer Mittel steht in keinem Verhältnis zum Nutzen, da der Krieg bestehende Probleme nicht löst und neue hervorruft.

Wer heute ehrlich bilanziert, der kommt zu folgendem Ergebnis:

- Die Vertreibungen der Kosovo-Albaner konnten nicht verhindert werden, im Gegenteil, die Bombardements haben die Gewaltspirale nach oben katapultiert. Die Vertreibungsoffer haben gewechselt. Nun jagen, vertreiben und lynchen nicht mehr Serben Kosovo-Albaner, sondern Kosovo-Albaner jagen, vertreiben und lynchen Serben und Roma. Das multiethnische Kosovo ist unter den Augen der KFOR zu einer Schimäre geworden.

- Das Kosovo ist weit von demokratischen Zuständen entfernt. Die UCK hat sich als das entpuppt was ihr die Kritiker immer vorgeworfen hatten, eine nationalistische Organisation zu sein, die auch mit terroristischen Mitteln ihre Ziele verfolgt. Sie hält bis heute an einem unabhängigen (oder mit Albanien verschmolzenen) Kosovo fest. Der Westen seinerseits ist über den Endstatus uneins.

- Das Militärpotential der Bundesrepublik Jugoslawien ist auch nach dem Dauerbombardement keineswegs wirklich geschwächt. Statt dessen ist die zivile Infrastruktur Serbiens nachhaltig so zerstört, daß in der Kombination mit dem Embargo schlimmste Folgen für die Zivilbevölkerung im Winter zu befürchten sind. Eine Demokratisierung unter diesen Vorzeichen scheint mithin und angesichts des desolaten Zustandes der serbischen Opposition auf absehbare Zeit unmöglich.

- Die gesamte Region Südosteuropa ist mindestens ebenso instabil wie vor dem Krieg. Alle Anrainerstaaten haben wirtschaftlich erheblich unter dem Krieg mitgelitten. Die Folgen sind kaum überwunden, sondern dauern wegen des fortdauernden Embargos gegen Jugoslawien unvermindert an. Bis heute bleibt unklar, ob es sich beim geplanten Stabilitätspakt jemals um mehr als eine Luftnummer handeln wird. Angesichts der handelnden „besten Männer“ bleiben Zweifel angebracht.

Und: Das wie eine Unterstützung wirkende Schweigen gegenüber dem nunmehr auch nach staatlicher Unabhängigkeit strebenden Montenegro zeichnet am Horizont bereits die kommenden Konflikt-, wenn nicht Kriegslinien vor.

Die deutsche Außenpolitik hat vor Kriegsbeginn nicht deeskaliert.

* Dirk Meyer ist Mitglied der spw-Redaktion, Dr. Rolf Mützenich ist Lehrbeauftragter für Internationale Beziehungen an der Universität Köln.

- Die VN sind nach der Selbstmandatierung der NATO nachhaltig geschwächt. Daran ändern auch große Reden von Dauerläufern nichts. Schlimmer noch: Die VN werden weiter geschwächt. Die USA verweigern standhaft ihre Schuldentilgung gegenüber den VN. Das Repräsentantenhaus blockiert die Ratifizierung des Atomteststop-Vertrages – mit verhängnisvoller Ermunterung an potentielle Atommächte. An einem Raketenabwehrsystem wird gearbeitet, der ABM-Vertrag ist in Frage gestellt. Die russische Militärstrategie greift angesichts konventioneller Schwächen auf den frühzeitigen Einsatz atomarer Mittel zurück.

Und in Europa?

Hier lautet die Lehre aus dem Krieg offenkundig, den militärtechnologischen Abstand zu den USA schnellstmöglich durch eigene Rüstungsanstrengungen aufzuholen. Kaum anders müssen die Bemühungen interpretiert werden, nicht die OSZE als regionale Partnerorganisation der VN zu stärken, sondern die WEU in die EU zu integrieren. Am lautesten tönt wieder einmal der deutsche Verteidigungsminister und fordert in diesem Zusammenhang, von allen Sparpaketen der Zukunft ausgenommen zu werden.

- Moral und Humanität als Maßstab für neues internationales Handeln entpuppt sich als das, was es von Anfang an war: als Camouflage. Wie auch immer man den Konflikt zwischen Rußland und Tschetschenien bewertet, die Reaktionen des Westens machen deutlich, daß Atommächte kaum zum Ziel „humanitärer Operationen“ erklärt werden können. Aber Moral ist nicht teilbar. Ihr Mißbrauch durch den Westen wirkt heute wie eine Ermunterung, staatliche Souveränität künftig am besten über Atomwaffen abzusichern. Auch das eine schwere Hypothek aus dem NATO-Krieg.

- Die Medien sind ein weiteres Mal zum Gehilfen der Militärs gemacht worden. Besser inszeniert als während des Golfkrieges ahnten die Seriösen unter ihnen bereits, was die Militärs im Schilde führten, indes der Wahrheit konnten auch sie kaum näher kommen. Die wird heute Stück für Stück nachgeliefert. So werden vor allem Zahlen korrigiert:

Von vermutlich Hunderttausenden Toten und Vertriebenen sind nach Angaben des Haager UN-Tribunals rund 11.000 übriggeblieben (FR

Foto: Christian Kiel (Berlin)



vom 3.8.1999). Diese Rechnung mag gefühllos klingen, wer aber ernsthaft bilanzieren will, muß auch solche Zahlen an der Kriegspropaganda messen – vor allem müssen sich die Propagandisten an ihren Zahlen messen lassen.

Gleiches gilt für die Trefferquoten: Von ursprünglich 180 getroffenen Panzern der jugoslawischen Armee sind tatsächlich nach neueren NATO-Angaben nur 93 getroffen worden. Ob sie völlig zerstört wurden, wissen wir bis heute nicht. (FR vom 17.9.99)

Schließlich klagt das französische Verteidigungsministerium in einer Studie, die USA hätten ihren eigenen Krieg geführt, General Clark hätte nicht nur der NATO, sondern auch der US-Regierung unterstanden, häufig sei die Auswahl der Angriffsziele gegen den Willen Frankreichs getroffen worden.

Weitere Wahrheiten werden ganz sicherlich in den kommenden Monaten und Jahren noch durchsickern.

Was bedeutet das politisch?

Nun kann sich niemand damit zufriedengeben, Recht zu haben, ohne es zu bekommen. Bilanzen machen nur Sinn, wenn sie richtig sind und wenn die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Mehr denn je kommt es also darauf an, die in der Sozialdemokratie durcheinander geratenen Maßstäbe für außen- und sicherheitspolitisches Handeln wieder zu ordnen. Wie weit die Bereitschaft für eine offene Diskussion reicht, wird u.a. der Bundesparteitag zeigen. Man darf gespannt sein, ob der Antrag des Jusobundesvorstandes nach Einrichtung einer Aufklärungskommission zum

Kosovo-Einsatz eine Mehrheit findet.

Darüber hinaus lauten die Anforderungen für eine künftige Außen- und Sicherheitspolitik:

1. Die Ursachen von inneren Konflikten können nicht mit Gewalt, schon gar nicht von außen und ohne Mandatierung durch die VN beseitigt werden. Im Kern sind diese Konflikte ökonomische und soziale Verteilungskonflikte. Selbst sogenannte ethnische Konflikte resultieren im wesentlichen aus sozio-ökonomischen Problemlagen.

2. Konflikte müssen frühzeitig bearbeitet werden. Erforderlich sind die Früherkennung von Konfliktlagen, das Angebot zur Konfliktvermittlung, Schaffung von ökonomischen Anreizen und die Stärkung der VN. Demokratisierung, Integration, Abrüstung und die Herstellung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung sind allemal friedensfördernder als militärisch geleitete Sicherheitspolitik.

3. Die OSZE hat sich als Forum der Vertrauensbildung und Gewaltverhütung bewährt. Sie muß gestärkt werden. Die NATO dagegen hat ausgedient. Das Berliner Grundsatzprogramm hat recht, wenn es festhält: „Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen.“ Die NATO muß daher Schritt für Schritt in die Strukturen der OSZE überführt werden.

4. Die Zusammenarbeit und Integration in der EU muß ausgebaut und vertieft werden. Die Union braucht keinen „militärischen Arm“. Demokratie, Rechtssicherheit, Anerkennung der Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit sind allemal friedensförderlicher als eine neue militärische Organisation.

Alles spricht derzeit für eine weitere Schwächung der VN.

spw

Berliner Republik

Die SPD koalitiert in Berlin weiter mit der Beliebigkeit – und der CDU

von Lennart Laberenz*

Berlin als Modell für die Republik?

Berlin wird derzeit zum Schafott sozialdemokratischer Politik. Gerhard Schröder & Co bleibt es vorbehalten, die Bundespartei weiter ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer gestalterischen Substanz zu berauben. Die ortsansässigen GenossInnen haben den Weg schon einige Jahre beschritten: In Berlin liegt die SPD in den letzten Zuckungen der Sozialdemokratie.

Neun Jahre große Koalition fasst das *Kursbuch* vom September wie folgt zusammen: „Schlechteste Wirtschaftsentwicklung aller alten Bundesländer in Westberlin, schlechteste Wirtschaftsentwicklung aller neuen Länder im Ostteil der Stadt, finsterste Finanzlage aller Bundesländer in Ost und West, Halbierung der Gewerbemieten binnen fünf Jahren, Leerstand an Büroflächen von 12 bis 14 Prozent.“ Das sieht die Berliner SPD naturgemäß ganz anders: „Aus zwei Hälften ist eine Stadt geworden, die mit anderen europäischen Metropolen konkurrieren kann.“¹

Während sich neue Großmannsucht am Potsdamer Platz aus Glas und Stahl erhebt, während sich aus dem Spreebogen ein vereinigtes Deutschland zurück auf die weltpolitische Landkarte bombt, hat die Stadt nebenbei einen Wahlkampf auf unterirdischem Niveau überstanden. Es hat sich gezeigt, dass der Kleingeist in Berlin auch durch Multiplexkinos nicht verdrängt werden kann – die SPD trat mit neoliberalen Thesen den Weg in die Neuauflage der großen Koalition an. Berlin also Modell für die ganze Republik?

Es findet sich in der Person der Finanzsenatorin Fugmann-Heesing gleichsam die politische Mutter Hans



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Eichels. Mit ihrem radikalen Sparkurs ist sie verantwortlich dafür, „dass die Nachfrage nach Gütern und Diensten im Berliner Wirtschaftsraum infolge der restriktiven Ausgabenpolitik des Landes in den vergangenen Jahren erheblich gebremst wurde.“² Die SPD entblödete sich nicht, im Wahlprogramm die Haushaltssanierung als prioritäres Thema anzupreisen. Nachdem so Bildung kleingespart und ein Privatisierungskurs ausgegeben wurde, der die FDP komplett überflüssig machte, ergab sich aus der Beschneidung der Investitionshaushalte und der Entledigung der politischen Interventionskraft ein vernichtendes Bild: „Nach 1995 sind von den Ausgaben im Landeshaushalt in jedem Jahr dämpfende (Primär-) Impulse auf die Berliner Wirtschaft ausgegangen.“³

Wie schon erwähnt leiden die GenossInnen in der Hauptstadt unter gewissen Wahrnehmungsstörungen. Nicht anders ist zu erklären, dass mit Walter Momper die passende Gegenkandidatur zu Eberhard Diepgen gefunden wurde. Noch ein wenig farblos wirkt Dietmar Böger. Für beide ist zumindest in Teilen der kalte Krieg noch nicht vorbei. Zusammen mit dem Landesvorsitzenden Peter Strieder („Die Drecksarbeit der deutschen Einheit ist gemacht.“) zeichnen sie hauptverantwortlich dafür, dass eine politische Mehrheit ohne die CDU erneut nicht genutzt wird. Die Vokabel links wendet sich auf Grüne, die PDS und die SPD zwar gleichermaßen schwierig an, dennoch läge hier zumindest theoretisch erneut eine Möglichkeit, konstruktive Politik zu machen. Dagegen wählen die SpitzengenossInnen lieber die einfachen Wege zur Macht. Als Juniorpartner wollen

sie „gestalten“, mit einer Partei, deren Fraktionsvorsitzender Landowsky HausbesetzerInnen als „Ratten“ und „Gesindel“ bezeichnet, das „auszumerzen“ sei. Mit einer Partei, die sich nicht schämt, ihren Slogan „In Kreuzberg muss Deutschland wieder sichtbar werden“ (JU) auch politisch zu verwirklichen.

Der Osten rot – der Westen schwarz

So kann es denn auch nicht verwundern, dass sich bei hartnäckiger Vermeidung politischer Aussagen Berlin am Wahlabend wunderschön geteilt zeigte: der ganze Osten rot, der Westen schwarz – bis auf das noch in den 80er Jahren steckende Kreuzberg, hier gewann Grün. Ohne ein kleines rosa Fleckchen mutiert die SPD in den Bezirksfraktionen zur Splittergruppe: Zu Recht!

„Der Bundestrend ist gestoppt“, trällerten Momper, Strieder und der verkrampte Müntefering eilig Erleichterungsgesänge. Dass der Trend sich auf historischem Tiefstand stabilisiert, scheint irgendwie untergegangen zu sein. Für linke Politik sind die 22,4% dennoch beinahe sechs Prozent zu viel. Auf keinem politischen Feld konnte sich die Sozialdemokratie gegenüber CDU oder PDS profilieren. Seit Jahren schwächt eine Doktrin der politischen Ignoranz gegenüber der „SED-Nachfolgepartei“ das linke Potential in der Stadt, während es andererseits die CDU mühelos schafft, unangenehme Konsequenzen der SPD anzulasten. Die GenossInnen nehmen das dankbar hin, erfreuen sich ihrer Gestaltungskraft und der netten Posten, die sich so ergeben. Dass sich in Berlin eine rüde Abschiebepaxis entwickelt hat, dass

Es findet sich in der Person der Finanzsenatorin Fugmann-Heesing gleichsam die politische Mutter Hans Eichels.

* Lennart Laberenz, Student der Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften in Berlin.

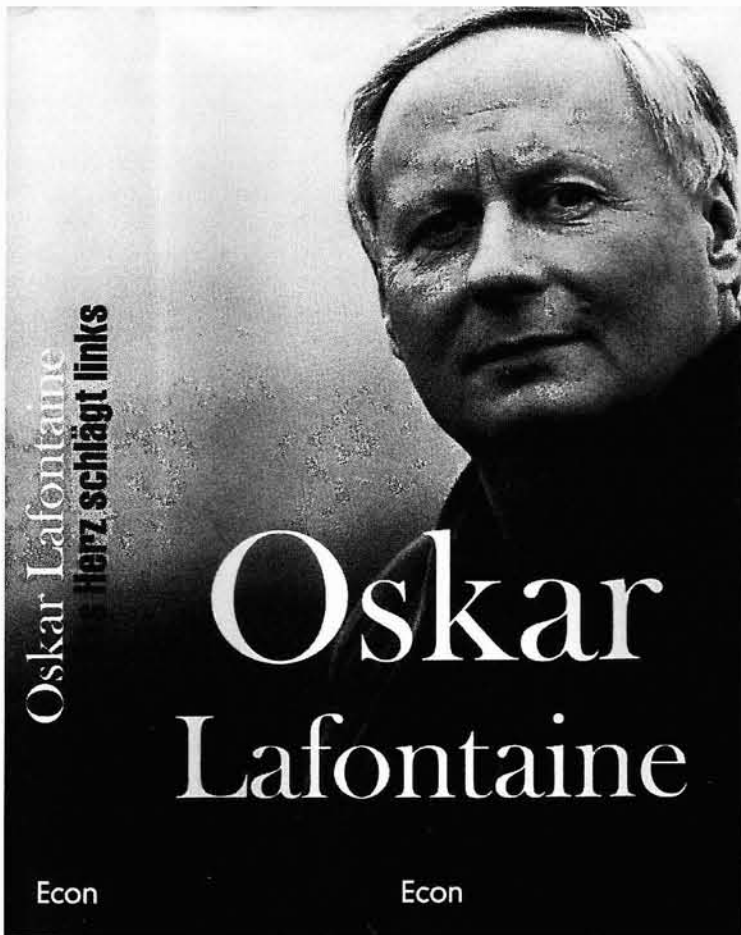
die Stadt eine hermetisch geschlossene Klassengesellschaft in Stein meielt, dass die Spaßgesellschaft in Mitte und im Prenz'l-berg längst nichts mehr von der sozialen Exklusion im Wedding oder in Neukölln mitbekommt, fällt dabei unter den Tisch. Eine Kritik an der großen Koalition wurde schnell gedeckelt, Selbstkritik der „Quadrige“ vermieden. Der behäbige Brei, der sich in der Stadt sozialdemokratisch nennt, entbehrt momentan schlicht der politischen Substanz. Eine Parteilinke vege-

tiert immer Donnerstags vor sich hin, verharrt aber sonst eher subkutan. „Aus Parteidisziplin“ kündigte ihr Sprecher und stellvertretender Landesvorsitzender Klaus-Uwe „Solidarität“ Benener denn auch an, für eine Koalition zu stimmen.

Als dann auf dem Sonderparteitag Anfang November eine Zustimmung zur Koalition mit der CDU eingeholt wurde, zeigte sich das Parteivolk ein bisschen zerrissen: Der Antrag 2/III/99 wird mit 179 zu 134

Stimmen, bei vier Enthaltungen angenommen. Am nächsten Tag finden sich auf der Lokalseite des Tagesspiegels zwei Artikel, die, obwohl sie über völlig unterschiedliche Dinge berichten, gut zusammenpassen: Der Parteitag der SPD und die Koalitionsehe mit der CDU wird umrissen, daneben ein Kommentar: „Viagra hilf!“ spw

- 1 Wahlprogramm der Berliner SPD (1999), S. 1.
- 2 DIW-Wochenbericht 22/99, S. 1f.
- 3 Ebd.: S. 2



Besprechung zu: Oskar Lafontaine: Das Herz schlägt links, 317 S., DM 39,90, Econ-Verlag München, 1999

Ich will mich nicht über das Politikum der Veröffentlichung des Buches an sich und über Stilfragen auslassen, sondern mich mit seinem Inhalt auseinandersetzen. Das Buch ist eine Kombination aus erzählenden Abschnitten, die um bestimmte Personen oder Ereignisse angeordnet sind, und politisch-inhaltlichen Plädoyers zu Themen, die Lafontaine besonders am Herzen liegen.

Gegenposition zum Neoliberalismus

Inhaltlich geht es im Kern um eine massive Kritik am Neoliberalismus und seinen Nachbetern in der Sozialdemokratie, am angelsächsischen Kapitalismusmodell und an der Dominanz der deregulierten internationalen Finanzmärkte, an der fortschreitenden Unterordnung menschlicher Bedürfnisse unter die Logik maximaler Kapitalverwertung, an der Unterordnung unter die Kriegspolitik der USA, und an einer primär an der Medienreaktion statt inhaltlich orien-

Der Oskar schlägt links

von Ralf Krämer*

tierten Politik. Das liest sich in der Tat über weite Strecken wie eine verschriftlichte Parteitage Rede, mit allen Vor- und Nachteilen: Kurze und leicht nachvollziehbare Sätze, popularisiert und zugespitzt, aber auch z.T. berzogen und einseitig dargestellt, unzureichend belegt¹ und wissenschaftlich nicht immer so ganz haltbar. Aber es ist ja auch kein wissenschaftliches Buch, da greift man besser auf das 1998 erschienene materialreiche gemeinsame Buch von Oskar Lafontaine und Christa Müller „Keine Angst vor der Globalisierung“ zurück (vgl. Besprechung von Rainer Zugehör in spw 3/98). Realittsgelalt und Logik der Argumentation sind auch hier allemal weit größer als bei den Standortideologen oder auch diversen Protagonisten des „Dritten Wegs“.

Die gesellschaftspolitische Perspektive, die Lafontaine dagegen setzt, ist eigentlich gar nicht besonders links. Er plädiert keineswegs für Sozialismus als ein wie auch immer im Einzelnen gestaltetes alternatives Gesellschaftsmodell (wie es im Berliner

Der Hauptgrund für die Aufregung, dass hier politische Kontroversen offengelegt werden, deren Verschleierung und Leugnung doch das Hauptanliegen der öffentlichen Darstellung der Parteiführung und der Regierung war und ist.

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion

Grundsatzprogramm der SPD zumindest noch angedeutet ist), sondern für „soziale Marktwirtschaft“, einen sozial und ökologisch regulierten Kapitalismus, in dem sich demokratisch organisierte Politik auch gegen Marktkräfte durchsetzen kann, für ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell mit einer friedlichen und rationalen Außenpolitik gegenüber dem von den USA geprägten Modell. Dabei nimmt er positiv Bezug auf Keynes, Willy Brandt und Helmut Schmidt, dessen Bedeutung er heute explizit positiver beurteilt als früher (S. 218ff.).

Um so gravierender wird gegenüber dieser nichts weiter als sozialdemokratischen Position die politische Rechtsentwicklung deutlich, für die in der SPD u.a. Gerhard Schröder steht, und mit der und deren ideologischen Grundlagen sich Lafontaine in seinem Buch auseinandersetzt – vom Dritten Weg des Schröder-Blair-Papiers als „Holzweg“ über die Beteiligung am Kosovo-Krieg bis zum sozial unausgewogenen Sparprogramm der Bundesregierung.

Offenlegung innerparteilicher und persönlicher Kontroversen

Die erzählenden Teile des Buches sind mit der politischen Kritik verwoben. Es wundert nicht, dass einige Spitzengenosse und „Männerfreunde“ dabei nicht besonders gut wegkommen. Neben falschen politischen Orientierungen wirft er ihnen auch politische und handwerkliche Fehler, mangelnde Verlässlichkeit und z.T. auch Intrigen gegen ihn vor. Ich denke nicht, dass er dabei Unwahrheiten verbreitet und oder unfair in seiner Darstellung ist. Sie ist allerdings sehr subjektiv geprägt, andere Beteiligte werden wahrscheinlich einiges anders darstellen und Begebenheiten berichten, über die Lafontaine nicht erzählt.

Dennoch, der Hauptgrund für die Aufregung bei vielen ist in Wirklichkeit, dass hier politische Kontroversen offengelegt werden, deren Verschleierung und Leugnung doch das Hauptanliegen der öffentlichen Darstellung der Parteiführung und der Regierung war und ist – wobei Lafontaine sich daran zu seiner Amtszeit selbstredend ebenso beteiligte. Wer sich ungeachtet dessen um eine realistische Sicht bemühte und nicht ein Interesse daran hat, diese der Öffentlichkeit vorzuenthalten, der oder die kann sich über das Buch eigentlich weder wundern noch aufregen.

Selbstüberschätzung und Fehleinschätzungen

Problematisch scheinen mir allerdings die Selbstüberschätzung und die Fehleinschätzungen Lafontaines zu sein, die in seinem Buch auch deutlich werden, und die m.E. ein Hintergrund seiner Enttäuschung sind, ohne dass sie hinreichend reflektiert werden. Lafontaine meinte wohl tatsächlich, ihm und im wesentlichen ihm allein könne es gelingen, für die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen zu sorgen, entscheidende Weichen für eine Re-Regulierung der Weltfinanzmärkte zu stellen, und Schröder und die ganze neoliberal infizierte Parteirechte dabei einzubinden und unter Kontrolle zu halten. Die Notwendigkeit einer starken und aktiven Linken, die ihn natürlich von links zu kritisieren hatte und ihm damit aber auch die Möglichkeit gegeben hätte, seine Integrationsrolle gegenüber beiden Seiten zu spielen, hatte er nicht hinreichend gesehen.² Die Vorstellung, das Bündnis zwischen ihm und Schröder würde so weiterlaufen wie im Wahlkampf, war von Anfang an illusionär.

Voraussehbar war auch der harte Widerstand des Kapitals und der Medien gegen die von ihm vertretene Politik, der eine offensive gesellschaftliche Gegenmobilisierung durch die SPD und ihr gesellschaftliches Umfeld erfordert hätte, also den aufgenötigten Klassenkampf zu führen statt einzuknicken. Das war aber nicht nur mit Schröder und seinem engeren Umfeld, sondern darüber hinaus mit weitesten Teilen des Partei-Establishments und auch der Basis nicht zu machen, hätte jedenfalls erhebliche Auseinandersetzungen erfordert.

Dabei geht es um gesellschaftliche Machtverhältnisse und nicht nur um einzelne Personen. Indem er sich so stark auf die Rolle einzelner Personen konzentriert, leistet Lafontaine selbst der von ihm an anderer Stelle in seinem Buch kritisierten übermäßigen Personalisierung der Politik Vorschub. Dagegen fehlen weiterführende Reflexionen über die systembedingten Probleme, Grenzen und Widerstände gegen politische Regulierung im Kapitalismus und über die Möglichkeiten der Mobilisierung sozialer und politischer Kräfte, um diese Widerstände und perspektivisch die gesellschaftliche Dominanz des Kapitals zu überwinden. Ob die SPD von heute allerdings noch der politi-

sche Raum ist, in dem solche Fragen auch nur sinnvoll zur Diskussion gestellt werden können, erscheint mehr als fraglich.

Fazit

Auch wenn nichts wirklich Überraschendes darin steht, ist das Buch interessant und aufschlussreich. Wer sich für die Entwicklungen der SPD in den und insb. zum Ende der 90er Jahren interessiert, sollte es lesen. Inhaltlich beschreibt er viele Themen und Positionen, die für Linke jedenfalls auf die politische Agenda gehören. Bei vielen Übereinstimmungen gibt es dabei auch Punkte, über die zu streiten wäre, etwa über seine m.E. falsche, die sozialökonomischen und finanziellen Probleme nicht angemessen berücksichtigende Einstellung zu einem Niedriglohntor.

Zur Erklärung seines Rücktritts macht Lafontaine deutlich, dass er die Kohabitation mit Schröder fortsetzen wollte, es aber nicht mehr ging. Lafontaine schreibt, er habe die Hoffnung gehabt, Schröder würde nach seinem Rücktritt auf die Partei zugehen. Stattdessen wurde eine politische Umorientierung durchgezogen, die der SPD den massivsten Verlust an politischer Glaubwürdigkeit und Zustimmung ihrer sozialen Basis eingebracht hat – und zwar zu recht. Wer Lafontaines Rücktritt kritisiert, muss sich über die Alternative klar sein: nämlich einen Machtkampf mit Schröder zu führen auf die Gefahr hin bzw. nötigenfalls sogar mit dem Ziel, dass dann Gerhard Schröder dabei auf der Strecke bleibt. Nach meinem Dafürhalten wäre genau das notwendig gewesen – das werden aber bei weitem nicht alle Kritiker des Rücktritts so sehen. Ob es hinreichend gewesen wäre, um die Entwicklung aufzuhalten, daran ist zu zweifeln. Nach seinem Rücktritt wird Lafontaines Debattenbeitrag aber jedenfalls keine Umkehr der SPD mehr bewirken können. **spw**

Wer Lafontaines Rücktritt kritisiert, muss sich über die Alternative klar sein: nämlich einen Machtkampf mit Schröder zu führen auf die Gefahr hin bzw. nötigenfalls sogar mit dem Ziel, dass dann Gerhard Schröder dabei auf der Strecke bleibt.

¹ Übrigens wird auch aus spw zitiert, ohne diese Quelle anzugeben, nämlich der Beitrag von Horst Grabert zum Kosovo-Krieg in spw 3/99.

² Ein interessantes Detail ist noch die Unkenntnis der Diskussionen bei den Jusos und in der sozialistischen Linken insgesamt, die sich in seiner – positiven – Überraschung zeigt, dass diesen seine Gegenposition zur einseitigen Angebotspolitik als „alter Hut“ erscheint. (S. 50) Dabei hatten die Jusos und andere Linke diese Politik schon lange und massiv kritisiert, als man von Lafontaine dazu noch wenig hörte.



Am 7. November, dem Sonntag vor dem Kongress der Sozialistischen Internationale wurde in Paris der Verein „Soziale Republik Europa“ gegründet, in dem die sozialdemokratische und sozialistische Linke europaweit organisiert werden soll. Bereits im Mai hatte ein vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges zustande gekommenes Treffen von Gauche Socialiste (linker Flügel der frz. PS) und Frankfurter Kreis diese gemeinsame Absicht ergeben. Neben diesen beiden Initiatoren waren jetzt auch GenossInnen von der Izquierda Socialista (Strömung in der spanischen PSOE) sowie aus Belgien, Italien und Großbritannien in Paris vertreten.

Der Verein soll einen intensiven Diskurs der linken Gruppierungen in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien über alle gemeinsam interessierenden Politikfelder organisieren. Es sollen gemeinsame Aktivitäten der linken Gruppierungen in den einzelnen Parteien verabredet werden, um einen Beitrag zur Koordinierung der Politik der Parteien der SPE zu leisten und diese insgesamt zu politisieren. Kein virtueller Medien-Gag, sondern arbeitende Strukturen sollen geschaffen werden. Verantwortlich hierfür ist ein breiter Vorstand mit zwei gleichberechtigten Präsidenten an der Spitze, der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Marie-Noëlle Lienemann, und Detlev von Larcher.

Große inhaltliche Übereinstimmung

Am Vortag brachten ausführliche Beratungen zwischen Gauche Socialiste und Frankfurter Kreis eine Einigung über ein 17-seitiges Gründungsmanifest, an dem später nur noch geringfügige Änderungen vorgenommen

wurden. (Umfangreiche Auszüge aus dem Gründungsmanifest haben wir im Rahmen des Heftschwerpunkts dokumentiert, vollständig ist der Text im Internet verfügbar unter <http://www.spw.de>, Anm. d. Red.) Der bereits im Mai entstandene Eindruck weitgehender Einigkeit in sehr vielen Politikfeldern bestätigte sich dabei erneut. In einigen wenigen Bereichen wurden aber auch Unterschiede sichtbar, etwa hinsichtlich der Rolle des Staates und der Zukunft des öffentlichen Dienstes. Für Diskussionen auf europäischer Ebene bieten daher strategische ebenso wie programmatische Fragen reichlich Stoff.

Deutlich wurde auch, dass die weitgehenden Gemeinsamkeiten zum Teil unter sehr unterschiedlichen Oberflächen verborgen sind. Das betrifft zum einen Begriffe, die national sehr unterschiedliche Assoziationen wecken ebenso wie die Frage, ob in der Darstellung der Politik wortgewaltige Analysen oder programmatische Aussagen den Schwerpunkt bilden sollen. Die Mühe, die Oberfläche abzutragen, kann jedoch, wie das Gründungsmanifest zeigt, zu interessanten Ergebnissen führen.

Im Gründungsmanifest fordern die 24 Unterzeichnenden unter anderem, die starke Position der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa zu nutzen, um in der Wirtschafts- Finanz- und Beschäftigungspolitik konsequent mit neoliberalen Ansätzen zu brechen und das europäische Sozialstaatsmodell in die heutige Zeit zu transformieren, statt sich dem Modell der USA anzupassen.

Darüberhinaus richtet das Gründungsmanifest sechs Handlungsvorschläge an die in der Sozialistischen Internationale zusammengeschlos-

„Soziale Republik Europa“

Neuer Verein der sozialdemokratischen und sozialistischen Linken

von Burkhard Winsemann*

nen Parteien: Zur Besteuerung von Devisentransaktionen, zur Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und von Umwelt- und Sozialstandards im Rahmen der WTO, zur Entschuldung der Entwicklungsländer, zu Abrüstung und Rüstungsexportkontrolle und zur Energiewende.

Der Name ist Programm

Der Name der Vereinigung ist Programm: Auf lange Sicht soll Europa eine Verfassung erhalten und damit eine Republik werden, die Demokratie und Sozialstaatlichkeit verpflichtet ist. Diese Zielsetzung führte dazu, dass die britische Europaabgeordnete Eryl McNally sich zunächst nicht zur Unterschrift in der Lage sah. Es wurde jedoch vereinbart, mit ihr und der *campaign group* weiter im Gespräch zu bleiben und gemeinsame Positionen zur europäischen Integration zu suchen.

Ein durchaus vielversprechender Anfang ist gemacht. Ob aus der ersten internationalen „Strömung“ mehr wird, ob sie sich zu einem handlungsfähigen und politisch wirksamen Faktor in der SPE entwickelt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob das Projekt von den eigenen GenossInnen ernst genommen und Arbeit darin investiert wird. Hier und da scheint noch etwas mehr Elan notwendig, um über interessante, aber politisch folgenlose gegenseitige Höflichkeitsbesuche hinauszu kommen.

Der Verein soll einen intensiven Diskurs der linken Gruppierungen in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien über alle gemeinsam interessierenden Politikfelder organisieren.

spw

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB.

Dieser Beitrag erscheint im Zusammenhang einer Reihe von Diskussionsbeiträgen zur Zukunft des Juso-Verbandes. Weitere Reaktionen, Kommentare und Beiträge sind erwünscht. Bisher sind erschienen in spw 2/99 „Diskussions- und Strategiepapier der Juso-Linken“, in spw 3/99 „Standort Links!“ von Marc Herter sowie in spw 3/99 „Erneuerung braucht Druck von links“ von Hans Günter Bell und Alexander Recht. Die spw-Redaktion

Die Millenium-Jusos auf dem Weg in die „ideelle“ Gesamtidentität

Institutionelle und politische Situation als Chance der Integration

von Tanja I. Breuer und Christian Z. Schmitz*

Situation der Partei – Orientierungssuche

Der Versuch Gerhard Schröders, die Partei von oben rechts aufzurollen, scheint vorerst gestoppt. Nach dem spätsommerlichen Chaos macht es nun den Eindruck, dass mit der Designierung Franz Münteferings zum Generalsekretär wieder ein wenig Ruhe in die Partei einkehrt – trotz weiterhin stümperhafter Regierungsarbeit. Jedoch hat das „Zurückholen“ des eigentlichen Siegers der Bundestagswahl seine Signalwirkung nicht verfehlt. Mit der – vorgeblich – breiten Diskussion des Leitantes zum Bundesparteitag und den damit verbundenen Regionalkonferenzen sollte der Basis das Gefühl gegeben werden, sie werde ernst genommen und der Führungsriege sei an einem breiten Konsens gelegen. In diesem Kontext ist auch das vermeintliche Zugeständnis an die Parteilinke – die Besteuerung großer Vermögen anzugehen – zu sehen, die prinzipiell nur den Staus Quo der Koalitionsvereinbarung zurück ins Gedächtnis ruft. Ob man jedoch daraus

folgern kann, dass das Projekt „Neue Mitte“ gescheitert ist, bleibt im Moment eine noch unbeantwortete Frage. Endgültig lässt sich diese wohl auch erst nach den Landtagswahlen in NRW und Schleswig-Holstein beantworten. Was heisst dies nun aber konkret für die Linke in der Partei?

Gehen wir nochmal einen Schritt zurück:

Die SPD hatte die Bundestagswahlen mit dem Slogan „Innovation und Gerechtigkeit“ gewonnen. Die einzelnen Begriffe wurden im Rollenspiel von Lafontaine und Schröder personifiziert. Lafontaines Rücktritt hat den Eindruck erweckt, als ob mit seinem Herausdrängen aus der Macht auch eine „Politikrichtung“ in der SPD entmachtet wurde. Tatsächlich war es geradezu offensichtlich, dass Schröder ohne „Gerechtigkeit“ weiterspielen wollte. Aus Eitelkeit der Unfehlbarkeit und offensichtlich dem falschen BeraterInnenstab, wollte der neue Staats- und Parteichef seinen Sieg durch eine ideologische Säuberungsaktion manifestieren.

Direkt hätte die Linke symbolisch an der Macht und dem Regierungshandeln beteiligt werden müssen, wenn schon Schröder nicht Innovation UND Gerechtigkeit repräsentieren kann oder will. Ob Schröder und seine BeraterInnen die ganze Tragweite nötiger Veränderungen im machtpolitischen Erscheinungsbild der Partei erkennt, ist eher fraglich.

Trotz seiner machtpolitischen Absicherung schaffte es Schröder nicht, die Partei zu stabilisieren. Eine von den Medien in die SPD hineingetragene Interpretation, dass Lafontaine von außen wirke (Buchveröffentlichung), oder bewusst ein Vakuum hinterließ, reicht für die tatsächlichen Machtkämpfe nicht aus, muss doch das Zurückdrängen Schröder'scher Politikinhalt begründet werden.

Dieser innerparteiliche Druck entwickelte sich in der Tat erst, als die Wahlen trotz „Politik aus einem Guss“ (besser: Logik) haushoch verloren gingen. (Es ist bezeichnend, dass das „Einknicken“ Schröders dann passierte, als nach Klimmt,

Dreßler u.a. keine öffentlichen Widersacher auftraten.)

Nach den vereinzelten, unkoordinierten Stimmen, die Schröder anfänglich gegenübertraten, hat nun das Zentrum der Partei (Thierse, Vogel, Poß, Stolpe et al.) aufgrund des nahenden Wahljahres ihre Solidarität von einem Wandel der Politik abhängig gemacht. Ob die Politikveränderung über die Diskussion zur Erbschaftsteuer oder das längst überfällige klare Wort zum Atomausstieg, also die Erfüllung der Erwartungen durch Abarbeiten des Koalitionsvertrages, hinausgehen wird, hängt davon ab, inwieweit innerparteilich die Appelle zur Geschlossenheit fruchten, ohne mit einem Wandel der Politik verknüpft zu sein. Die Lähmung der Spitze durch die Partei (die Umkehrung der Drohung, dass Schröder ohne die Partei regieren könne) muss politisch in ein Bekenntnis zur Geschichte und Identität, wie mit einem positiven Gestaltungsauftrag (Gesellschaftsbild) in produktive Bahnen gelenkt werden.

Die Rolle der Parteilinken

Die mit dem Herbsttreffen des Frankfurter Kreises eingeleitete Reorganisation der Parteilinken ist längst überfällig gewesen. Bis zur Diskussion um das Sparpaket – irrsinnigerweise betitelt als „Zukunftsprogramm 2000“ – konnte das Fehlen eines Gesamtprojektes der PL durch das Agieren von Einzelpersonen insbes. in den Medien geschickt kaschiert werden. Nach der Inszenierung einer vermeintlichen „Front“ gegen die Vorhaben Hans Eichels und deren kläglichem Scheitern (viele der UnterzeichnerInnen waren sich der Tragweite und Konsequenz ihrer Unterschrift in keiner Weise bewusst), würde eine Fortsetzung dieses Individualismus zum Scheitern der PL führen. Jedoch hängt die Reorganisation der Linken davon ab, inwieweit das Herz dieser Personen wirklich „links schlägt“, d.h. ob ein ausstrahlungsfähiges Gesamtprojekt jenseits von persönlichen Steckenpferden wirklich gewollt wird. Zur Ausstrahlungsfähigkeit gehören aber auch Identifikationsfiguren.

Den Jusos kommt in dem Prozess der Neuformierung der SPD-Linken die Aufgabe zu, die Etablierung einer neuen Generation sicherzustellen.

* Tanja Breuer ist stv. Bundesvorsitzende der Jusos, Christian Schmitz ist Geschäftsführer der Jusos Rheinland-Hessen-Nassau.

Den Jusos kommt in diesem Prozess der Neuformierung die Aufgabe zu, die Etablierung einer neuen Generation sicherzustellen, eine Alternative zu dem zu entwickeln, was die „Modernisierer“ mit der Ausrufung der „Generation Berlin“ in rasender Geschwindigkeit vollziehen möchten.

Weitere Voraussetzung zur Stabilisierung des Prozesses ist der Aufbau bzw. die Reaktivierung regionaler PL-Strukturen.

Jusos als Verband

Die Jusos haben seit Beginn der 90er Jahre mehrere Konflikte zu bewältigen gehabt. Viele Identitätsbilder ziehen sich quer durch den Verband. Zunächst werden die Jusos stark durch die Rudimente ihrer Strömungszugehörigkeit in ihrem Verhältnis zum Bundesverband und zu anderen Bezirken geprägt. Dieses beschreibt in ihrem Verständnis alte Konfliktfelder in der Vorstellung von Sozialismuskonzeptionen, alten Begriffsdefinitionen, aber auch realem Politikverständnis. Meist besteht der Konflikt in einem Disput über Phrasen, bei denen weder theoretische noch inhaltliche Substanz zu erkennen ist, die unterstellte Begriffsbesetzung ist häufig schon der Beginn des Überflüssigen, der programmierte Reflex von Abgrenzung. Dieses menschliche Phänomen, dass Abgrenzung Andersartiger zur Selbstdefinition benötigt wird, ist uns Jusos bei der Auseinandersetzung mit einem Teil der Jugendszene sonst nur negativ im Bewusstsein. Mit der Arbeit der Strömungen bzw. ihrer Restbestände verbanden sich auch z.T. berechnete Hoffnungen. Sie haben versucht, einen theoretisch-ideologischen Kitt zu formulieren, um einen Führungsanspruch zu legitimieren. Dieser Versuch hat, und das ist wohl zweifelsfrei zu konstatieren, nicht zu einem Qualitätssprung der Juso-Diskussionen, geschweige denn der theoretischen Fundierung geführt. Der Kampf um Mehrheiten wurde als Selbstzweck weitergeführt. Für wen oder was wollte man die Mehrheiten? Freien Gewissens um die „Anderen“ nicht dranzulassen.

Die Jusos konnten nicht den Einbruch der gesamten Linken schließen. Die „gefangene“ Generation hatte keine Möglichkeiten zur Schaffung eines neuen Verbandes, sie waren überfordert. Den Konstruktiven ist es im Freiraum, der trotzdem in den letzten Jahren erkämpft werden konnte, gelungen, Dämme zu errichten, die Politikfähigkeit auszubauen und den Ver-

band, trotz aller Horrorszenarien von Schröder-Youth, zu konsolidieren. Das ehemalige SP-Spektrum implodierte und zog sich bis auf ihre Kerne zurück oder suchte sich z.T. Orientierung in der Anpassung an die allgemeine Spektralverschiebung der Politik.

Zudem liegen regionale Identitäten (Ossis, Bayern,...) und kulturelle Identitäten (Biertrinker, Fußball, Art des Auseinandersetzung-, Diskussionsstils,...) wie Netze quer zu den oben beschriebenen Orientierungsmustern, z.T. stabilisieren sie sie erheblich.

Durch den Bedeutungswandel vom „avantgardistischen Laberclub“ zum Player im Pokerspiel der Partei mussten die vorhandenen Kapazitäten effektiv bereitgestellt werden. Durch die neue Rolle wuchs der Erwartungsdruck. Mit der Folge, dass das vorhandene Potential der Jusos nahezu ideal ausgeschöpft wurde. Hinter dem breiten Rücken von Oskar konnten sich jungsozialistische Politikentwürfe Freiräume schaffen, ja sogar wieder inszeniert und damit ernst genommen werden.

Durch den sich nun erhöhenden Druck auf den Verband im Widerstreit der größer gewordenen Distanz zur Partei und der Integrationsleistung vor Ort, hatten inhaltliche und selbst ideologische Barrieren, die nur noch einen kleinen Kern „Kalter Krieger“ im Verband belässt, bereits vor dem letzten Bundeskongress keine realen Grundlagen mehr. Mit anderen Worten macht die Partei das möglich, was die Jusos nicht alleine schaffen: Übereinstimmung und die Erkenntnis der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit.

So reduzierte sich die Auseinandersetzung auf die Frage der Besetzung des Bundesvorstandes. Die inhaltlichen Fragen wurden eher spärlich bearbeitet. Wenn, wurden sie sachlich und wenig kontrovers diskutiert. Inhaltliche oder gar ideologische Risse waren in ihrer Substanz nicht mehr zu erkennen.

Zur Zeit gibt es einen breiten sozialistischen Konsens über wichtigste Eingriffsfelder, Themen und Positionen bei den Jusos. Doch dies scheint irgendwie niemand wahrnehmen zu wollen, da die Konsequenzen das endgültige Ende der Legitimität von Strömungen bedeuten würde. Das Selbstverständnis hinderte den Aufgabenwandel von einer machtpolitisch orientierten, strategisch zusammengeschweißten Strömung hin zu einer sich theoretisch-inhaltlich legiti-

Den Reichen freien Lauf?

- 580 Mrd. DM
- 390 Mrd. DM
- 300 Mrd. DM
- über 100 Mrd. DM

Politikwechsel geht anders!

Die Kleinen zahlen drauf...

- Politikentscheidung
- Strategieentwicklung
- Durchsetzung
- Finanzierung

Jusos
in der SPD

mierenden Plattform. Die nicht erkannte Notwendigkeit dieses Wandels hat letztendlich dazu geführt, dass selbst nach dem Herausdrängen Hannovers aus der Juso-Linke (JL), es der Rest-JL nicht einleuchtet, die Erarbeitungskompetenz von Politikentwürfen auf die Verbandsstrukturen zu übertragen. Sie produzieren damit den Anschein der Legitimität, da Politikfähigkeit unter diesen Voraussetzungen nicht entstehen kann.

Innerverbandliche Bündnisse und Perspektiven

Um Konzepte zur künftigen Arbeitsfähigkeit des Gesamtverbandes vorzulegen, muss eine realistische Sicht auf die Verbandsentwicklung erfolgen.

Nach der machtpolitischen Reduktion der JL gibt es im Verband eine Dreiteilung regionaler Bündnisse (und

Durch den sich nun erhöhenden Druck auf den Juso-Verband hatten inhaltliche und selbst ideologische Barrieren bereits vor dem letzten Bundeskongress keine realen Grundlagen mehr.

eben keiner, nach eigenen Maßstäben definierten Strömungen). Diese müssen als solche verstanden und akzeptiert werden, um die Schlagkraft des Verbandes zu erhöhen:

- die „JL“ mit Schwerpunkt im Westen,
- eine „Nordlinie“
- ein „Koblenzer Kreis“ (=Karfreitagsrunde) mit seiner Zange im Südwesten und Niederrhein, Nord-Niedersachsen, Ostwestfalen-Lippe,
- und der „unsortierte Rest“ mit den Bayern, Teilen des Ostens, Schleswig-Holstein und Hessen-Nord.

Diese Bündnisse ergaben sich durch gemeinsame Ziele auf dem letzten Bundeskongress, dem Zeitpunkt des Politikbruchs mit der verbandstragenden 'Strömung', persönlichen oder regionalen Zugehörigkeiten. Festzuhalten ist, dass es kaum inhaltliche oder theoretisch begründbare Meinungsverschiedenheiten waren, auch der Bruch Hannovers mit der JL ergab sich zum Großteil aus strategischen Differenzen und auch aus differierenden kulturellen Politikmustern.

Eine Strategie, die die Arbeitsfähigkeit und Integration des Gesamtverbandes im Blick hat, muss die Akzeptanz und die Neusortierung des

Verbandes als Chance begreifen, da neue Kommunikationszirkel und inhaltliche Foren eine breitere und tiefere „Diffusion“ von Erarbeitungskompetenzen ermöglichen.

Die Gefahr, dass mit einer Regionalisierung kulturelle oder landsmannschaftliche Verbundenheit eine größere Integrationskraft entwickeln könnte als inhaltliche und theoretische Standpunkte, muss mit der Gestaltung der Identität des Gesamtverbandes abgewendet werden. Die jetzt Handelnden tragen bis jetzt unbewusst die Verantwortung für das zukünftige Selbstverständnis.

Die neuentstehenden Bündnisse müssen sich als Brainpool der Verbandsentwicklung begreifen – nicht machtpolitische Absicherung des eigenen Zirkels, sondern einen Wettstreit der Ideen zulassen; eine Selbstidentität, durch die Diskussionen vorbereitet und Themen für den Gesamtverband erarbeitet werden können. „Doppel- oder Tripelmitgliedschaften“ von Einzelpersonen sollten als vollkommen normal nicht nur hingenommen, sondern gefördert werden. Regionale Bündnisse arbeiten natürlich auch aus Gründen der Effizienz und Kostenreduktion – dies

sollte den Austausch nicht behindern.

Die Bundesebene muss als das integrierende Kernstück der Gesamtidentität verstanden werden, in der die verschiedenen Inhalte und Positionen letztlich „diskursiv“ gelöst und zum Abschluss gebracht werden.

Damit entsteht letztlich auch eine Verantwortung für die Krise, eine neue Verbandskultur zu entwickeln und neue Ideen, Themen, Bildungsangebote und Positionen einzubringen. Die Krise bieten die Möglichkeit, die Arbeit in den Regionen bezirksübergreifend abzustimmen und voneinander zu profitieren. Letztlich bilden die Bündnisse unseres Verbandes die Grundlage für eine weitere Regionalisierung und Stabilisierung der Parteilinken. Sie haben somit die Möglichkeit bei der Orientierungssuche der Partei eine herausragende Stellung einzunehmen.

Einsicht und das Revidieren alter Borniertheiten ist nicht immer ein Zeichen von Schwäche und Anspruchsreduktion, sondern die Grundvoraussetzung, um weiterhin den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der Jusos als sozialistisches Korrektiv (und Perspektive) in der deutschen Sozialdemokratie zu erfüllen.

spw

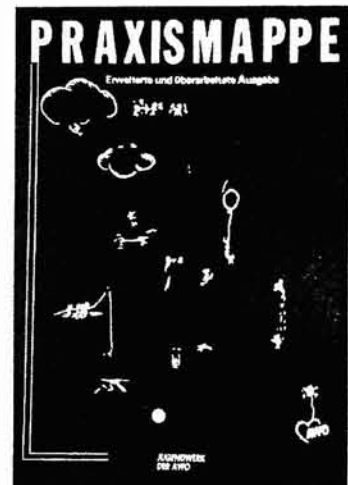
Eine Strategie, die die Arbeitsfähigkeit und Integration des Gesamtverbandes im Blick hat, muss die Akzeptanz und die Neusortierung des Verbandes als Chance begreifen.

Praxismappe

Spiele für Kinder, Jugendliche und Erwachsene



Diese Praxismappe gehört in jede Institution, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Die sehr gute Strukturierung ermöglicht jedem einen schnellen Überblick über die verschiedenen Spielarten, wie z.B. Kennenlernspiele, Bewegungs- u. Kooperationsspiele und Geländespiele, um nur drei der 15 im Buch beschriebenen Arten zu nennen. Somit kann jede/r Spielleiter/In aus einem schier unendlichen Vorrat von Spielvorschlägen schöpfen. Den eigenen Phantasien sind keine Grenzen gesetzt, da die vorgegebenen Spiele immer wieder abgeändert oder verknüpft werden können, und so für die gegebene Situation immer ein passendes Spiel zur Hand ist. Für die noch unerfahrenen Spielleiter/innen unter Euch ist auch gesorgt. Auf den Seiten 9–25 werden detaillierte Hilfestellungen gegeben. Diese wesentliche Arbeitserleichterung ist schon bei vielen Betreuern/innen, Pädagogen/innen und Kindererzieher/innen, kurz allen Personen, denen das pädagogisch sinnvolle Spiel am Herzen liegt, äußerst beliebt. Diese 304 Seiten starke Publikation kostet 23,- DM plus Versandkosten.



Hiermit bestelle(n) Ich/wir

Publikation(en) zum Preis

von 23,- DM plus Versandkosten.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ / Wohnort _____

Ihre schriftliche Bestellung senden Sie bitte an das : Bundesjugendwerk der AWO • Oppelner Str. 130 • 53119 Bonn.

Besprechung zu: Arno Klönne/Eckart Spool/Rainer Butenschön (Hrsg.): *Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD*. VSA-Verlag, Hamburg 1999, 224 Seiten; DM 32,80, ISBN 3-87975-752-6. Das Buch kann direkt und versandkostenfrei beim spw-Verlag bestellt werden, Fax 0231-402416, Tel. 0231-402410, eMail verlag@spw.de

Die »Bürgerinitiative für Sozialismus« hat sich ein Mammutprogramm für Jahrhundertbilanzen vorgenommen: Nach einer »Jahrhundertbilanz der Gewerkschaften«¹ im Jahr 1998 folgte im April 1999 eine »Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie«. Vor kurzem ist im VSA-Verlag der entsprechende Kongressband erschienen: In insgesamt 25 Beiträgen zu den Themen »Die SPD und der Krieg«, »Die SPD und die Linke«, »Die SPD in Geschichte und Geschichtsschreibung« und »Innovationsallianzen« statt Klassenkampf: Die SPD und die Wirtschaft« analysieren namhafte WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen Werdegang und Zukunftsperspektiven der ältesten Partei Deutschlands. Selbstredend können hier nicht alle Kongressbeiträge gewürdigt werden; es wird daher nur auf die m.E. wichtigsten eingegangen.

Eröffnet wird der Sammelband von Arno Klönne mit »Thesen für eine Jahrhundertbilanz der SPD«: Die Sozialdemokratie habe ihre frühere Stärke auch aus der Tatsache geschöpft, dass sie eine Kulturbewegung war, nicht der Streit zwischen Revolutionären und Revisionisten habe die SPD gespalten, sondern die Kriegsfrage, das zentrale Projekt der Sozialdemokratie sei die soziale Bändigung des Kapitalismus gewesen, so dass Bad Godesberg nicht den programmatischen Wendepunkt der SPD bedeutete, die Parteiausschlüsse der 70er Jahre wiesen gerade auf die Bedeutung parteiinterner Willensbildung hin, und die moderne Sozialdemokratie löse sich zunehmend von ihrer traditionellen Bindung an die Gewerkschaften.

Die SPD und der Krieg

Aus historischer Perspektive aufschlussreich sind die Beiträge von Karl-Heinz Hansen und Peter Strutynski. Hansen weist in seinem Beitrag »Die Deutsche Sozialdemokratie und der Militarismus« minutiös nach, dass die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Jahr 1914 ganz und gar kein Zufall war. Es gelang ihm, eine militaristische Konti-

nuität in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie aufzudecken, die bei August Bebel, der 1904 im Reichstag die Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Vaterlandsverteidigung beteuert, beginnt, sich über Gustav Noske, Hermann Müller (Zustimmung der SPD zum Panzerkreuzerbau 1928) und Helmut Schmidt (Nato-Doppelbeschluss von 1979) fortsetzt und schließlich bei Rudolf Scharping und dem Kosovo-Krieg endet. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Strutynski, der außerdem – im Gegensatz zu Klönne – einen Zusammenhang zwischen Revisionismus und Kriegsbefürwortung, insbesondere Eduard Bernsteins kolonialistische Anfälle nachzeichnet und Rudolf Scharping in der Tradition von Gustav Noske sieht.

Die SPD und die Linke

Rolf Schwendter versucht in seinem Beitrag »Fraktionierungen, Abspaltungen, Ausstoßungen« der Frage nachzugehen, woher KPD und NSDAP eigentlich ihre Zustimmung bezogen haben. Dies sei ein Hinweis darauf, dass es der SPD nicht gelungen sei, das gesamte Proletariat zu vertreten, sondern nur bestimmte Klassenströmungen. Er erhofft sich durch die Anwendung der Theorie der Subkulturen auf die SPD eine genauere Klärung der Abspaltungsprozesse – auch in jüngerer Zeit: Die derzeitige Schwäche der SPD habe auch etwas damit zu tun, dass es ihr bis heute nicht gelungen sei, ein »historisches Netz« zwischen all den Subkulturen zu spannen, die die TrägerInnen einer bewussten gesellschaftlichen Umgestaltung sein könnten.

Uli Schöler benennt in »Sozialdemokratie und Kommunismus« als den entscheidenden Unterschied zwischen diesen beiden Strömungen des linken politischen Lagers ein differierendes Demokratieverständnis sowohl in bezug auf die eigene Partei als auch die Gesellschaft und macht Lenin entscheidend dafür verantwortlich, diesen trennenden Graben ausgehoben zu haben.

Die SPD in Geschichte und Geschichtsschreibung

Till Schelz-Brandenburg zeichnet in »Widersprüchliche Harmonie« die Entwicklung der SPD vom Sozialistengesetz bis zum 1. Weltkrieg nach und benennt als wesentlichen Mangel der damaligen SPD das Fehlen eines politischen Aktionsprogramms, das klare Wege für eine sozialistische Gesellschaft aufzeigt und ein zentraler Grund für den Anpassungsprozess

Jahrhundertbilanz der SPD

von Mathias Brodkorb*

der SPD an die bürgerliche Gesellschaft gewesen ist, der in der Zustimmung zu den Kriegskrediten im Jahr 1914 gipfelte. Außerdem konstatiert er autoritäre Strukturen und eine kleinbürgerliche Werteordnung in der jungen Sozialdemokratie, der er provozierend auch positive Momente abgewinnen kann: Denn es sei schließlich bemerkenswert, dass die SPD zwar Noskes und Scheidemänner, aber weder einen Hitler noch einen Stalin hervorgebracht habe.

Michael Buckmiller stellt in »Der verhängnisvolle Subjektwechsel« die weitreichende These auf, dass die Sozialdemokratie im politisch rückschrittlichen Deutschland die einzige Trägerin der bürgerlichen Demokratie gewesen sei. In dieser bizarren Situation, denn schließlich war das Zentralprojekt der Sozialdemokratie die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft, wurzle bereits die Selbstzerstörungsdynamik der Weimarer Republik. »Das Fatale an der Geschichte der Weimarer SPD ist, dass sie in der sozialistischen Rhetorik eine bürgerliche Republik gegen eine einstürzende schwächliche liberale Trägerschaft verteidigen musste.« /92/ Diese historische »Subjektverschiebung« und damit die Spaltung der Arbeiterbewegung war die Voraussetzung für das Entstehen einer parlamentarischen Demokratie, so Buckmiller, aber auch deren »Schädelstätte«.

Wolfgang Wippermann nimmt in seinem Beitrag »Antifaschismus und Antitotalitarismus« die antifaschistische Strategie der SPD unter die Lupe. Die SPD habe in der Weimarer Republik nicht begriffen, dass, nachdem die Nationalsozialisten Mitte der zwanziger Jahre einen Strategiewechsel vorgenommen hatten und die Macht auf parlamentarischem Wege erobern wollten, auch ein Wechsel in der antifaschistischen Strategie angesagt gewesen wäre. Die SPD setzte weiterhin

In insgesamt 25 Beiträgen analysieren namhafte WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen Werdegang und Zukunftsperspektiven der ältesten Partei Deutschlands.

* Mathias Brodkorb, Rostock, Juso-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern

Das neue Heft:



Joachim Bischoff/Richard Detje: Militärische Aufrüstung – soziale Abrüstung; **Joachim Bischoff:** Lafontaine – Feldherr ohne Truppen? **Lionel Jospin:** Solidarität und Integration, Regulierung und politische Modernität; »Eine Kraft unzweideutiger antikapitalistischer Kritik« Gespräch mit **Robert Hue (KPF)**; **Winfried Wesollock:** Kniefall vor der Atomindustrie; **Johannes Steffen:** Ab 60 gehört Opa mir...; **Klaus Steinitz:** Chefsache Ost; **Michael Schlecht:** Ökonomische Perspektive für 2000; **Joachim Bischoff/Christoph Lieber:** Die Sloterdijk-Debatte; **Horst Bethge:** Nach dem Waffenstillstand – einige gewerkschaftliche Schlussfolgerungen

Heinz Bierbaum: Kein Signal für eine andere Politik – Der IG Metall Gewerkschaftstag; **Joachim Kreimer-de Fries:** Produktivitätsorientierte Reallohnpolitik – Gewerkschaftsgipfel BeNeLux-Deutschland; »Die Arbeiterbewegung ist nicht am Ende!« Interview mit **Jakob Moneta**

Bernhard Müller: Haider & Co. Rechtspopulismus in Österreich und anderswo; **Sobhanlal Datta Gupta:** Nach den Wahlen in Indien

Supplement: Dörre/Riexinger/Wendl/Wild, Ver.di: Eine neue Gewerkschaft? Zur Fusion von hbv, IG Medien, DPG, ÖTV und DAG

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68
e-mail: artikel@sozialismus.de

auf ihren demokratischen Antifaschismus, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass die Demokratie währenddessen von oben (Industrie) und innen (bürgerliche PolitikerInnen) zerstört wurde und den Nazis den Weg an die Macht ebnete. Erst als es bereits zu spät war, nämlich im Prager Manifest von 1934, habe sie sich dann zu einem »sozialistischen Antifaschismus« bekannt, »der zumindest in einer Übergangszeit diktatorischen Charakter haben sollte.« / 101/ Diese Strategie sei allerdings nach dem Zweiten Weltkrieg folgenlos geblieben, weil der sozialdemokratische Antifaschismus von einem sozialdemokratischen Antitotalitarismus verdrängt worden sei.

Die SPD und die Wirtschaft

Im letzten Abschnitt des Kongressbandes steht die gegenwärtige Sozialdemokratie im Mittelpunkt der Diskussion: **Joachim Bischoff** macht in »Modernisierte Sozialdemokratie« darauf aufmerksam, dass die Konzeption des neuen »Dritten Weges« sehr wohl von einem Strukturbruch in der Ökonomie ausgehe, ihn aber nicht verstehe und daher »naiv-hilflose« Gestaltungsantworten liefere. Insbesondere werde nicht begriffen, dass sich mit dem Shareholder-Value-Konzept eine tiefgreifende Strukturveränderung in den industriellen Beziehungen abspiele, die mit den Topoi »innen« und »außen« nicht mehr eingefangen werden könne. Als Kernprojekt der neuen Sozialdemokratie macht er den aktivierenden Sozialstaat und dabei insbesondere das »Bündnis für Arbeit« aus. Sein Urteil fällt eindeutig aus: »Die Gewerkschaften würden tief in ihrer Glaubwürdigkeit beschädigt, wenn sie sich auf die Logik des aktivierenden Staates einließen. Diese und die Konzeption einer »modernisierten Sozialdemokratie« bieten keine tragfähige Perspektive für das 21. Jahrhundert.« /166/

Horst Schmitthenner greift in seinem Beitrag »Das Ende einer »klassischen Arbeitsteilung« Klönnes These auf, dass Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich zunehmend voneinander entfernt haben. Diese Entwicklung sieht er vor allem auch darin begründet, dass sich die Sozialstrukturen sowohl der SPD als auch der Gewerkschaften erheblich verschoben haben und heute nicht mehr zur Deckung zu bringen sind. Für Schmitthenner allerdings ist nicht die zentrale Frage, ob diese Entflechtung wieder zu bereinigen ist. Umgekehrt: Er begriff diesen historischen Bruch

als Chance für die Etablierung eines politischen Mandats der Gewerkschaften: »Aufgabe der Gewerkschaften muss es daher sein, das skizzierte Auseinanderdriften als Chance zu begreifen, eigenständig in der gesellschaftlichen Debatte dafür zu agieren, dass dem Regierungswechsel auch tatsächlich ein Politikwechsel folgt.« /192/

Christoph Butterwegge legt in »Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftstotalitarismus« den Finger in eine zusehends tiefer werdende Wunde der Arbeiterbewegung: Sowohl die Gewerkschaften als auch die SPD seien auf einen »Standortpragmatismus« zur Sicherung des Sozialstaats eingeschwenkt. Diesen Kurs klassifiziert Butterwegge als »Standortnationalismus« und »Wohlstandschauvinismus« und sieht darin einen zentralen Beitrag der Linken zur Reartikulation von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus und macht seinerseits alternative Vorschläge für eine Reform des Wohlfahrtsstaats: Statt durch Konkurrenz könne durch die Universalisierung des Versicherungsprinzips die finanzielle Basis der Sozialversicherungssysteme sichergestellt werden.

Abgeschlossen wird der Band mit einem Beitrag von **Eckart Spoo** über die alte Parole von der »neuen Mitte«, in dem er seine Verwendung sowohl auf der Rechten als auch der Linken nachzeichnet und zu dem Urteil kommt: »Es ist allemal anmaßend, sich selbst zur Mitte zu erklären. Erkennen wir also die Mitte als Ort der Anmaßung.« /223/

Kurzum: Eine gelungene Publikation, die jedem empfohlen sei, der mit der SPD beschäftigt. Wenn an dem Buch überhaupt etwas zu kritisieren ist, dann der Umstand, dass ein Beitrag fehlt, der die ökonomischen Entwicklungen skizziert, auf denen die Geschichte der Sozialdemokratie aufruht, und hiermit verbunden eine Analyse der Veränderungen in der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland und in der Mitgliedschaft der SPD. Zumindest beim letzten Punkt allerdings kann der Kongressband zur »Jahrhundertbilanz der Gewerkschaften« hilfreiche Dienste leisten. Heiko Geiling schildert dort in dem Beitrag »Vom Proletariat zur »Neuen Mitte« die Entwicklung der sozialen Milieus und Klassen in Deutschland im Ausgang von Bourdieus Habitus-Theorie. spw

¹ Schlemmer/Schmitthenner/Spoo (Hrsg.): Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg 1999

Rezension zu dem Buch: Reinhard Bispinck, Thorsten Schulten (Hrsg.): *Tarifpolitik unter dem Euro. Perspektiven einer europäischen Koordination: Das Beispiel der Metallindustrie*, 240 S., DM 29,80, VSA Verlag, Hamburg 1999

Mit dem Beginn der Europäischen Währungsunion haben sich die Rahmenbedingungen für die Tarifpolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verändert. Der wirtschaftspolitische Instrumentenkasten zum Ausgleich unterschiedlicher Entwicklungen in den Mitgliedstaaten ist durch den Wegfall der Möglichkeit von Wechselkursveränderungen um ein wesentliches Instrument eingeschränkt worden. Unter der Prämisse einer vor allem stabilitätsorientierten Geld- und Währungspolitik sowie einer weitgehenden makropolitischen Abstinenz der Regierungen wächst der Tarifpolitik eine erhebliche beschäftigungs- und wachstumspolitische Verantwortung zu. Tarifpolitik wird zu einem der wesentlichsten Anpassungsinstrumente zum Ausgleich unterschiedlicher Produktivitätszuwächse und Konjunkturlagen in den EWU-Staaten. Unter den derzeit herrschenden Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit ist dabei die Gefahr eines Lohn- und Sozialdumpings groß.

Ökonomischen Integration vs. nationale Tarif- und Sozialpolitik

Das vorliegende Buch von Schulten und Bispinck widmet sich dieser Problematik. Ausgehend von dem Widerspruch einer weitgehenden ökonomischen Integration auf der einen Seite und einer weiterhin vor allem nationalen Tarif-, aber auch Sozialpolitik auf der anderen Seite werden in verschiedenen Artikeln die europäische Tarifpolitik der letzten Jahrzehnte im Überblick analysiert sowie die tarifpolitische Entwicklung in der Metallindustrie in sechs Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien und Schweden) beschrieben. Die abschließenden Beiträge behandeln Perspektiven und Probleme einer europäischen Koordination der Tarifpolitik.

In einem einführenden Überblicksartikel plädiert Schulten für eine Abkehr von der wettbewerbsorientierten Tarifpolitik, die sich unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit und der neoliberalen Politik faktisch in allen westeuropäischen Ländern durch-

gesetzt hat. Die letztlich verteilungs- und beschäftigungspolitisch schädliche und vor allem auf nationale Standortvorteile ausgerichtete Politik sollte von einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik abgelöst werden. Ziel der künftigen Tarifpolitik müsse es sein, einen Inflationsausgleich sowie Produktivitätssteigerungen in Lohnzuwächse bzw. anderweitige Fortschritte mit gleichem Kostenvolumen – wie etwa der Arbeitszeitverkürzung – durchzusetzen.

Die anschließenden Artikel zu der Tarifentwicklung – vornehmlich in der Metallindustrie – in sechs verschiedenen Ländern vermitteln einen interessanten Einblick in das Tarifgeschehen und ein gewisses Basiswissen zum Verständnis der dortigen Arbeitsbeziehungen. Interessant sind die Haltung, die die Gewerkschaften gegenüber der europäischen Integration entwickeln. Zwar wird fast überall die Notwendigkeit einer verstärkten europäischen Kooperation oder sogar einer Europäisierung der Tarifpolitik gesehen. Aber die realen Schritte zur schrittweisen Erreichung einer größeren europäischen Vereinheitlichung sind eher bescheiden.

Ansätze zur Europäisierung der Tarifpolitik

Im dritten Teil des Buches werden verschiedene Ansätze zur Europäisierung der Tarifpolitik diskutiert. Joachim Kreimer de-Fries befaßt sich mit der Vereinbarung von Doorn. In dieser Erklärung verständigten sich die Gewerkschaften der BeNeLux-Staaten und Deutschlands auf tarifpolitische Leitlinien. Im Kern beinhalten diese die Verpflichtung, jeweils in ihren Verhandlungsarenen eine produktivitätsorientierte Tarifpolitik zu verfolgen. Zwar konnte dieses Ziel in der Tarifrunde 1998 weitgehend durchgesetzt werden. Skepsis bleibt aber angebracht, inwieweit Doorn auch in Tarifverhandlungen während ökonomischer Krisenphasen als Orientierung dienen wird, da in derartigen Konstellationen die Gefahr der Unterordnung unter vermeintliche Standortinteressen zu Lasten der ausländischen Nachbarn groß ist. Gleichwohl wird Doorn als ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer Europäisierung gewertet.

In einem weiteren Artikel diskutiert Schulten unter Bezug auf den Koordinationsansatz des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes die Perspektiven einer Europäisierung der Tarifpolitik. Er grenzt sich dabei

Tarifpolitik unter dem Euro

von Joachim Schuster*

von der häufig anzutreffenden dichotomen Sichtweise – Bewahrung nationaler Eigenständigkeit versus Europäisierung – ab und setzt die Europäisierung in Bezug zu dem ausgeprägten Mehr-Ebenen-Regulierungssystem in der EU. Er stellt dabei die Interaktionsbeziehungen zwischen der nationalen und europäischen Ebene in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Aus seiner Sicht kommt es darauf an, die nationale Handlungsebene, die nach wie vor die entscheidende Durchsetzungsebene ist, mit europäischer Koordination zu verknüpfen, um durch die Europäisierung der Wirtschaft entstandene Defizite der nationalen Tarifpolitik zu beseitigen. Es geht ihm aber nicht nur um ein intelligentes Zusammenspiel von nationaler und europäischer Ebene, sondern auch um die Frage, wie betriebliche/unternehmensbezogene Vereinbarungen, sektorale Abkommen und gesetzliche Maßnahmen sinnvoll miteinander verknüpft werden können.

Das Buch „Tarifpolitik unter dem Euro“, welches hier nur sehr skizzenhaft vorgestellt werden konnte, beleuchtet in interessanter Weise eine in der Diskussion um das Für und Wider der Europäischen Währungsunion letztlich auch von links vernachlässigte Dimension der Europäisierung. Die damalige Debatte mahnte nur, daß die Tarifpolitik in einer EWU äußersten Belastungen ausgesetzt ist. Das vorliegende Buch geht einen wesentlichen Schritt weiter und diskutiert, wie unter der Realität der Währungsunion und mit den real existierenden Gewerkschaften mit all ihren Stärken und Schwächen eine sicherlich notwendige Koordination und partielle Europäisierung der Tarifpolitik erreicht werden kann.

spw

Die verteilungs- und beschäftigungspolitisch schädliche und vor allem auf nationale Standortvorteile ausgerichtete Politik sollte von einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik abgelöst werden.

* Dr. Joachim Schuster; Bremen, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft

Ein Schritt vorwärts ...

Die IG Metall auf dem Weg ins neue
Jahrhundert

von Axel Gerntke*

1. Die IG Metall versucht, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen

Die IG Metall hatte ihren Gewerkschaftstag unter das Motto „Aufbruch ins neue Jahrhundert“ gestellt. Dies ist bescheiden. – Schließlich bricht das nächste Jahrtausend so oder so an. Gleichwohl ist es ein hehrer Anspruch, da es vielfältige Probleme gibt, die es bereits schwer machen, die nächsten Monate und Jahre erfolgreich zu bestehen.

Seit Jahrzehnten ist die Arbeitslandschaft vielfältigen Deregulierungsprozessen unterworfen. Diese Deregulierung besteht im Kern darin, dass klassische Unternehmerrisiken auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert werden, während diese gleichzeitig in immer flexiblerer Weise dem Arbeitsmarkt und dem Unternehmer zur Verfügung zu stehen haben. Sie finden unter anderem ihren Ausdruck in zunehmender Scheinselbständigkeit, befristeter Arbeit, Ausweitung von Leiharbeit und ungeschützter Teilzeitarbeit, wobei sich gleichzeitig die Überstundenproblematik verfestigt. Diese Prozesse sind ein Beitrag zur tendenziellen Absenkung der Lohnquote; sie gehen mit hoher Massenarbeitslosigkeit und einer geringeren Wirksamkeit der Tarife¹ einher. Diese Bedingungen führen zur Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zu Lasten der Gewerkschaften und finden ihren Ausdruck auch in anhaltendem Mitgliederschwund.

Hinzu kommt eine tendenzielle Verlagerung der Arbeit in Bereiche, die traditionell schlecht gewerkschaftlich organisiert sind. Diese hier nur höchst cursorisch benannten Veränderungen der Rahmenbedingungen spiegeln sich auch im gesellschaftli-

chen Bewusstsein und in der Verfasstheit der Gewerkschaften im Allgemeinen und der IG Metall im Besonderen wider. Die IG Metall stand (und steht) also vor der Aufgabe, die internationalen und nationalen Rahmenbedingungen einer zunehmenden Deregulierung zu analysieren und notwendige und gleichwohl realistische Gegenstrategien zu entwickeln. Diese Grundproblematik durchzog die Auseinandersetzung um die Bewertung des aktuellen Regierungshandelns, des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb“ und der künftigen tarif-, betriebs-, organisations- und sozialpolitischen Anforderungen. Auch, wenn der liebe Gott in der gleichen Zeitspanne die Welt erschaffen hatte², war dies ein volles Programm für eine Woche.

2. Wie Gerhard Schröder den Gewerkschaftstag „gewann“

Als Lichtblick wurde von vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern das Bundestagswahlergebnis vom 27. September 1998 und die hierdurch ermöglichte Ablösung der konservativ-liberalen Bundesregierung empfunden. Schließlich hatten die Gewerkschaften durch ihre Kampagne „für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ einen erheblichen Anteil am Regierungswechsel. Immerhin hatte die neue Regierung anfangs viele der größten sozialen Ungerechtigkeiten der Kohl-Regierung zurückgenommen.³

Um so stärker war dann die Enttäuschung, als – einhergehend mit dem Rücktritt Lafontaines – ein jäher Kurswechsel vollzogen wurde, der seinen Ausdruck u.a. im sog. Sparpaket Hans Eichels und den damit verbundenen sozialpolitischen Einschnitten fand. Diese Enttäuschung zeigte sich auch in vielen Redebeiträgen der Delegierten; ihr stand aber gleichzeitig die realistische Einschätzung gegenüber, dass auf absehbare Zeit keine andere Regierungskonstellation denkbar ist, die aus Sicht der Gewerkschaften eine akzeptablere Politik betreiben würde. In diesem Spannungsfeld verharrten die Debatten, ohne hinreichend zu klären, welche IG Metall-Aktivitäten erforderlich sind, um die skizzierten Rahmenbedingungen, die das Regierungshandeln maßgeblich beeinflussen, ändern zu können. Selbstverständlich befinden sich in der aktuellen Regierungskoalition starke Kräfte, die für neo-liberales Gedankengut offen sind, gleichwohl konnten diese Kräfte innerparteilich

nur hegemonial werden, weil sie in der Gesellschaft ein tief verwurzelttes Bewusstsein (re-)produzieren.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Auftritt Gerhard Schröders auf dem Gewerkschaftstag einzuschätzen. Die recht einhellige Bewertung in der Presse, Schröder „habe den Gewerkschaftstag gewonnen“, kann so eigentlich nur von halbamtlichen Regierungszeitungen veröffentlicht werden, die auch das Berliner Wahlergebnis für die SPD als ein „Ende des Sinkfluges“ bewerten. Richtig ist, dass der Kanzler und SPD-Parteivorsitzende am Anfang mit Pfiffen bedacht wurde und die IG Metall-Jugend ihn über die Ausbildungsplatzsituation aufklärte sowie die Umlagefinanzierung forderte, während er am Ende seiner Rede manchmal sogar leisen Beifall⁴ einheimen durfte.

Dieses als „Gewinnen des Gewerkschaftstages“ zu interpretieren, erscheint aber reichlich überzogen, denn die Höflichkeit der Delegierten ändert nichts an der Tatsache, dass die übergroße Mehrheit den aktuellen Regierungskurs höchst skeptisch beurteilte und Schröders programmatische Aussagen (wie sie z.B. zum Schröder-Blair-Papier enthalten sind und sich auch in praktischer Politik materialisieren) ablehnt. Wer – unter Bezugnahme auf den „dritten Weg“ – die Gewerkschaften mit anderen Lobby-Gruppen⁵ gleichsetzt, der wirft die Frage nach dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften auf. Diese Frage stand bei allen Diskussionen unterschwellig im Raum; sie wird in der nächsten Zeit beantwortet werden müssen.

3. Das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb“

In die Unsicherheit, wie mit der derzeitigen Bundesregierung umzugehen ist, ordnet sich auch die Debatte um das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb“ ein. Klaus Zwickel hatte bereits vor dem Gewerkschaftstag deutliche Ansagen gemacht, unter welchen Voraussetzungen das „Bündnis“ überhaupt noch einen Sinn mache. Dennoch wurde schnell deutlich, dass ein realistisches Ausstiegsszenario nicht existierte.

Zwar verkennt eine Sicht, die davon ausgeht, dass Gewerkschaften als natürliche Bündnispartner einer „rot-grünen“ Bundesregierung quasi per se verpflichtet seien, im Rahmen des „Bündnisses“ zu wirken, dass dieses Bündnis – zumindest aus Arbeitge-

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes besteht im Kern darin, dass klassische Unternehmerrisiken auf die Arbeitnehmerinnen verlagert werden, während diese gleichzeitig in immer flexiblerer Weise zur Verfügung zu stehen haben.

* Axel Gerntke ist Gewerkschaftssekretär in der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall.

bersicht⁶ nicht primär dem Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienlich ist. Vielmehr soll es im Rahmen eines korporatistischen Modells der Globalsteuerung dienen. Ein solches Konzept schließt naturnotwendig die Einbeziehung der Tarifpolitik mit ein. Damit wäre gleichzeitig die Tarifautonomie nur noch auf ein formales Recht im Grundgesetz reduziert, würde aber kaum noch praktische Wirkung entfalten. Offensichtlich ist, dass damit eine gravierende Veränderung der Rolle der Gewerkschaften einhergehen würde. Tarifautonomie beinhaltet die Möglichkeit im Wege von Arbeitskämpfen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen das Kapital durchzusetzen. Die Beschneidung dieser Möglichkeit würde die Gewerkschaften einseitig auf die Rolle als Kooperationspartner der Wirtschaft festlegen. Noch bestehendes Widerstandspotenzial gegen neo-liberale Politikkonzepte würde damit gebrochen.

Aber auch die Alternative, aus dem „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb“ auszusteigen, konnte nicht im Rahmen einer schlüssigen Konzeption dargelegt werden. Ein sinnvoller Ausstieg aus dem „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb“ wäre nur dann machbar, wenn es gelänge, ein entsprechend hohes Widerstandspotenzial auch tatsächlich zu mobilisieren, dass die Durchsetzung der Interessen breiter Teile der ArbeitnehmerInnenschaft auf konfliktorischem Wege ermöglicht. Hierfür wären aber Vorarbeiten zu leisten. Ein Szenario, in dem die IG Metall aus dem „Bündnis“ aussteigt und der DGB-Vorsitzende gleichzeitig erklärt, man habe im Rahmen des „Bündnisses“ den „Reformvorschlägen“ der Arbeitgeberverbände und der Bundesregierung die „Giftzähne“ gezogen⁷, wäre kaum geeignet, gesellschaftliche Mobilisierungskraft zu gewinnen.

De facto hat sich eine Linie durchgesetzt, im „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb“ zu verbleiben, aber gleichzeitig ein solches „Bündnis“ nicht als Kaminrunde im Kanzleramt verkommen zu lassen, sondern gesellschaftliche Mobilisierungsarbeit für die eigenen Positionen zu leisten.

Dieses erscheint im Ergebnis auch sachgerecht. Zu klären ist allerdings im einzelnen, für welche Inhalte mit welchen Mobilisierungsmaßnahmen gesellschaftliche Mehrheiten gewonnen werden sollen. Zwischenzeitlich

Foto: Christian Kiel (Berlin)



hat der IG Metall-Vorstand eine Kampagne beschlossen, die die Themen „Rente mit 60 – Beschäftigungsbrücke für die Jugend“, „Vermögensabgabe“ und „Umlagefinanzierung“ thematisiert.

Bereits die Presseberichterstattung zum Gewerkschaftstag zeigte, wie notwendig eine solche öffentliche Auseinandersetzung ist. Dies lässt sich am Beispiel der „Rente mit 60“ verdeutlichen: Nicht die IG Metall war es, die ursprünglich eine solche Regelung unbedingt im Wege der Tarifpolitik ausgestaltet wissen wollte. Vielmehr war es die Bundesregierung, die durch ihre Eckpunkte „Senkung der Lohnnebenkosten“⁸ und „Sparpolitik“⁹ den Gewerkschaften – so lange diese Dogmen nicht durchbrochen werden können – keine andere Wahl lässt, als im Wege der Tarifpolitik beschäftigungswirksame Maßnahmen zu ergreifen.

Offensichtlich war, dass die Bundesregierung sich mit dem konkreten IG Metall-Modell bis zum Gewerkschaftstag nicht auseinander gesetzt hatte. Der Bundeskanzler trug vor, Bundesarbeitsminister Walter Riester habe ausrechen lassen, dass eine solche „Rente mit 60“ Vorfinanzierungskosten mit sich bringen würde, die die Beitragssätze um 0,4 Prozentpunkte ansteigen ließen. Diese Berechnung war insofern falsch, als sie sich nicht auf das konkrete IG Metall-Modell bezogen hatte.

Die IG Metall hatte vorgeschlagen, die Rentenabschläge durch eine Vorab-Einmalzahlung der Arbeitgeber gemäß § 187 a SGB VI auszugleichen. Im Falle der Wiederbesetzung der Stelle durch den Arbeitgeber – und nur dann – sollte er diese Kosten aus einem paritätisch finanzierten Tariffonds erstattet bekommen. In diesem Modell fallen überhaupt keine Vorfinanzierungskosten an. Eine früh-

zeitige Auseinandersetzung mit diesem Modell hätte es auch dem Bundesarbeitsminister erspart, in der Presse einmal mehr als Umfaller dargestellt zu werden. Und dieses Modell hat einen zweiten Vorzug: Die Kosten der Arbeitgeber werden nur dann erstattet, wenn diese beschäftigungswirksam Neueinstellungen vornehmen. Daran würden insbesondere Jugendliche, die neu eingestellt werden könnten, partizipieren. Die in vielen Medien künstlich herbei geredete Debatte vom Widerspruch zwischen Jung und Alt hatte keine Grundlage.

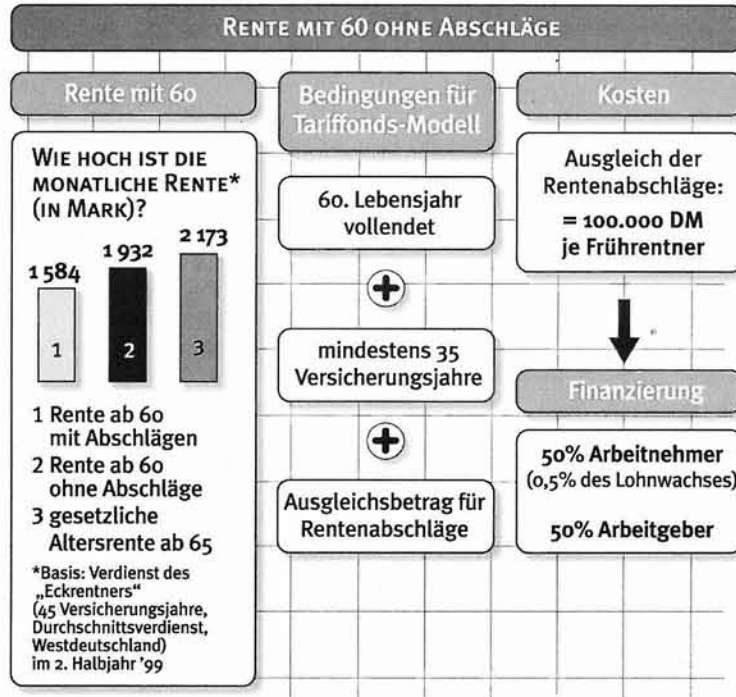
Es ist offensichtlich, dass die Rente mit 60 – als Beitrag zur derzeit notwendigen Lebensarbeitszeitverkürzung und damit in erster Linie als beschäftigungspolitischer und nicht als sozialpolitischer Beitrag – erforderlich ist. Ebenso offensichtlich ist aber angesichts einer realen Arbeitsplatzlücke von über 7 Millionen auch, dass dieser Beitrag nicht hinreichend sein wird.

4. Wie weiter mit der Arbeitszeitverkürzung?

Mithin stellt sich die Frage, wie die IG Metall in einem ihrer originären Handlungsfelder, der Tarifpolitik, weiter gestaltend eingreift. Es gab – nicht zum ersten Mal auf einem IG Metall-Gewerkschaftstag – große Schwierigkeiten, die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung (in allen Formen) als wesentlichen Beitrag zur Arbeitsumverteilung zu verankern. Insbesondere aus den Bezirken Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurde hiergegen eingewandt, dass die Arbeitszeitverkürzung mit weiterem Beschäftigungsabbau, mit Arbeitsverdichtung, mit Verlängerung von Ausgleichszeiträumen und weiteren Ausnahmeregelungen (z.B. 13 %/18 % 40-stünder Quote) einhergegangen sei. Ferner bestanden Bedenken, ob

Klaus Zwickel hatte bereits vorher deutliche Ansagen gemacht, unter welchen Voraussetzungen das „Bündnis“ überhaupt noch einen Sinn mache. Aber ein realistisches Ausstiegsszenario existierte nicht.

Das Tariffonds-Modell



nicht in der Realität Arbeitszeitverkürzungen (auch mit vollem Lohnausgleich) dennoch mit Verlust an Reallohnzuwächsen erkaufte werden müssten. Ferner sei die Mitgliedschaft in großen Teilen nicht von der Notwendigkeit weiterer Arbeitszeitverkürzung überzeugt. Die Quintessenz dieser Überlegungen gipfelte darin, dass Schritte weiterer Arbeitszeitverkürzung erst dann zu gehen seien, wenn diese Probleme beseitigt wären.

Hiergegen wurde zu Recht eingewandt, dass dies wohl hundertprozentig im nächsten Jahrtausend nicht zu erreichen sei. Auch sei das Phänomen, dass die Mitgliedschaft angesichts stagnierender und teilweise sinkender Reallöhne nicht per se von weiterer Arbeitszeitverkürzung begeistert wäre, aus den letzten Tarifausinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung durchaus bekannt. Aufgabe der IG Metall sei es daher, für dennoch erforderliche Schritte der Arbeitsumverteilung in der Mitgliedschaft zu werben und diese in ein schlüssiges Gesamtkonzept einzubetten. Man einigte sich auf einen Kompromiss – der in Teilen sogar als eine Synthese¹⁰ bezeichnet werden kann – die Politik weiterer Arbeitszeitverkürzung fortzuführen, aber in verstärktem Maße die genannten Probleme der Flexibilisierung und Arbeitsverdichtung zu bearbeiten.

Letztlich wird es nicht in erster Linie auf die Beschlusslage (die noch

ziemlich viele Handlungsspielräume offen lässt) ankommen, sondern darauf, wie die Tarifkommissionen entscheiden und ob die IG Metall in der Lage ist, für ihre tarifpolitischen Forderungen zu mobilisieren und diese auch in der gesellschaftlichen Debatte zu verankern.

5. Das politische Mandat

Es liegt aber auf der Hand, dass die IG Metall nicht in der Lage sein wird, alle gesellschaftlichen Notwendigkeiten im Wege der Tarifpolitik allein zu schultern. Bereits deswegen stellt sich die Frage nach dem politischen Mandat. Der Ansatz, auf dem Gewerkschaftstag über den nationalen Tellerand hinauszublicken und die Frage der weltweiten Menschenrechte – insbesondere der sozialen Menschenrechte – in der Eröffnungsveranstaltung zu thematisieren, war richtig. Allerdings spiegelte er sich zu wenig im sonstigen Geschehen des Gewerkschaftstages wider. Dies zeigte sich insbesondere in der Debatte um den Krieg der Nato gegen Jugoslawien. Zwar gab es einen inhaltlich fundierten Antrag der IG Metall-Jugend, der das völkerrechtswidrige Vorgehen der NATO verurteilte und eine umfassende Auseinandersetzung mit der NATO-Strategie einforderte. Die recht leidenschaftslos geführte Debatte und die Verweisung des Antrages als „Material an den Vorstand“ verdeutlichte aber die Gefahr, hinter bereits

gefundene friedenspolitische Positionen der vergangenen Jahre zurückzufallen.

6. Fazit

Es bleibt festzuhalten, dass die Gewerkschaften insgesamt vor der gewaltigen Aufgabe stehen, sich auf geänderte ökonomische, politische und kulturelle Rahmenbedingungen einzustellen. In Teilbereichen ist ein erster Schritt vorwärts gegangen worden. In anderen Fragen waren es zwei Schritte zurück. Einen Weg ins nächste Jahrhundert zu finden, der für die Gewerkschaften gangbar ist, wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Doch eines hat der Gewerkschaftstag trotz aller Probleme und Oberflächlichkeiten gezeigt: Ein Weg muss gefunden werden, der „Dritte Weg“ ist es nicht. spw

¹ durch Tariffucht und Tarifbruch der Unternehmen oder aber mit Tarifverträgen, die diesen Bedingungen „Rechnung tragen“.

² strittig.

³ z.B. Wiederherstellung der vollen gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Rücknahme der Verschlechterung des Kündigungsschutzgesetzes, Absenkung der Zuzahlung bei Medikamenten, Aussetzung großer Teile der Blüm'schen Rentenkürzungen, Rücknahme der Anrechnung der Abfindung auf das Arbeitslosengeld, Erhöhung des Kindergeldes sowie kleine Schritte zur Steuerentlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

⁴ Sicherlich nicht so viel, wie Gregor Gysi bei seinem Grußwort. Aber als Maßstab taugt letzterer in der veröffentlichten Meinung wohl noch nicht.

⁵ seien es die Energiewirtschaft, die Bauernverbände oder auch nur die Kaninchenzüchtervereine.

⁶ aber auch wenn man sich die Zwecke vergleichbarer Bündnisse in den Nachbarländern (z.B. den Niederlanden) vergegenwärtigt.

⁷ so Dieter Schulte 1996 zur Maßnahme der konservativ-liberalen Regierung, die Bemessungsgrundlage für Arbeitslosenhilfebezieher nicht wie ursprünglich geplant, jährlich um 5%, sondern „lediglich“ um 3% zu senken.

⁸ Das Lohnnebenkostensenkungsdogma ist zumindest in der IG Metall durchbrochen. Es konnte immerhin Übereinstimmung erzielt werden, dass eine pauschale Senkung der sog. Lohnnebenkosten eher zu Sozialleistungskürzungen als zu neuen Arbeitsplätzen führt (sozialpolitische Entschlebung).

⁹ d.h., unter anderem: keine weitere Erhöhung des Bundeszuschusses zur Gesetzlichen Rentenversicherung.

¹⁰ Synthese deswegen, weil die Bezirke NRW und Ba-Wü reale Probleme angesprochen haben, die der Bearbeitung bedürfen – auch, wenn in der bisherigen Arbeitszeitverkürzungspolitik keinesfalls die Ursache für diese Probleme gefunden werden kann.

Nach dem IG Metall-Modell für die Rente mit 60 werden die Kosten der Arbeitgeber nur dann erstattet, wenn diese beschäftigungswirksam Neueinstellungen vornehmen. Daran würden insbesondere Jugendliche partizipieren.

Innovationen und Ansprüche

An der Grenze zum neuen Jahrtausend werden ständig neue Hiobsbotschaften zum Ende des jetzigen Gesellschaftssystems verbreitet. Dabei überwiegt meistens die Wehmut und die Hilflosigkeit gegenüber „dem Neuen“. „Das Neue“ ist allerdings gar nicht so neu, sondern ein anhaltender Prozeß, der schon über mehrere Jahrzehnte sich fortsetzt.

Gemeint ist hier der Wandel der Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft und die mit ihm verbundenen Veränderungen in der Produktionsweise. Dieser Wandel zeigt sich insbesondere durch den ständigen Abbau von Arbeitsvolumen im produktiven Bereich und einer Zunahme im Dienstleistungsbereich. Der in den 80er Jahren begonnene Rationalisierungsprozess hat sich durch die neuen Informations- und Kommunikationstechniken bereits verstärkt und wird sich fortsetzen. Das werden nicht nur die Beschäftigten in der Versicherungs- und Bankenwirtschaft erfahren. Allein in den Jahren 1993 bis 1995 sank der Anteil der Erwerbstätigen in der Industrie von 39,1% auf 35,9%.

Dass Dienstleistung schon heute wesentlich zur Wertschöpfung beiträgt, zeigt der Anteil der Dienstleistung an dem Endverkaufspreis des international gefertigten Pontiac Le Mans von General Motors. Marketing (2%), Datenverarbeitung (4%), Styling & Konstruktion (7%) sowie Marktstrategie, Anwälte, Banken, Sozialversicherung und Aktionäre (37%) sind mit 50% am Verkaufspreis beteiligt.

Ähnliche verlängerte Wertschöpfungsketten lassen sich auch im Bau-sektor feststellen. Dort sind die großen Bauunternehmen heute auf dem Weg zu Dienstleistern. Ein Beispiel ist die Firma Hochtief, die schon heute den Athener Großflughafen gebaut hat und nun betreibt. Ähnliche Konzepte will die Firma beim Berliner Flughafen oder in Frankfurt und Düsseldorf umsetzen. (siehe hierzu auch WSI-Mitteilungen 2/99, S. 119 ff. Hochstadt, Laux, Sandbrink). Wohin dieser Weg enden kann, lässt sich auch beim jetzigen Mischkonzern Preussag AG nachvollziehen, der seinen Schwerpunkt vom Stahlbereich zum Tourismus verlagert hat.

Dort, wo vormalig saubere Grenzen gezogen wurden zwischen Produktionssektor auf der einen und Dienstleistungen auf der anderen,

verwischen diese Grenzen bis zur Unkenntlichkeit. Somit befindet sich auch der einzelne in einem neuen Koordinatenkreuz von Macht und Anforderungen an seine Arbeitskraft. Dadurch verändern sich Erwerbsbiografien und auch die Erwartungen des/der Einzelnen an die Ausgestaltung des Lebens. Erwerbsarbeit wird weiterhin einen zentralen Faktor in der Gestaltung des Lebens ausmachen. Erwerbszentriertes Leben bedeutet dabei aber nicht, dass nur der eine Beruf zentral ist. Vielmehr entwickelt sich rund um die Arbeit ein vielschichtiger Reigen aus Ausbildung, Beruf, persönlichen Auszeiten und Weiterbildung. Letztgenanntes wird dabei ein Schlüssel zur Neuorganisation der Erwerbsarbeit werden. Lebenslanges Lernen wird nicht nur von den Arbeitgebern erwartet, sondern auch von den ArbeitnehmerInnen gewünscht, um sich flexibler und „freier“ auf dem Arbeitsmarkt bewegen zu können. Leider fehlen hier die gesetzlichen und tariflichen Voraussetzungen, insbesondere um die Lebensarbeitszeit drastisch zu verringern. Aber auch der politische Wille geistert nur um die nebulöse Formulierung der „Stärkung der Weiterbildung“, ohne dafür – anders als es in der schulischen, der universitären oder dualen Ausbildung der Fall ist – ein konkretes Leitbild zu verfolgen.

Konsequenzen für eine organisierte Gestaltungsmacht

Nur stichwortartig konnten die Veränderungen unserer Arbeitsgesellschaft genannt werden. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Gewerkschaften. Dass dieser Prozess innerhalb der Gewerkschaften jedoch kaum diskutiert wird, verwundert.

Bei Umfragen in der Bevölkerung bejahen über 90% die notwendige Existenz der Gewerkschaften als gesellschaftliches und tarifpolitisches Gegengewicht in einer funktionierenden Demokratie. Deshalb sind jedoch noch lange nicht 90% der Bevölkerung (geschweige denn der Erwerbsbevölkerung) in den Gewerkschaften organisiert. Im Gegenteil, der Mitgliederverlust nimmt in den letzten 10 Jahren dramatisch zu, es droht ein Ausbluten der Organisation. Insbesondere im Jugendbereich brechen ganze Generationen weg. Dieses hängt auch mit verlängerten Bildungsbiografien (längere Schulzeiten, Kombination von Ausbildung und Studium) im Vorfeld des Berufslebens zusammen, aber nicht nur. Auch

Die Gewerkschaften und der Abschied von der Industriegesellschaft

von Oliver Lindner und Stephan Klecha*

die überalterte Funktionärsstruktur und die auf den ersten und zweiten Blick mangelnden Perspektiven zur Mitarbeit innerhalb der Gewerkschaft verschrecken oft eher, als dass sie Ausstrahlungsfähigkeit vermitteln.

Das hat nicht nur organisatorische und finanzielle Konsequenzen. Die politische Bedeutung der Gewerkschaften nimmt nach 40 Jahren quasi-staatlicher Existenz parallel zum Mitgliederschwund ab. Der Glaube, eine rot-grüne Bundesregierung könnte das alte bundesrepublikanische System wiederherstellen, hat sich schon nach wenigen Monaten als Trugschluss ergeben. Niemand kann auch wirklich zurück in die alte Bundesrepublik, die Bundesrepublik der 70er Jahre, die vielen in der Gewerkschaften und innerhalb der politischen Linken momentan als Leitbild im Kopfe hängt, war Resultat der Produktionsweise und einer einmaligen Klassenformation.

Das Bündnis für Arbeit ist denn auch eher eine Entmachtungs- denn eine Aufwertungsveranstaltung für die Gewerkschaften. Am Bündnis für Arbeit müssen sie Zugeständnisse an die Gegenwart machen und erkennen, dass sie endlich neue inhaltliche Strategien brauchen. Denn ein wirkliches Druckmittel haben die Gewerkschaften im Falle eines Scheiterns des Bündnisses für Arbeit nicht in der Hand. Sie sind zum Erfolg verdammt.

Dort, wo vormalig saubere Grenzen gezogen wurden zwischen Produktionssektor auf der einen und Dienstleistungen auf der anderen, verwischen diese Grenzen bis zur Unkenntlichkeit.

* Oliver Lindner, Nordsehl, Gewerkschaftssekretär bei der IG Bauern-Agrar-Umwelt; Stephan Klecha, Göttingen, Mitglied DGB-Landesjugendausschuss Niedersachsen-Bremen und Mitglied im Juso-Bezirksvorstand Hannover

Arbeit ohne Zukunft?

Eindrücke am Ende des Jahrhunderts

Juso-Landesverband Berlin,
Tobias Plorte, Nicole Rosin (Hrsg.)

Ergebnisse eines Wettbewerbs
der Berliner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
zum Thema Zukunft der Arbeit

spw-Verlag

Welche Wünsche haben Jugendliche heutzutage für ihre Zukunft? Wie erleben sie und wie reagieren sie auf gesellschaftliche Blockaden, die der Verwirklichung der eigenen Ansprüche in der Realität entgegenstehen? Die in diesem Band dokumentierten und kommentierten Beiträge des Wettbewerbs der Berliner Jusos zur „Zukunft der Arbeit“ gehen diesen Fragen nach – indem sie nicht die Diskussion über Jugendliche in den Mittelpunkt stellen, sondern diese selbst zu Wort kommen lassen. Zu diesen Beiträgen nehmen dann WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Jugendexperten Stellung.

Paperback, 122 Seiten,
davon 8 S. farbige Abbildungen

Preis 14,80 DM,
keine Versandkosten

Bestellungen an:
spw-Verlag,
Fresienstr. 26,
44289 Dortmund
Tel. 02 31 – 402 410
Fax 02 31 – 402 416

E-Mail: Verlag@spw.de
<http://www.spw.de>

Beispiel Thema: Niedriglohnsektor. Er ist und war schon immer Wirklichkeit. Die 630,-DM-Jobs waren verteuert und es sollte nur eine Randerscheinung sein. Inzwischen arbeiten nach Schätzungen des DGB etwa sieben Millionen Beschäftigte in diesem Bereich. Die Zahl der prekären (atypischen) Arbeitsverhältnisse (befristete Arbeitsverträge, Teilzeitbeschäftigung, Niedriglohn) nimmt überall zu. Zurück zur Wirklichkeit heißt, nicht die Augen zu schließen, sondern im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Dies bedeutet auch, solange dieser Sektor nicht überwunden wird, die Interessen der hier Beschäftigten vertreten zu können und vertreten zu wollen. Dabei ist zu beachten, dass Beschäftigte einerseits ein zum Leben reichendes Auskommen durch ihre Tätigkeit fordern, andererseits jedoch auch gewisse Vorteile bei atypischen Beschäftigungsmodellen erwarten, wie Flexibilität, Qualifikation und die Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf. Dieser Anspruch und die jetzige Wirklichkeit müssen zukünftig angeglich werden.

Beispiel Thema: Renten. Jeder weiß, dass Norbert Blüm damals schon die Unwahrheit gesprochen hatte, als er meinte, die Renten seien sicher. Auch wenn es volkswirtschaftlich vielleicht kein so evidentes Problem sein mag, die Akzeptanz der Rentenversicherung hat gelitten, nicht nur wegen neoliberaler Modernisierungstheorien, sondern auch weil sie in ihrer bisherigen Form (mit Vollzeitbeschäftigung und lebenslangem Arbeiten) ein System für eine vom männlichen Fabrikarbeiter geprägten Industriegesellschaft ist. Eine wirkliche Reform bedeutet hier, das Rentensystem grundlegend an die Bedürfnisse der Beschäftigten in einer stärker an Dienstleistung orientierten Gesellschaft anzupassen. Die Arbeiterbewegung hat hierfür gegenwärtig kein gesamtgesellschaftlich austrahlungsfähiges und langfristiges Konzept.

Gewerkschaften als Versicherung?

Wenn also politischer Machtverlust der Gewerkschaften droht, die dabei übrigens nicht Opfer, sondern Mittäter sind, womit sollten sie dann noch attraktiv sein? Unter anderem die IG BCE und IG BAU setzen auf mehr Service-Angebote. Der Mitgliedsbeitrag soll sich durch lukrative Kreditfinanzierung, Reisen, Versicherungen aller Art, etc. rechtfertigen. Ob diese Stra-

tegie, die übrigens alle außer der IG Metall gehen wollen, aufgeht, ist eher zweifelhaft. Die große Existenzberechtigung für die Gewerkschaften ergibt sich nicht durch einen Warenkorb voller Güntigkeiten und Beliebigkeiten, sondern durch einen gesellschafts- und tarifpolitischen Gestaltungsanspruch. Gewerkschaften tragen zur politischen Willensbildung bei und zur politischen Gestaltung des gesellschaftlichen und betrieblichen Lebens. Dabei – und das hat eine gewisse Tradition in der ArbeiterInnenbewegung – kann auch das ein oder andere Element der (zuweilen geldwerten) Mitgliederleistungen miteinbezogen werden, eben um die Lebensbedingungen der organisierten Mitglieder konkret zu verbessern, aber zielgerichtet und unverwechselbar. Ein buntes Potpourri der Versicherungswirtschaft ist dabei nur wenig hilfreich.

Dass die Gewerkschaften ihrem politisch-gesellschaftlichen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden, liegt weniger an den neo-liberalen Marktvorderrichtern, sondern an der Unfähigkeit der Gewerkschaftsorganisation, die globale, die nationale und individuelle Veränderung und Ansprüche im Arbeits- und Gesellschaftsleben wahrzunehmen bzw. diese in ihre Strategie umfassend einzubauen. Diese Veränderungen haben bisher nur die De-Regulierer für sich nutzen können, da sie im Geist der Zeit Freiheit auf allen Ebenen als neues ungefährliches Lebensgefühl vermarkten. Wenn die globalisierte Freiheit manchmal Arbeitsplätze kostet, so sei das der Preis für die neue Zeit in Freiheit des Einzelnen.

Dass letztlich dadurch nur alte Ideologie in neuen Gewand verkauft wird, wurde bisher wenig beachtet. Die alte Garderobe der ArbeiterInnenbewegung scheint noch eher von Motten zerfressen zu sein. Der Aufbau, die Tradition und die interne Verfasstheit der Gewerkschaft bezieht sich auf die Zeit der fordistischen Produktionsweise zurück und war in der Zeit mit klar abgrenzbaren Betriebs- und Branchengrenzen auch praktikabel. Heute jedoch geht diese Struktur an den Lebensweisen der meisten Beschäftigten vorbei.

So hängen die rückläufigen Mitgliedszahlen auch in einem großen Maße von der Schwäche der Gewerkschaften ab, neue Formen der Erwerbstätigen zu akzeptieren und die hier Tätigen zu organisieren. Es

fehlen Konzepte und Strategien, wie Niedriglohnjobber, Mehrfachbeschäftigte, Menschen mit kontinuierlich wechselnder Beschäftigung und Menschen, die zeitweise – aus welchen Gründen auch immer – keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, in die Gewerkschaft eingebunden werden.

Die alte Branchen- und Betriebsgebundenheit der Gewerkschaften ist dabei heute weitgehend obsolet und hinderlich für eine integrierte Strategie aus Sozial- und Tarifpolitik. Nur noch in wenigen klassischen Produktionsbereichen mag ein solches System wirksam funktionieren. Eine Stärkung des DGBs in Richtung Zentralgewerkschaft mit (international kooperierenden) Branchenfachverbänden wäre daher wünschenswert und erstrebenswert (vgl. Detlef Hensche in Gewerkschaftliche Monatshefte 7-8/1999). Ein derart gestärkter DGB würde die vielfach wenig produktive Konkurrenz der Einzelgewerkschaften überwinden. Ähnlich wie die politische Linke besitzen nämlich auch die Einzelgewerkschaften die nahezu perfekte Fähigkeit, Solidarität in Konkurrenz untereinander umzudeuten.

Bewegung gelangt nach mehr als einem Jahrzehnt des Stillstands in die internationale Zusammenarbeit. Dies deutet die Vereinbarung von Doorn oder die Vorstöße zur verstärkten internationalen Zusammenarbeit bis hin zur transnationalen Organisationsform (vgl. Klaus Wiesehügel in Einblick 15/99) an, jedoch hängen die Gewerkschaften beim Stand der Internationalisierung deutlich hinter dem der Produktionsweise zurück.

Unabhängig von den Restrukturierungsprozessen wird es Gewerkschaften zukünftig natürlich auch weiterhin geben. Eine demokratische Gesellschaft kann ihren Verlust nicht ertragen. Ob ihr Dasein jedoch nur noch Alibi-Charakter hat oder ein fester Bestandteil des politischen, gesellschaftlichen und betrieblichen Lebens ist, hängt in erster Linie von den Gewerkschaften selbst ab.

Die Organisation vom Kopf auf die Füße stellen

Die zaghaften Versuche, sich durch „Organisationsentwicklungsprozesse“ zu verändern, machen wenig Mut, dass sich auch inhaltlich etwas nachhaltig ändert. In den satzungsgemäßen Gremien der Basis wird sich lieber mit sich selbst beschäftigt,

anstatt inhaltlich zu diskutieren. Die „Lernende Organisation“ versucht lieber in ökonomischer Hinsicht einen Rationalisierungsprozeß, um dem wachsenden Druck von Defiziten zu entweichen. Dieser Prozess geschieht jedoch abgeschirmt von der Wirklichkeit „draußen“, die sich täglich neu zeigt und täglich neu ignoriert wird.

Die Partizipationsmöglichkeiten der Mitgliedschaft innerhalb der Gewerkschaften müssen in einen sinnvollen Einklang mit dem hauptamtlichen Apparat gebracht werden, zumal die komplexere Willensbildung sowieso nur mit dem hauptamtlichen Apparat oder auch im wissenschaftlichen Raum (bspw. über das WSI) stattfinden kann. Ein ehrenamtliches Eigenleben in den von Hauptamtlichen zugelassenen „Freiräumen“ wird sich nie entwickeln. Ziel muss es sein, dass Qualifizierungs- und Projektgruppen, die sich schwerpunktmäßig mit Themen und Problemlagen auseinandersetzen und zu konkreten Ergebnissen für die Organisation oder (wie im ersten Fall) für sich selbst führen, zum zentralen Organisationsmerkmal der Gewerkschaften werden. Diese Projektgruppen müssen in die Lage versetzt werden, die Zielrichtung des gewerkschaftlichen Handelns wirklich vorzugeben.

Dies muss einher gehen mit einer Überprüfung des Fortbestands ehrenamtlicher Status-Strukturen. Unter dem Schlagwort Parteireform bemühte sich auch die Sozialdemokratie

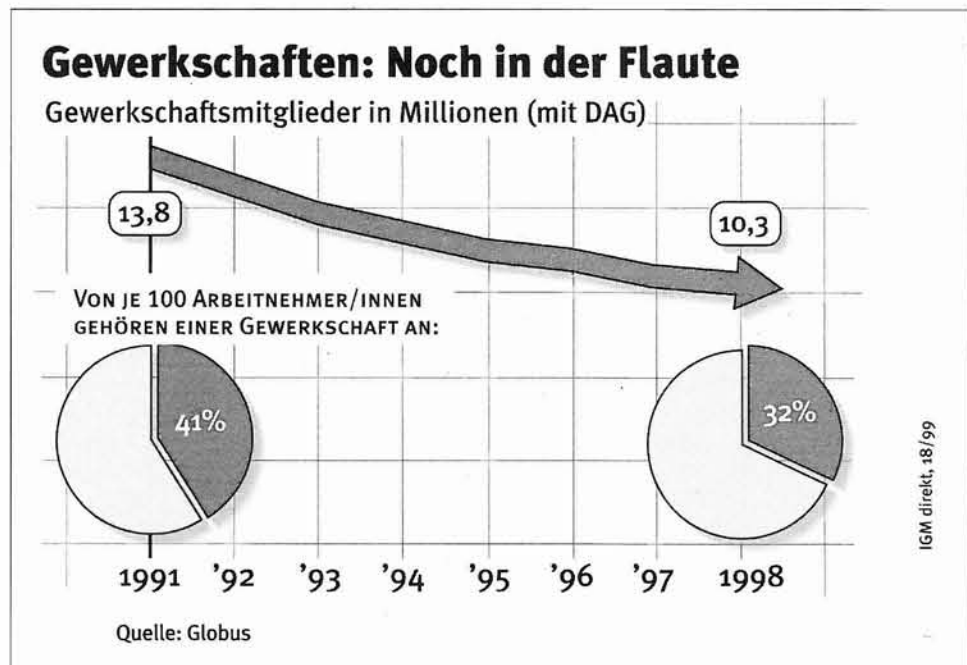
Anfang der 90er Jahre, diesen Weg zu gehen. Von einigen Ausnahmen einmal abgesehen, ist der damals eingeschlagene Weg aber nicht zueinde gegangen worden, vielmehr wuchern die damals ausgetrampelten Pfade wieder zu.

Auch der hauptamtliche Apparat braucht mehr Bewegung. Hauptamtliche Verantwortungsträger sollen mehr Zeit für Aus- und Weiterbildung erhalten. Dabei sollten sie auch über den „Tellerrand“ hinausschauen können. Weiterbildung im „eigenen Saft“ ist oft nicht sehr erschöpfend. Die Bezahlung soll sich nicht nach den Beschäftigungszeiten richten, sondern an der Leistung orientieren. Leistung ist hier jedoch in erster Linie Innovation, Kreativität und selbständiges selbstverantwortliches Handeln mit überzeugendem Ergebnis für die Organisation.

Diese Ideen könnten sich noch fortsetzen lassen. Dieser Beitrag sollte jedoch in erster Linie dazu beitragen, die jetzige Debatte von „Globalisierung“ und Veränderung der Gewerkschaften zu verknüpfen. Organisationsentwicklung sollte immer in der Jetztwelt stattfinden und gerade für Gewerkschaften ist die Jetztwelt nicht nur die quantifizierbare Masse an Geld und Mitgliedern, sondern die politische Realität. Dieser Beitrag sollte auch mit seinen z.T. provozierenden Thesen eine angeregte Diskussion erzeugen für die Entwicklung einer handlungsfähigen Interessensvertretung für die abhängig Beschäftigten.

Die rückläufigen Mitgliedszahlen hängen auch in einem großen Maße von der Schwäche der Gewerkschaften ab, neue Formen der Erwerbstätigen zu akzeptieren und die hier Tätigen zu organisieren.

spw



Hände weg vom Ladenschluss!

Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Ladenschlußgutachten

Auszüge aus der gemeinsamen Stellungnahme der Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV zu den Ladenschlussgutachten des ifo-Instituts und der Sozialforschungsstelle Dortmund, veröffentlicht Hamburg, Düsseldorf, den 10. November 1999. Die vollständige Fassung und weitere Materialien sind im Internet verfügbar unter <http://www.hbv.org>

1. Allgemeine Vorbemerkungen zu den Gutachten

Die aktuellen Untersuchungsergebnisse des ifo-Instituts über die Auswirkungen von 3 Jahren Ladenschlussgesetz sind – ähnlich wie der Untersuchungsteil von 1995 – exakt und aufschlussreich. Die Empfehlung des Instituts nach völliger Freigabe der Öffnungszeiten von Montag bis Samstag hat – wie schon 1995 – wiederum mit dem Analyseteil nichts zu tun und erweist sich als blanke Ideologie. Diesmal wird als „Begründung“ eine pseudowissenschaftliche Abhandlung über die Funktionsmechanismen des Marktes angeführt.

Diesmal verspricht ifo nicht mehr Arbeitsplätze (s.o.), sondern „mehr Wohlfahrt“, wenn nur alles dem Markt überlassen bleibt. Das schlichte Credo ihrer neoliberalen Darlegungen lautet, der Markt könne am Besten regeln, was für Beschäftigte, Betriebe und Verbraucher die größten Vorteile bringt. Die Politik solle sich gefälligst heraushalten.

Offenbar hat ifo sein eigenes Untersuchungsergebnis nicht gelesen, denn die meisten Läden, die länger geöffnet haben, haben weniger Umsatz gemacht und können die damit verbundenen Kosten nicht decken!

Wieder verspricht das ifo in seinen Empfehlungen etwas, was schon jetzt durch die Praxis und durch ihre Studie selbst widerlegt worden ist.

Fakt ist nun einmal, dass die Konzerne im Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb des Einzelhandels – also in der real-existierenden „freien“ Marktwirtschaft – die Öffnungszeiten systematisch einsetzen, um der Kon-

kurrenz Marktanteile abzugeben, auch wenn dies aktuell mehr kostet als es bringt!

Noch abenteuerlicher wird es bei der Frage, wie „der Markt“ die Nachteile von längeren Arbeitszeiten am Abend und am Wochenende für die Beschäftigten ausgleicht. Für das ifo ist auch das natürlich kein Problem:

„Die Freiwilligkeit der Kontrahierung stellt sicher, dass der Nachteil ungünstiger Arbeitszeiten durch eine entsprechend höhere Entlohnung aufgefangen wird. Am Sonntag wie an jedem anderen Tag wird nur derjenige arbeiten, der den gezahlten Lohn (bzw. Lohnzuschlag) höher schätzt, als die entgangene Freizeit“ (ifo, S. 240).

Wir hätten gerne erfahren, wo Unternehmer Beschäftigten freiwillig mehr Zuschläge für Abend- oder Wochenendarbeit anbieten. Wir kennen eine andere Realität:

- 1996 mussten die Gewerkschaften wochenlang für die mageren Zeitzuschläge von 20% streiken.
- Für die Manteltarifrunde ab 1.1.2000 haben die Arbeitgeber schon jetzt angekündigt, dass sie die Zuschläge streichen wollen.

Dass im übrigen Millionen Arbeitslose und der permanente Personalabbau im Einzelhandel die „freie Wahl“ bei der Suche eines Arbeitsplatzes und bei der „Freiwilligkeit der Kontrahierung“ massiv einschränken – solche einfachen Wahrheiten gibt es in der schönen neuen Welt der „reinen“ Marktwirtschaft des ifo-Instituts nicht!

2. Auswirkungen auf die Einzelhandelsumsätze

2.1. Umsatzentwicklung und Ausgabeverhalten der Verbraucher

Im Vorfeld der Änderung des Ladenschlussgesetzes 1995/96 hieß es: Eine Liberalisierung der Öffnungszeiten wird positive Umsatz- und Arbeitsplatzeffekte bewirken:

„Es ist mit einem zusätzlichen Marktpotenzial in der Höhe von 20 Mrd. DM zu rechnen, das dem Einzelhandel in einem Zeitraum von etwa drei Jahren Umsatzsteigerungen in der Größenordnung von 2 bis 3% erlauben würde. Damit wäre eine Beschäftigungsteigerung von etwa 50.000 möglich.“ (Pressemitteilung des ifo vom 11. 8. 1995)

Heute muss das ifo-Institut feststellen:

- Der Einzelhandelsumsatz hat sich nicht erhöht; er ist im ersten Jahr der längeren Öffnungszeiten (1997) sogar um 0,9% gesunken (ifo, S. 12).

- Der Anteil des Einzelhandelsumsatzes am privaten Verbrauch ist weiter gesunken.

- 84% der Verbraucher, die die längeren Öffnungszeiten nutzen, geben nicht mehr Geld aus. Sie nutzen vielmehr die Zeit, um zwischen verschiedenen Angeboten zu wählen.

Damit wird die Gewerkschafts-Position bestätigt: Den Kunden fehlt das Geld, nicht die Zeit zum Einkaufen!

2.2. Nutzung der neuen Öffnungszeiten

Zwischen 45 – 50% der Verbraucher nutzen die längeren Öffnungszeiten nie, nur 10% nutzen sie wöchentlich.

Bei Einkäufen nach 18.30 Uhr bzw. nach 14.00 Uhr am Samstag werden Geschäfte in der City, auf der Grünen Wiese und großflächige, filialisierte Verbrauchermärkte/SB-Warenhäuser bevorzugt. (ifo, S. 88) Kleinere Gemeinden und kleinere Nachbarchaftsläden gehen leer aus.

2.3. Umsatzentwicklung und Öffnungszeiten aus Sicht der Betriebe

Nur 33% aller Verkaufsstellen öffnen mindestens 2 x wöchentlich an Werktagen nach 18.30 Uhr; nur 29% öffnen samstags nach 14.00 Uhr.

Am meisten nutzen die längeren Öffnungszeiten

- große Verkaufsstellen mit mehr als 5 Mio. Jahresumsatz; bei mehr als 25 Mio. Jahresumsatz nutzen 80% die neuen abendlichen Öffnungszeiten voll!
- Verkaufsstellen in der City oder in einem Einkaufszentrum.

Damit wird untermauert, was die Gewerkschaften bereits 1996 vorausgesagt haben: die Öffnungszeiten werden immer mehr zu einem Mittel im Verdrängungswettbewerb.

3. Anzahl und Struktur der Arbeitsplätze

Hier hat sich in vollem Umfang bestätigt, was die Gewerkschaften 1995/96 befürchtet und vorausgesagt haben: Die längeren Öffnungszeiten haben nicht nur keine Arbeitsplätze gebracht – sie haben durch die Umsatzverlagerungen sogar massiv Arbeitsplätze gekostet:

„In den letzten drei Jahren sind in den Verkaufsstellen des Einzelhandels ca. sechs Prozent der Arbeitsplätze verloren gegangen. Das Volumen der Beschäftigung, also die Anzahl der im Verkauf geleisteten Arbeitsstunden, verringerte sich um mehr als acht Prozent.“ „Weil vor allem Vollzeitbeitsplätze ent-

Die Empfehlung des Instituts nach völliger Freigabe der Öffnungszeiten von Montag bis Samstag hat – wie schon 1995 – wiederum mit dem Analyseteil nichts zu tun und erweist sich als blanke Ideologie.

fallen sind, hat sich das Beschäftigungsvolumen noch stärker reduziert, als es die Anzahl der insgesamt verloren gegangenen Arbeitsplätze auf den ersten Blick erkennen lässt". (sfs, S. 16)

Abgebaut wurden vor allem Vollzeitarbeitsplätze, aber auch sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze gingen massenhaft verloren. Gleichzeitig wurde die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse weiter erhöht.

Eine wichtige Frage lautet, wie die „Verlängerer“ die neuen Öffnungszeiten personell umgesetzt haben. Das Ergebnis ist erschreckend:

In den Betrieben mit längeren Öffnungszeiten ging die Anzahl der Beschäftigten noch stärker zurück als in den Betrieben, die ihre Öffnungszeiten nicht verlängert haben. (sfs, S. 35).

- Bei den „Verlängerern“ haben
- 43% keine Veränderung beim Personal vorgenommen,
- lediglich 21,4% der Betriebe die Beschäftigung ausgeweitet,
- mehr als ein Drittel sogar noch Arbeitsplätze abgebaut. (sfs, S. 38)

Das heißt: Vier Fünftel aller „Verlängerer“ haben heute genauso viel oder noch weniger Personal beschäftigt als 1996!

Fazit: Die vollmundigen Versprechungen von 1995/96 – 50.000 Arbeitsplätze mehr – sind wie ein Kartenhaus in sich zusammen gefallen. Stattdessen hat sich bestätigt, was die Gewerkschaften vorausgesagt haben: durch die Umsatzverlagerung zu bedienungsarmen Großbetrieben haben die neuen Öffnungszeiten zur Vernichtung von Arbeitsplätzen beigetragen. Die Struktur der Beschäftigung hat sich gleichzeitig massiv zu Lasten der Vollbeschäftigten verschlechtert.

4. Arbeitsbedingungen – Arbeitszeitlage

Mehr als die Hälfte der Einzelhandelsbeschäftigten arbeitet in Betrieben, die die neuen Ladenöffnungszeiten nutzen. Sie werden zu ca. 70% regelmäßig in den neuen Öffnungszeiten eingesetzt. 38% aller Beschäftigten sind deshalb von den neuen Öffnungszeiten betroffen. (sfs, S. 94/95)

In den Betrieben, die länger öffnen, müssen in den Spätöffnungszeiten:

- 41% der Vollzeitbeschäftigten jeden Tag und 30% 2-3 mal pro Woche,
- 75% der Inhaber jeden Tag arbeiten.

Durch die längeren Öffnungszeiten und die knappe Personaldecke hat

es einen massiven Druck zu noch mehr Flexibilisierung in den Betrieben gegeben. Vor allem für die Teilzeitbeschäftigten und die geringfügig Beschäftigten ist der flexible Einsatz sehr viel bestmügender geworden. (sfs, S. 59)

- Der Anteil der Beschäftigten, die feste Arbeitszeiten haben, ist von drei Viertel (1996) auf zwei Drittel zurückgegangen.

- Variable Arbeitszeiten sind dabei insbesondere in den operativen Bereichen sehr häufig. „40 Prozent der im Verkauf tätigen Beschäftigten und mehr als die Hälfte der KassiererInnen haben von Woche zu Woche unterschiedliche Arbeitszeiten.“ (sfs, S. 86)

- Dabei sind die Vorlaufzeiten der Personaleinsatzplanung sehr kurz. 38 Prozent erfahren weniger als vier Tage vorher, wann sie arbeiten sollen. (sfs, S. 88)

KAPOVAZ (= Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) ist also für viele Beschäftigte bittere Realität geworden!

Infolge längerer Öffnungszeiten und gleichzeitigem Personalabbau ist die Grundlage für arbeitnehmerfreundliche Arbeitszeiten systematisch verschlechtert worden. Die Mehrarbeit im Einzelhandel hat deshalb drastisch zugenommen. Längere Öffnungszeiten, Personalabbau und Überstunden stehen in einem direkten Zusammenhang.

Mit diesen Methoden der flexiblen Arbeitszeit haben es vor allem „Verlängerer“ geschafft, trotz längerer Öffnungszeiten kein zusätzliches Personal einstellen zu müssen.

5. Bewertung der neuen Öffnungszeiten durch die Interessengruppen

5.1. Beschäftigte

Trotz aller Anstrengungen für sozialverträgliche Arbeitsbedingungen in tariflichen und betrieblichen Regelungen, bleiben die Spätöffnungszeiten unbeliebt. Bei den betroffenen Beschäftigten wurden gravierende Veränderungen im persönlichen Bereich festgestellt. Verschlechterungen gibt es insbesondere hinsichtlich der Punkte

- Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf (37,9%)
- Zeit für Familie (34,8%)
- Freizeitnutzung (29,0%)
- Zeit für Weiterbildung (28,2%)
- Erschöpfung nach der Arbeit (28,2%). (sfs, S. 100)

Noch deutlicher fällt das Ergebnis bei den Vollzeitbeschäftigten aus, die natürlich häufiger abends und am Samstagmittag arbeiten müssen, als dieses bei Teilzeitbeschäftigten der Fall ist:

- 41,6% haben weniger Zeit für die Familie, nur 5,5% mehr
- 46% können schlechter Privatleben und Beruf vereinbaren
- 30,8% fühlen sich mehr erschöpft, nur 3,1% weniger.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die Beschäftigten mit großer Mehrheit keine nochmalige Verschlechterung der gesetzlichen Öffnungszeiten wollen.

5.2. Verbraucher

Lediglich eine Minderheit der Verbraucher will, dass die Ladenöffnungszeiten noch einmal verlängert werden:

- Nur 16% wollen, dass montags bis freitags auch nach 20.00 Uhr geöffnet wird; am Samstag wollen nur 25% Öffnungszeiten, um nach 16.00 Uhr einkaufen gehen zu können.
- Die Gruppe derer, die sich die alten Öffnungszeiten vor 1996 zurückwünscht, ist sogar größer: 26% wollen montags bis freitags zurück zu 18.30 Uhr; an normalen Samstagen wünschen 35% Öffnungszeiten bis 14.00 Uhr. (ifo, S. 57/59).

Da diese Befragungsergebnisse dem ifo offenbar nicht ins „Konzept“ passen, versucht das Institut die „Wunderfrage“ nach der generellen Abschaffung gesetzlicher Öffnungszeiten in den Vordergrund zu schieben. (ifo, S. 61/62). Danach sind 45% eher für Abschaffung an den Wochentagen, 36% sprechen sich eher dagegen aus, aber nur 21% sind für völlige Freigabe an den Sonn- und Feiertagen.

Fakt bleibt aber:

- Nur die Hälfte der Verbraucher nutzt überhaupt die seit 1996 verlängerten Öffnungszeiten
- und nur eine kleine Minderheit will noch längere Öffnungszeiten.

Die vollmundigen Versprechungen von 1995/96 – 50.000 Arbeitsplätze mehr – sind wie ein Kartenhaus in sich zusammen gefallen. Stattdessen hat sich bestätigt, was die Gewerkschaften vorausgesagt haben.

Wäre den Verbrauchern bewusst, dass sie längere Öffnungszeiten mit Personalabbau und damit schlechterer Bedienung/Beratung sowie mit einem weiteren Ladensterben wohngebietsnaher Läden „bezahlen“ müssen, wäre die Meinung mit Sicherheit noch eindeutiger gegen eine weitere Verlängerung.

5. 3. Betriebe

Von allen befragten Verkaufsstellen halten Öffnungszeiten *montags bis freitags* für sinnvoll

- bis 18.30 Uhr: 40,2% der Betriebe
- von 18.30 – 20.00 Uhr: 30,9% der Betriebe
- nach 20.00 bzw. ohne gesetzliche Beschränkung (ifo, S. 173): 27,2% der Betriebe.

An *Samstagen* halten die Verkaufsstellen folgende Öffnungszeiten für sinnvoll

- bis 14.00 Uhr: 46,2%
- bis 16.00 Uhr: 19,2%
- nach 16.00 Uhr bzw. ohne gesetzliche Beschränkung (ifo, S. 174): 32,5%.

Selbst diese Befragungsergebnisse sind noch mit Vorsicht zu genießen, da die Konzerne bekanntlich ihre Geschäftsführer angewiesen hatten, für eine nochmalige Verschlechterung des Gesetzes zu plädieren.

Fazit: Die Mehrheit der Verbraucher, der Betriebe und der Beschäftigten will keine weitere Verlängerung der Öffnungszeiten.

6. Einzelhandelsstruktur und Ladenschluss

Die längeren Öffnungszeiten haben insgesamt nicht zu mehr Umsätzen geführt. Selbst die „Verlängerer“ haben im Schnitt keinen Umsatzzuwachs. Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis. Aber angesichts des harten Verdrängungswettbewerbs sind die dadurch ausgelösten Umsatzverlagerungen existenzbedrohend für die Verlierer: kleinere Innenstädte, Stadtteile, ländliche Gebiete, kleinere Läden.

Lapidar heißt es dazu: „Die Mehrheit der kleineren Läden besitzt vielfach nicht die betrieblichen und absatzwirtschaftlichen Voraussetzungen, um mit verlängerten Öffnungszeiten einen besseren wirtschaftlichen Ertrag zu erzielen“ (ifo, S.126).

Fakt ist: längere Öffnungszeiten haben massiv dazu beigetragen, die Umsatzverlagerungen zu beschleunigen und verschärfen damit den Konzentrationsprozess und – parallel dazu – den Niedergang des mittelständischen Einzelhandels. Das Gewinner-Verlierer-Sze-

nario wird infolge längerer Öffnungszeiten eindeutig zu Lasten der kleineren und mittleren Unternehmen forciert.

Schon bei der Änderung des Ladenschlussgesetzes 1996 wurde ignoriert, dass eine Mehrheit der Einzelhändler damals für Beibehaltung der Ladenschlusszeiten waren. Die Ergebnisse der aktuellen Studie bestätigen unsere Vorhersagen, dass die Deregulierung der Öffnungszeiten den Verdrängungswettbewerb in massiver Weise anheizt. Mit einer weiteren Deregulierung würde sich die Politik wiederum für die Förderung der marktbeherrschenden Unternehmen entscheiden. *Das lehnen wir ab!*

Exkurs: Auswirkung einer evtl. verlängerten Samstagsöffnung auf den Sonntag

Das ifo-Institut und die Bundesregierung haben bisher – wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten – erklärt, dass sie an der Sonntagsruhe festhalten wollen. Das ifo fordert aber die volle Aufhebung des Ladenschlusses am Samstag; andere Verbände fordern „zumindest“ eine Verlängerung der Samstagsöffnung.

Wir sehen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Bewahrung der Sonntagsruhe und eingeschränkten Öffnungszeiten am Samstag:

1. Für die Beschäftigten kann der *Sonntag* als Tag der Ruhe und der Gemeinsamkeit nur dann entsprechend genutzt werden, wenn der *Samstag* zur Erledigung verschiedener Arbeiten verfügbar ist. Dies hat gerade bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und der Single-Haushalte wachsende Bedeutung. Der Samstagabend als Abend für Feiern und besondere Ereignisse kann auch dann nur seine Bedeutung entfalten, wenn zumindest der Samstagnachmittag frei ist.

2. Je mehr der Samstag zum normalen Werktag wird, desto mehr wird der Sonntag für Vor- und Nacharbeiten in Mitleidenschaft gezogen. Im Einzelhandel ist die Sonntagsruhe gefährdet für Lager/Fuhrpark, Reparaturarbeiten, Inventurtätigkeiten, Warenpflege/Aufräumarbeiten in der Filialen.

3. Große Innenstädte und Einkaufszentren versuchen überregionale Kundenströme durch „Events“ und die Verbindung von Einkauf, Tourismus und Freizeitangeboten an sich zu ziehen. Angebote werden auf das Wochenende konzentriert. Samstag und Sonntag werden dabei häufig verbunden, damit sich die Investitionen (Werbeaufwand, Freizeitangebo-

te) lohnen. Diese Art von Wochenend-Events gefährdet nicht nur die Sonntagsruhe, sondern tragen auch zur Verödung kleinerer und mittlerer Innenstädte bei, die sich dies nicht „leisten“ können.

Wer die Sonntagsruhe erhalten will, muss die Öffnungszeiten am Samstag ebenfalls halten!

8. Fazit von 3 Jahren Ladenschlussgesetz

Wer angesichts dieser Bilanz für eine nochmalige Verschlechterung des Ladenschlussgesetzes plädiert, ist mit dafür verantwortlich, dass

- noch mehr Arbeitsplätze zerstört werden
- die Arbeits- und Lebensbedingungen von rd. 3 Mio. Beschäftigten noch mehr verschlechtert werden
- der Konzentrationsprozess zusätzlich angeheizt und
- die Vielfalt des Einzelhandels noch mehr gefährdet wird.

Eine weitere Deregulierung des Ladenschlusses hätte eindeutig negative Konsequenzen für die Beschäftigten und die Mehrheit der Einzelhändler.

Im Weiteren ginge diese Entwicklung auch zu Lasten der *Verbraucher* und *Verbraucherinnen*. Im Zuge einer sich verschärfenden Konzentrationsentwicklung wird sich die Einzelhandelsstruktur weiter nachhaltig verändern (Ladensterben, Versorgungsdichte, Stadtentwicklung, oligopolistische Preisbildung, Qualitätsdefizite usw.).

Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie die im Bündnis für Arbeit hervorgehobene Absicht, der „Förderung des Dienstleistungssektors“ konkrete Taten zum Erhalt und zur Förderung der Beschäftigung im Handel folgen lässt.

HBV und DAG fordern in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung:

- Hände weg vom Ladenschluss!
- Wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der Flächenexpansion/aktive Raumordnungspolitik
- Fusionskontrolle/Aktive Politik zum Schutz und zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe
- Aktive Maßnahmen gegen Preis- und Lohndumping
- Beschäftigungsförderung für Frauen/mehr Rechte und soziale Absicherung der Beschäftigten beim Wechsel zwischen Vollzeit, Teilzeit, Arbeitsunterbrechung.
- Verbesserung der betrieblichen Interessenvertretung – Novellierung des Betriebs- und Unternehmensbegriffes im BetrVG.

spw

40 Prozent der im Verkauf tätigen Beschäftigten und mehr als die Hälfte der KassiererInnen haben von Woche zu Woche unterschiedliche Arbeitszeiten.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Der Crash in Südostasien hat weit über die Fachwelt hinaus die Aufmerksamkeit auf das internationale Finanzsystem gelenkt. Zwar hatte es mit der sog. Tequilakrise in Mexiko 1994 bereits einen ähnlichen Zusammenbruch gegeben, doch damals konnte ein bis dahin einmaliges Krisenmanagement ein Übergreifen auf andere Länder verhindern und nach kurzer Zeit wieder finanzielle Stabilität herstellen.¹ Lediglich die sozialen Auswirkungen in Form von Arbeitslosigkeit und Verarmung sind bis heute zu verspüren (Alvarado 1996: 44ff). Mit den einst als „asiatische Tiger“ apostrophieren emerging markets Südkorea, Malaysia und Thailand waren 1997/98 jedoch plötzlich Volkswirtschaften in den Strudel der Krise geraten, die ein Jahrzehnt lang als *das* Modell für erfolgreiche Entwicklung unter Bedingungen der Globalisierung galten. So kommt der jüngste Weltbankreport zu dem Schluß, daß die „Krise in Ostasien die Armutsrate wieder erhöht. Wenn die Armutsgrenze bei 2 Dollar pro Tag angesetzt wird, muß für Thailand zwischen 1997 und 2000 ein Anstieg um 19,7% vorausgesagt werden.“ (Weltbank 1999: 25). Unter den Protagonisten neoliberaler Globalisierung selbst werden zunehmend Zweifel am bisherigen Kurs laut. So plädiert Weltbank-Chef Wolfensohn dafür, „daß die internationale Finanzarchitektur die gegenseitige Abhängigkeit zwischen dem Makroökonomischen und Finanziellen einerseits und den strukturellen und sozialen menschlichen Problemen andererseits widerspiegeln muß.“ (Wolfensohn 1999) Das ist das indirekte Eingeständnis, daß das bestehende Finanzsystem weder sozial noch menschlich ist.

Finanzmärkte: Zentrum und Motor neoliberaler Globalisierung

Entscheidender Wegbereiter für die aktuelle Welle ökonomischer Internationalisierung bzw. Globalisierung war die Entstehung der internationalen Finanzmärkte nach dem Ende der Währungsordnung von Bretton Woods, als die USA 1973 unilateral das an den Dollar gebundenen System der festen Wechselkurse aufkündigten (Chesnais 1997: 59ff). Durch umfassende Liberalisierung und Deregulierung, die von den großen Industrieländern politisch gewollt und betrieben wurde, entstand ein internationaler Finanzmarkt, der heute an jedem Börsentag ca. 1,5 Billionen US-Dollar umsetzt.

Mit diesen Quantitäten ist das ökonomisch sinnvolle Maß der Finanzierung realökonomischer Geschäfte bei Handel und Investitionen um Größenordnungen überschritten,² und es findet eine weitgehende Loslösung des Finanzsektors von der Realwirtschaft, d.h. der Finanzierung von Handel und Investitionen statt. Die Märkte treten als quasi autonome Macht den anderen Sektoren der Wirtschaft und der Politik gegenüber und beeinflussen auf diese Weise in wachsenden Maße nicht nur die anderen Sektoren, sondern auch die staatliche Wirtschaftspolitik. Besonders stark ist dieser Einfluß, wenn es zu Finanzkrisen oder gar zum großen Crash kommt. Innerhalb kürzester Zeit werden volkswirtschaftliche Strukturen umgestürzt – euphemistisch als Marktberingung bezeichnet. Die sozialen Kosten dieser Art der Strukturanpassung im Expreßverfahren sind immens. Dabei werden nicht nur die unmittelbar betroffenen Länder von sozialen Erschütterungen

(Re)Regulierung der internationalen Finanzmärkte

von Peter Wahl*

heimgesucht, sondern meist auch unbeteiligte. So erlitt infolge der Asienkrise die laotische Wirtschaft schwere Einbußen, da ihr Außenhandel, den sie zu 80% mit Thailand abwickelt, als Folge des Crashes fast völlig zusammenbrach.

Zu den wichtigsten Merkmalen des historisch in dieser Form noch nie dagewesenen internationalen Finanzsystems gehören folgende:

1. Die *Volatilität*, d.h. das unberechenbare Auf und Ab auf den Finanzmärkten, nimmt dramatisch zu und produziert beträchtliche Stabilitätsrisiken und eine hohe Krisenanfälligkeit. Da die Transaktionen heute per Mausclick an jedem Finanzplatz rund um die Uhr getätigt werden, ist ein solches Tempo in die Abläufe gekommen, daß Krisen wie der sprichwörtliche Blitz aus heiterem Himmel ausbrechen, zumal das Mengenproblem solche Ausmaße angenommen hat, daß es selbst in eine neue Qualität umgeschlagen ist. Reaktive Maßnahmen von Zentralbanken oder internationalen Finanzinstitutionen müssen unter diesen Umständen systembedingt zu spät kommen, oder aber zu schwach ausfallen, wie der hoffnungslose Kampf der betroffenen Nationalbanken, aber auch die Reaktionen der internationalen Finanzinstitutionen an den Beispielen Mexikos und Südostasiens illustrieren.

Daß die Volatilität der Finanzmärkte ein Problem ist, ist inzwischen weitgehend akzeptiert. Der IWF hat daher auf seiner Frühjahrstagung 1998 die Bildung einer Kommission („Forum für finanzielle Stabilität“) beschlossen, die unter Vorsitz des damaligen Bundesbankpräsidenten Tietmeyer

Die Volatilität, d.h. das unberechenbare Auf und Ab auf den Finanzmärkten, nimmt dramatisch zu und produziert beträchtliche Stabilitätsrisiken und eine hohe Krisenanfälligkeit.

* Peter Wahl ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Bonner Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED (<http://www.weedbonn.org>).

er beauftragt wurde, Vorschläge für Gegenmaßnahmen zu erarbeiten. Anfang 2000 wird die Kommission ihre Vorschläge vorlegen.

2. Die Komplexität des Systems wird durch neue, private Akteure, die sog. institutionellen Anleger, erhöht. Hier handelt es sich zum einen um *Pensionsfonds* und *Versicherungen* vor allem aus den USA und Großbritannien. Die Privatisierung der sozialen Sicherheitssysteme hat dort zu einem massiven Wachstum dieser Fonds geführt. Sie versuchen, auf den internationalen Finanzmärkten größtmögliche Gewinne zu realisieren. In den USA haben sich deren Aktiva von 1,6 Billionen 1980 auf 8 Billionen 1993 erhöht. Mehr noch als die absoluten Zahlen vermittelt der Anteil am BIP des Herkunftsland eine Vorstellung von den gewaltigen Dimensionen und damit dem finanziellen Gewicht dieser Global Players: die 8 Billionen machten 1993 125,6% des BIP der USA, also der größten Ökonomie der Welt, aus. Bei Großbritannien liegt die Vergleichszahl sogar bei 165,3% (Farnetti 1996: 187ff).

Da Pensionsfonds und Versicherungen im Interesse der Rentner und Versicherten relativ strenge Sicherheitsauflagen erfüllen müssen, sind gerade sie es, die deshalb besonders leicht zum Auslöser für Krisen werden können. Denn bei dem geringsten Anzeichen von Problemen auf einem Finanzmarkt ziehen sie sich sofort zurück und lösen damit die fatale Kettenreaktion massiver Kapitalflucht anderer Akteure und damit den Crash aus.

Politisch besonders problematisch ist, daß mit diesen Fonds die Dynamik der Finanzmärkte eine Massenbasis aus Millionen von Rentnern und Versicherten bekommen hat. Dieser Aspekt wird in der Bundesrepublik in der aktuellen Debatte über die Privati-

sierung der Altersversorgung bisher völlig ignoriert.

Zu den Pensionsfonds und Versicherungen kommen dann noch die reinen *Investmentfonds* und schließlich die sog. *Hedgefonds*, hochprofitable und meist exklusive³ Spekulationsfonds hinzu.⁴

3. Neues Moment in dieser Konfiguration sind auch die sog. „innovativen Finanzinstrumente“, die *Derivate*. Ursprung der Derivate ist das Warentermingeschäft, das seit dem 18. Jahrhundert aus Holland und Japan bekannt ist und dazu diente, sich z.B. gegen eine schlechte Ernte zu versichern. Das heißt, eigentlich liegt diesem klassischen „Future-Geschäft“ der Versicherungsgedanke zugrunde. Die heutigen Finanzderivate sind ein vielfach hintereinander gestaffeltes System der Absicherung von Termingeschäften, der Absicherung der Absicherung, die wiederum absichert werden (engl.: hedging). D.h. Derivate sind von einem anderen Geschäft abgeleitet (lateinisch derivatus = abgeleitet). Sie ermöglichen es, Geldanlagen zu jedem Zeitpunkt liquide zu machen,⁵ da sie jederzeit wieder veräußerbar sind. Sie werden an Börsen, aber auch außerbörslich gehandelt („over the counter“). Der Handel mit diesen Sekundärtiteln hat einen neuen, riesigen Markt geschaffen und zu einer extremen Beschleunigung des Marktgeschehens geführt, was wiederum eine der Ursachen für die große Volatilität der Finanzmärkte ist.

Erosion makroökonomischer Steuerungsfähigkeit

4. Das eigentlich entscheidende Moment ist aber, daß die Finanzmärkte zum wichtigsten Moment bei der *Erosion makroökonomischer Steuerungsfähigkeit* durch Politik auf nationalstaatlicher Ebene selbst großer Industrieländer geworden sind. Mit der Möglichkeit, dank der global liberalisierten Finanzmärkte jederzeit Kapital abziehen zu können („Exit Option“), bestimmen die Kapitalmärkte, bzw. die an ihnen operierenden Geldbesitzer, zunehmend die Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten.

Die Geldbesitzer haben naturgemäß ein großes Interesse, den Verfall ihrer Vermögen selbst durch geringfügige inflationäre Tendenzen zu verhindern. Geldwertstabilität ist daher zur obersten Maxime geworden. Allein die technologische Innovation müßte aber mit einem entsprechenden Anstieg der Preise verbunden

sein. Dies ist nicht der Fall, und wir haben heute de facto eine deflationäre Situation. Dies ist u.a. eine der Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit.

Das zweite Interesse der Geldbesitzer besteht in hohen Zinsen. Der Druck der Finanzmärkte zu hohen Zinsen beeinträchtigt die Zinshoheit einer Regierung und macht sie in der Tendenz sogar obsolet. Hohe Zinsen aber verteuern Realinvestitionen und damit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Damit sind Zinssenkungen⁶ als konjunkturpolitische Steuerungsmaßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und damit mögliche arbeitsmarktpolitische Effekte nur noch sehr eingeschränkt möglich.

Teil dieser Konstellation ist auch der Zusammenhang zwischen Haushaltspolitik und internationalen Finanzmärkten. Zwar ist die Staatsverschuldung in den siebziger und achtziger Jahren selbst eine Triebkraft der Liberalisierung gewesen – die Regierungen brauchten vermehrt Zugang zu Kapital zur Finanzierung ihrer Vorhaben – aber inzwischen sitzen die Regierungen in der Zinsfalle. Da Staatsausgaben ebenso wie steigende Löhne und Gehälter zudem inflationsfördernd sein können, muß den neoliberalen Maximen von der Geldwertstabilität und dem Abbau des Staatseinflusses nach der Staatshaushalt und die öffentliche Verschuldung zurückgefahren werden. Gleichzeitig werden damit die konjunkturpolitischen Spielräume weiter eingeengt.

Die wachsende Ohnmacht nationalstaatlicher Politik verbirgt sich hinter der Argumentationsfigur, daß „die Märkte“ eine bestimmte Wirtschaftspolitik „belohnen“ oder „bestrafen“, oder der Behauptung, es gäbe keine linke oder rechte, sondern nur noch eine „richtige“ Wirtschaftspolitik (Gerhard Schröder). Der wie bei jeder Ideologie vorhandene reale Aspekt des Problems besteht darin, daß die Finanzmärkte nach der Abdankung der Politik in der Tat eine geschichtsmächtige Kraft geworden sind und ein Umsteuern nur über nationale Instrumente unmöglich geworden ist. Daher muß eine Reform des internationalen Finanzsystems auf der Grundlage internationaler Kooperation beruhen.

(Re-)Regulierung der internationalen Finanzmärkte

Der Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit ist keineswegs ein naturwüchsiger und alternativloser Prozeß. Alternativen werden vor allem seit der Asienkrise intensiv diskutiert. Dabei profilierten sich

Pensionsfonds und Versicherungen ziehen sich bei dem geringsten Anzeichen von Problemen auf einem Finanzmarkt sofort zurück und lösen damit die fatale Kettenreaktion massiver Kapitalflucht anderer Akteure und damit den Crash aus.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

nicht nur einige Krisenländer, sondern auch UN-Einrichtungen wie die UNCTAD (UN Conference on Trade and Development) und die UNDP (UN Development Programme) sowie zivilgesellschaftliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen.⁷ Spektakulär, wenn auch gescheitert, war der Versuch des ehemaligen deutschen Finanzministers Oskar Lafontaines, einen Einstieg in die (Re)Regulierung der Finanzmärkte zur Regierungspolitik zu wagen (vgl. Filc 1999).

Ziel all dieser Vorstöße ist es dabei keineswegs, den internationalen Kapitalmarkt abzuschaffen. Im Gegenteil, er wird dringend für Realinvestitionen, darunter auch und gerade für Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung gebraucht. Allerdings müßte es zentrales Anliegen einer solchen (Re)Regulierung sein, die Gewinne, die durch Portfolioinvestitionen (Investitionen in Wertpapierdepots) gemacht werden können, so weit zu reduzieren, daß sich Realinvestitionen wieder rentieren. Solange Kapitalanlagen in realwirtschaftliche Investitionen weniger Rendite abwerfen als die meisten Portfolioinvestitionen, bleibt die Indienstnahme des Potentials der Finanzmärkte eine Illusion.

Es gibt ein differenziertes Instrumentarium, mit dem eine politische Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte möglich ist. Zu einem Mix von Maßnahmen kombiniert – jedes Einzelinstrument hat als einzelnes seine Grenzen – könnten sie einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten, der Politik die Souveränität über eine entfesselte Globalisierung zu geben und diese unter demokratische Kontrolle zu bringen. Entscheidende Voraussetzung ist allerdings der politische Wille dazu und die Kooperation unter den wichtigsten staatlichen Akteuren, d.h. der Regierungen etwa der fünf größten Industrieländer.

Nationale Kapitalverkehrskontrollen

Nationale Kapitalverkehrskontrollen sind nach wie vor das wichtigste Instrument, mit dem eine Regierung die Kapitalströme regulieren kann. Dabei kann sie sich in „normalen“ Zeiten, d.h. in der Nicht-Krise, ökonomischer oder administrativer Lenkung des Kapitalzuströms bedienen, indem kurzfristigen Portfolioinvestitionen (weniger als ein Jahr) eine Depositpflicht auferlegt wird. Ausgerechnet in Chile, das die Neoliberalen nach dem Putsch von 1973 zum Labor für die Erprobung ihrer Konzepte benutzten, wur-

de nach einem Bankenkrach 1983 eine solche Depositpflicht in Höhe von 25% eingeführt. Blieben die Investitionen länger als ein Jahr im Land, bekam der Investor seine 25% wieder zurück. Damit wurden Realinvestitionen nicht behindert, ein destabilisierender Zufluß von Fremdkapital jedoch verhindert.⁸

Auch China und Indien haben nationale Kapitalverkehrskontrollen, allerdings auf administrativer Basis. So müssen in China Investitionen beim Staat angemeldet werden und Indien hat darüber hinaus eine administrative Devisenbewirtschaftung, um den Kapitalabfluß zu regulieren. In beiden Fällen führt dies keineswegs dazu, daß die Kapitalströme aus dem Ausland versiegen, wie dies die Verfechter einer Kapitalverkehrsliberalisierung behaupten. Im Gegenteil, China ist unter den Entwicklungsländern mit Abstand der größte Empfänger von Auslandskapital in den neunziger Jahren gewesen. Indien steigerte den Zufluß von Direktinvestitionen zwischen 1990 und 1997 fast auf das Zwanzigfache von 162 Mio. auf 3,1 Mrd. Dollar (World Bank 1999)

Besonders wichtig werden Kapitalverkehrskontrollen in Zeiten einer Finanzkrise. Die Palette der Maßnahmen reicht dabei von der vorübergehenden Schließung von Banken und Börsen, über die Festlegung von Höchstgrenzen für Kapitalimport und/oder -export bis zum völligen Verbot von finanziellen Transaktionen über die Landesgrenzen hinweg.⁹ Kern all dieser Maßnahmen ist es, spekulative Angriffe auf eine Währung oder Dominoeffekte internationaler Krisen abzuwehren und damit die Destabilisierung eines nationalen Finanzsystems zu verhindern.

Im Zuge der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte wurden die gesetzlichen Grundlagen für nationale Kapitalverkehrskontrollen weitgehend abgeschafft. Seit einigen Jahren beabsichtigte der IWF gar, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs zur Auflage für seine Mitglieder zu machen. Da dazu allerdings eine Satzungsänderung notwendig ist, wurde es nach der asiatischen Krise still um diesen Vorschlag, da die für die Satzungsänderung notwendige Mehrheit unsicher ist. Definitiv vom Tisch ist er jedoch keineswegs.

Spekulationssteuer

Die Einführung einer Spekulationssteuer¹⁰ wurde bereits 1978 von dem Wirtschaftsnobelpreisträger James

Tobin (Tobin Tax) vorgeschlagen. Im Zuge des neoliberalen Triumphzuges verschwand sie aus der Diskussion, um dann 1992 von der UNDP wieder ausgegraben zu werden, hier vorwiegend mit dem Motiv, neue Finanzquellen zur Entwicklungsfinanzierung zu erschließen. Auch zahlreiche Politiker haben sie schon zu Beginn der neunziger Jahre befürwortet, wie der damalige französische Präsident Mitterand. Unlängst haben sich das kanadische Parlament und die finnische Regierung ebenfalls für die Tobin Tax ausgesprochen.

Die Funktionsweise einer solchen Spekulationssteuer ist einfach. Da bei Einsatz großer Geldsummen selbst geringste Schwankungen bei Wechselkursen und Zinsen zu einer attraktiven Geldquelle gemacht werden können¹¹ (hier liegt die zentrale Ursache für die o.g. gigantischen Tagesumsätze von 1,5 Bio. Dollar) kann selbst eine geringfügige Steuer von 0,5% bis 1% diese Art Geschäfte unrentabel machen. Die kurzfristigen Transaktionen der „alltäglichen“ Spekulation in Nicht-Krisenzeiten würde damit verringert, der Fluß der Finanzströme verringert und verlangsamt. Langfristige Investitionen und die Absicherung realwirtschaftlicher Handelsgeschäfte dagegen würden nicht behindert.

Für massivere Spekulation und akute Krisen mit großangelegten Angriffen auf eine Währung mit entsprechenden Profitaussichten, wie wir sie bei der Asienkrise erlebt haben, hilft allerdings auch die Tobin Tax als „Schönwettersteuer“ nicht. Das macht sie nicht überflüssig, sondern ergänzungsbedürftig durch andere Maßnahmen wie nationale Kapitalverkehrskontrollen.

Sekundär gegenüber dem Lenkungseffekt ist der Aufbringungsaspekt der Steuer. Primärer Zweck des Vorschlags ist es nicht, neue Steuerquellen zu erschließen, auch wenn dies eine willkommene „Nebenwirkung“ ist. Daher geht auch die Kritik, die Steuer sinke in dem Maße wie sie erfolgreich sei, am Kern der Sache vorbei.

Auch die Frage der technischen Machbarkeit ist kein Problem. Wenn man die grenzüberschreitenden Finanztransaktionen per Computer erfaßt, ist die Erhebung, Berechnung und Verbuchung der Steuer ähnlich einfach wie bei der Erhebung der Kontoführungsgebühr bei einem individuellen Girokonto.

Der große „Nachteil“ der Tobin Tax: sie ist derzeit politisch nicht

Der Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit ist keineswegs ein naturwüchsiger und alternativloser Prozeß. Alternativen werden vor allem seit der Asienkrise intensiv diskutiert.

durchsetzbar. Für die Geldbesitzer und ihre Interessensvertreter in den Regierungen ist sie geradezu ein rotes Tuch. Nachdem die UNDP 1994 die Tobin Tax in die internationale Debatte geworfen hatte, mußte vor allem auf Druck Washingtons der Begriff aus dem Sprachschatz offizieller UNO Texte gestrichen werden. Bei den Vorbereitungsverhandlungen für die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Finance for Development) in 2001 wurde das Thema von der Tagesordnung gekippt.

Wechselkurskontrolle

Das Bretton Woods System hatte feste Wechselkurse, die an den Dollar als Leitwährung gekoppelt waren. Damit bestanden für Realinvestitionen im Ausland und im Welthandel kein Wechselkursrisiko. Infolgedessen bestand auch keine Notwendigkeit, sich gegen ein solches Risiko abzusichern. Damit fehlte auch die Grundlage für Absicherungsgeschäfte, die nach Ende des Bretton Woods Systems zur Entstehung der Derivate führte. Gleichzeitig war Währungspekulation sinnlos.

Da die kurzfristigen Wechselkurschwankungen – anders als die neoliberale Theorie behauptet – heute keineswegs realwirtschaftliche Veränderungen signalisieren, sondern selbst aus der Dynamik der Finanzmärkte herrühren und z.B. spekulative Operationen oder realwirtschaftlich nicht fundierte Erwartungshaltungen der Anlegergemeinde reflektieren, würde eine politische Regulierung der Wechselkurse ein beträchtliches Stabilitätsmoment in die internationalen Finanzmärkte bringen. Innerhalb der EU wurde deshalb 1978 das Europäische Währungssystem (EWS) etabliert, das die Risiken von Wechselkursschwankungen vermindern sollte (Huffschmid 1999:120). Die Einführung des EURO schließlich ist ungeachtet der sonstigen Dimensionen der europäischen Währung die denkbar größtmögliche Fixierung der Wechselkurse.

Auf diesen Einsichten aufbauend verfolgte das Bundesfinanzministerium unter Oskar Lafontaine das Konzept der flexiblen Zielzonen (Filc 1999: 36ff) für die drei großen Hauptwährungen der Weltwirtschaft, Dollar, Yen und EURO. Aufgrund des Widerstands der USA, die auf der Grundlage der globalen Hegemonie des Dollars¹² die größten Gewinner des frei flottierenden Wechselkurssystem sind (de Brunhoff 1996:50f), scheiterte der Vorstoß.

Der damalige Leiter der Abteilung internationale Finanzbeziehungen faßt seine kurzen Erfahrungen im Amt so zusammen: „Der größte Gegner für eine vernünftige Reform des Währungssystems scheinen die USA zu sein.“ (Filc 1999:39)

Schließung der Offshore Zentren und Steuerparadiese

Off-shore-Zentren und Steuerparadiese sind im Rahmen der Nach-Bretton-Woods Liberalisierung vor allem von den USA und Großbritannien etabliert worden. Zusammen mit traditionellen Steuer- und Finanzparadiesen wie Luxemburg und Liechtenstein dienen sie als Ausweichmöglichkeiten des Kapitals vor politischer Regulierung und als Sprungbrett für spekulative Operationen. Die Offshore Zentren wurden damit zum Katalysator für die Globalisierung des Finanzmärkte und zum beliebten Argument, nationale Regulierung als wirkungslos zu deklarieren.

Die Schließung oder Austrocknung dieser Zentren wäre jedoch ein wichtiges Ziel in einer Reform der internationalen Finanzmärkte. Das ist von der Sache her einfacher, als gemeinhin angenommen wird. Denn abgesehen davon, daß viele dieser Zentren mitten in der Londoner City liegen – off shore heißt eigentlich nur, daß sie der nationalen Finanzlegislation und Bankenaufsicht entzogen sind – sind die Cayman Inseln, Bermudas und Bahamas keine eigenständigen Staaten. Ein Verwaltungsakt des „Mutterlandes“ genügt, um das Paradies dicht zu machen. Auch Operettenstaaten wie Liechtenstein und Monaco dürften sich – politischer Wille bei den großen Industriestaaten vorausgesetzt – einer internationalen Regelung kaum entziehen können. Bereits ihre Einbeziehung in eine strengere Bankenaufsicht wäre ein Schritt, mit dem ihre Attraktivität beträchtlich sinken dürfte.

IWF-Vorschläge: Transparenz, Information und Bankenaufsicht

Die o.a. IWF Kommission „Forum für finanzielle Stabilität“ hat in einem Zwischenbericht erste Vorschläge für eine „neue Finanzarchitektur“ veröffentlicht. Die Empfehlungen beinhalten im wesentlichen folgende Punkte:¹³

- Verstärkung der Bankenaufsicht, vor allem deren Ausdehnung auf die Hedgefonds,
- Implementierung von internationalen Standards in Bezug auf Trans-

parenz und Berichtswesen (rechtzeitig, regelmäßig, vollständig, methodisch hochwertig und konsistent) der privaten Finanzakteure,

- Offenlegung des Risikomanagements,
- Etablierung interner Kontroll- und Revisionsorgane bei privaten Akteuren,
- Internationale Standards im Buchhaltungswesen,
- Verbesserung des nationalen und internationalen Statistikwesens,
- Berichtspflicht von Regierungen an die Internationale Bank für Zahlungsausgleich (BIZ).¹⁴

Für die meisten Industrieländer sind dies – anders als in einigen emerging markets – Selbstverständlichkeiten geltender Bankengesetzgebung. Dennoch wäre es verkürzt, diesen Maßnahmen ausschließlich kosmetischen Charakter beizumessen. Die Pflicht zur Offenlegung und eine Aufsicht über die Hedgefonds z.B. würde nicht nur manche Anleger abschrecken, wenn sie das eigene Risiko plötzlich erkennen könnten, sondern manche spekulative Operation von vornherein unmöglich machen. Insofern sind diese Maßnahmen geeignet, die systemischen Risiken etwas zu reduzieren, wenn auch nicht zu eliminieren. Den Ausbruch von Krisen können auch sie nicht verhindern.

Die Hauptschwäche der IWF Vorschläge liegt aber darin, daß sie nicht geeignet sind, die Macht der Finanzmärkte einzuschränken und damit die Tendenz zur Entmachtung der Politik umzukehren. Der Einfluß und die Macht der Finanzmärkte ist aber bereits bei „normalem“ Funktionieren das Problem und nicht erst mit den exzessiven Wirkungen des Crashes.

Ohne Regulierung der Finanzmärkte keine emanzipatorischer Politik

Die Diskussion um die (Re)Regulierung der internationalen Finanzmärkte hat einen hohen Stellenwert für eine Strategie zur Überwindung des Neoliberalismus. Denn durchgreifende Erfolge auf zentralen innenpolitischen Politikfeldern – von der Arbeitsmarktpolitik über die Haushalts- bis zur Rentenpolitik – hängen davon ab, die Macht der Finanzmärkte zu brechen. Das Finanzkapital ist das Herz des gegenwärtigen Kapitalismus. Wie schwierig dies gerade hier ist, zeigt das Scheitern Lafontaines, das in den hier vorherrschenden Kräfteverhältnissen eine seiner wesentlichen Ursachen hat.

Der Vorstoß Lafontaines zu Währungszielzonen scheiterte aufgrund des Widerstands der USA, die auf der Grundlage der globalen Hegemonie des Dollars die größten Gewinner des frei flottierenden Wechselkurssystem sind.

Aber trotz alledem, die historische Konstellation ist ungeachtet dieses Rückschlags nicht aussichtslos. Die Asienkrise und die Reaktionen führender Protagonisten neoliberaler Globalisierung zeigen, daß sie ein Problem haben.

Es wäre zu einfach, den Reformdiskurs nur als PR und Rhetorik abzutun, obwohl auch dieses Moment als Anpassungsmanöver ein Rolle spielt. Aber „in der Politik gilt: Sagen heißt machen“. (Bourdieu 1991: 503). Die Verschiebungen auf der diskursiven Ebene signalisieren eine beginnende Akzeptanzkrise des herrschenden Paradigmas. Das ist noch kein Paradigmenwechsel, aber die Chance liegt darin, hier anzusetzen und die Widersprüche zu vertiefen. spw

Literatur:

Alvarado, Julio Cesar Godoy (1996): Wirtschaftspolitik in Mexiko. Der globale Finanzmarkt und das Scheitern des Neoliberalismus, Bremen

Bourdieu, Pierre (1991): Die politische Repräsentation, in: Berl. J. Soziologie, Heft 4 1991

de Brunhoff, Suzanne (1996): L'instabilité monétaire internationale, In: Chesnais, François et al.(1996), In: La mondialisation financière. Genèse, coût et enjeux, Paris

Chesnais, François (1997): La mondialisation du capital, Paris

Farnetti, Richard (1996): Le rôle des fonds de pension et d'investissement collectifs anglo-saxons dans l'essor de la finance globalisée, In: Chesnais, François et al.(1996), In: La mondialisation financière. Genèse, coût et enjeux. Paris

Filc, Wolfgang (1999): Mitgegangen mitgehangen. Mit Lafontaine im Finanzministerium, Frankfurt/M.

Huffschmid, Jörg (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg

International Monetary Fund (1998): Summary of reports on the international financial architecture, Washington (www.IMF.org)

Wolfensohn, James D. (1999): Ein Vorschlag für einen umfassenden Entwicklungsrahmen, Washington, 21. Januar 1999 (www.Worldbank.org.cfd/)

World Bank (1999): Global Development Finance 1999, Washington

World Bank (1999): Global Development Report 1999, Washington

¹ Innerhalb einer Woche stellte die US-Regierung zusammen mit den internationalen Finanzinstitutionen ein Rettungspaket in der Größenordnung von 50 Milliarden Dollar zusammen.

² Der Gesamtumsatz im internationalen Warenverkehr, d.h. Importe plus Exporte liegt bei ca. 28 Milliarden US-Dollar täglich, und damit um das Fünffache unter den Kapitalmarktumsätzen. 1977 hatte das Verhältnis noch bei 4:1 gelegen.

³ Mindesteinlagen von 1 Mio. sind die Regel.

⁴ Hedgefonds unterliegen praktisch keiner Kontrolle und sind deshalb besonders riskant. Hohen Gewinnchancen stehen

glücksspielartige Risiken gegenüber. Spektakuläre Beispiele sind der Quantum Fund von George Soros, der bei einer spekulativen Attacke gegen das Pfund 1992 mit einem Schlag über eine Milliarde Dollar gewann und der LTCM (Long Term Capital Management) Fund, der u.a. von den Wirtschafts-Nobelpreisträgern Merton und Scholes gegründet worden war. Im Gegensatz zu Soros verspekulierte sich LTCM 1998 total, nachdem er jahrelang bis zu 40% Rendite abgeworfen hatte. Er wurde dann aber, um eine Kettenreaktion zu verhindern, auf Initiative des US-Finanzministeriums von einem US-Bankenkonsortium vor dem Kollaps gerettet. In der EU sind Hedgefonds verboten.

- ⁵ Die geläufigsten Instrumente sind Forwards, Swaps und Options. Forwards sind Geschäfte in Hinblick auf einen zukünftigen Währungs-, Wertpapier-, Zins- oder wiederum Derivatekurs. Ein Swap ist der Austausch zweier Währungen mit fixiertem Rücktauschtermin und Kurs. Eine Option gibt die Möglichkeit einer Transaktion in einem bestimmten, vorab festgelegten Zeitraum.
- ⁶ Außerdem widersprechen Zinssenkungen natürlich auch den unmittelbaren Interessen der Geldbesitzer, weil sie die Kapitalrendite verringern.
- ⁷ In der Bundesrepublik planen WEED, KAIROS Europa und Pax Christi die Etablierung eines Netzwerks, das Alternativen zum neoliberalen Finanzsystem befördern soll. International gibt es ausgehend von Frankreich u.a. die Organisation AT-TAC, Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens, die sich insb. für die noch dargestellt Tobin-Steuer einsetzt. <http://www.attac.org>
- ⁸ Seit Anfang 1999 wurde die Depositpflicht wieder abgeschafft, allerdings nicht aus grundsätzlichen Gründen, sondern weil der chilenische Kapitalbedarf vorübergehend wieder angestiegen war.
- ⁹ An dieser Stelle wird meist eingewandt,

daß es illegale Wege gebe, die Kontrollen zu umgehen. Das ist richtig, aber trifft auf alle staatlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu. Die Tatsache, daß in der Bundesrepublik jährlich Steuern in mindestens zweistelliger Milliardenhöhe hinterzogen werden, ist ja auch kein Argument, Steuern überhaupt abzuschaffen.

- ¹⁰ Der Begriff „Spekulation“ wird in Finanzkreisen natürlich nicht verwendet. Statt dessen wird, quasi in verbale Nadelstreifen gehüllt, von Arbitrage(Geschäften) gesprochen. In der Sache handelt es sich um die Ausnutzung einer erwarteten Wertpapierkurs-, Zins- oder Wechselkursänderung.
- ¹¹ Beim Einsatz von 100.000 Mio. Dollar kann z.B. eine Dollarschwankung um nur 1 Cent buchstäblich über Nacht und mit ein paar Mausklicks eine Million Dollar Gewinn bringen. Ein solches kurzfristiges Geschäft heißt im Insiderjargon „Skalper“, man geht schnell in ein Währungs- oder Wertpapiergeschäft hinein, nimmt das „Skalp“ und geht dann wieder raus.
- ¹² Zwei Drittel des Welthandels und 75% der internationalen Kredite werden in Dollar abgewickelt. Die USA haben aufgrund der dominierenden Rolle des Dollars als internationales Zahlungsmittel und als Währungsreserve in zahlreichen Ländern eine strukturelle Dominanz im internationalen Währungssystem. Sie können sich z.B. als einziges Land der Welt ohne Wechselkursrisiko in Dollar verschulden. Angesichts der Rolle des Dollars in der Welt hat auch die US-Zinspolitik eine enorme Hebelwirkung.
- ¹³ Nach: IWF, Summary of reports on the international financial architecture, Washington 5.10.1998
- ¹⁴ Die BIZ, 1930 als Reaktion auf die große Weltwirtschaftskrise gegründet (Sitz: Basel) ist ein Zusammenschluß von ursprünglich 11 Zentralbanken der Industrieländer, zu denen seit 1997 neun weitere aus Asien, Lateinamerika hinzukamen. Ihr satzungsgemäßer Zweck ist stabilitätspolitische Zusammenarbeit der Mitgliedsbanken.

Die Schließung oder Austrocknung der Offshore Zentren wäre ein wichtiges Ziel in einer Reform der internationalen Finanzmärkte und von der Sache her einfacher, als gemeinhin angenommen wird.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Politik im Wandel?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Reinhold Rünker*

Jedes Schwerpunktthema hat seine eigene Entstehungsgeschichte. Als die Redaktion vereinbarte, sich in einem der kommenden Hefte mit dem Strukturwandel des politischen Systems und seiner Parteien zu befassen, war noch nicht ausgemacht, dass Rot-Grün wirklich eine Mehrheit bei den Wahlen im September 1998 erhalten würde. Gerade bereiteten wir den zeitgleich zur Wahlanalyse stattfindenden Schwerpunkt „Macht, Demokratie, Protest“ vor. Es zeichnete sich ab, dass das Wahlergebnis – wie immer es im einzelnen ausgehen würde – ein weiterer Beitrag zur Veränderung des politischen Systems und seiner Parteien darstellen könnte.

Seinerzeit kreiste unsere Debatte um die Teilaspekte „Partei – Gesellschaft – Staat“, ihr Verhältnis zur Sozialstruktur der Bundesrepublik und der Rolle der Sozialdemokratie im Besonderen. Letzteres haben wir unterdessen in einem eigenen Schwerpunkt („Dritter Weg – wohin?, spw Heft 106, März/April 1999) behandelt. Die Thematik gewann durch die Veröffentlichung des „Blair/Schröder“-Papiers eine besondere und unmittelbare Brisanz für die gesellschaftliche Linke insgesamt und die in der SPD im Speziellen.

Wir wollen in diesem Heft zudem anknüpfen an die Schwerpunkte „Sozialdemokratie im Übergang“ (Heft 99, Januar/Februar 1998) sowie „Macht, Demokratie, Protest“ (Heft 103, September/Okttober 1999). Die Veränderungsprozesse der Sozialdemokratie hatten wir zu Beginn des Jahres 1998 anhand dreier Aspekte diagnostiziert: zum ersten bezogen auf die klassenpolitische und ideologische

Ablösung von der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen, zum zweiten auf die dem entsprechende programmatische Umorientierung zur sozialpatriotischen Wirtschaftsförderungspartei, schließlich drittens in einem organisationspolitischen Verständnis, das die vorgeblichen Gesetze der Medien-

gesellschaft über die innerparteiliche Demokratie setzt. (vgl. Rünker 1998, S. 17)

Trends in der Parteienentwicklung

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, diese Entwicklung der Sozialdemokratie isoliert zu sehen. Vielmehr ist hier ein allgemeiner Trend in der Entwicklung der Parteien zu sehen. Bestenfalls wäre anzumerken, dass die Profis der SPD diesen Trend energischer vorantreiben als in anderen Parteien Deutschlands, wobei sie sich im Vergleich zur Labour Party

in England oder den Demokraten in den USA noch vergleichsweise stark auf ein real vorhandenes „Parteilieben“ beziehen (müssen).

Der Argumentationsstrang dieser Polit-Profis läuft ungefähr folgendermaßen: Die Mediengesellschaft erwartet sofort und unmittelbar Antworten auf festgestellte Problemlagen. In Verbindung mit den drängenden globalen Problemen erscheint ein System, das auf kontinuierliche, mehrfach abgesicherte und daher zeitintensive und langwierige Diskussionen bzw. Entscheidungsprozesse setzt, anachronistisch. (Franz Müntefering: Die WählerInnen wollen keine „Selbstfindungsgruppen“.) Politische Probleme, so lesen wir dann im veröffentlichten Mainstream, sind „ideologisch“ begründet und damit realitätsferne Probleme. Die wirklichen Probleme sollten durch die Macher des wirklichen Lebens gelöst werden oder sie lösen sich durch das „Marktgeschehen“. Langwierige parlamentarische und parteiliche Prozeduren der Willensbildung behindern nur die pragmatische Lösung der Probleme, denn sie sind ja durch realitätsferne Auseinandersetzungen bestimmt. Damit schließt sich der Kreis.

Polemisch zugespitzt könnte formuliert werden, dass das politisch-parlamentarische System zunehmend ungeeignet erscheint, die drängenden globalen, nationalen, regionalen oder lokalen Probleme zu lösen.

Der Zustand des „Politischen“

Hinzu kommt: Die Möglichkeiten moderner Kommunikationstechnologien erwecken den Eindruck, dass schon die beschleunigte Kommunikation über Probleme auch eine beschleunigte Lösung ermögliche. Dabei schafft sie allzu oft nur noch eine Pseudo-Beteiligung des „alles ist jetzt und hier möglich“ – *möglich* heißt aber eben, dass der Konjunktiv zum Indikativ wird.

Paradigmatisch für diesen Zustand des „Politischen“ im ausgehenden Jahrzehnt ist ein Interview, das die Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ mit Micha Brumlik kürzlich führte. Mit Verweis auf die Systemtheorie stellt er dar, dass „der Staat eben nicht mehr in erster Linie dirigiert und Gesetze erläßt, sondern vor allem ein moderierender Staat ist, dem es obliegt, von unterschiedlichen Kräften oder Subsysteme geäußerte Ansprüche miteinander zu vermitteln.“ Brumlik diagnostiziert das Ende klassischer Politik, „in der eine auf Zeit gewählte Mehrheit allen anderen gegenüber ihren Willen durchsetzt. (...) Heutzutage ist es fast schon links, überhaupt Politik zu betreiben, ganz unabhängig davon welche.“ (Brumlik 1999, S. 1196) Und das Attribut „links“ darf hier getrost mit „wagemutig“ assoziiert werden.

Wir wollen dem gegenüber daran festhalten, dass „Politik“ nie so schlicht war, dass demokratische Mehrheiten den Schlüssel zur gesamtgesellschaftlichen Dominanz und Umgestaltung boten, sondern

- Zustand und Perspektive des politischen Systems immer auch als Ausdruck der Klassenauseinandersetzungen zu bestimmen ist;
- das politische System infolgedessen immer ein interessegebundenes ist – und die hier konkurrierenden Interessen (ihr Ausdruck in politische Grundströmungen/Parteien/Gruppierungen) zu untersuchen sind;
- das politische System schließlich deutlich mehr als das parlamentarische System ist und daher es immer auch die Frage ist, welche Rolle „soziale Bewegungen“, insbesondere anti-systemische-Formationen haben?.

Mit diesen Fragen haben wir unsere AutorInnen konfrontiert.

Polemisch zugespitzt könnte formuliert werden, dass das politisch-parlamentarische System zunehmend ungeeignet erscheint, die drängenden globalen, nationalen, regionalen oder lokalen Probleme zu lösen.

* Reinhold Rünker, Historiker, Mitglied der spw-Redaktion, führt z.Z. die Geschäfte der Jusos NRW und lebt in Leichlingen.

Beiträge im Schwerpunkt

Eckart Spoo hat sich dabei als einer bedeutenden linken Journalisten der Frage genähert, welche Rolle der veröffentlichten Meinung im politischen System – gerade in Bezug auf die Teilhabe des Individuums am demokratischen Prozess – zukommt. Seine Bestandsaufnahme war, wie kaum anders zu erwarten, ernüchternd.

Ekkehardt Krippendorff hat jüngst in bezug auf sein berufliches Milieu der Politischen Wissenschaft die Auffassung vertreten: „Dafür, daß die wache, kritische, demokratische Öffentlichkeit sich auf dem Rückzug befindet und zunehmend von einer solchen ersetzt wird, die unterhalten werden will, die die Politik vor allem als Schauspiel auf einer Fernseh Bühne wahrnimmt und sich zu ihr entsprechend verhält, gibt es reichliche Indizien und überzeugende wissenschaftliche Analysen. Was jedoch fehlt (...) ist das m.E. notwendige Eingeständnis, daß unsere Disziplin selbst einen nicht unbedeutenden Anteil daran gehabt hat und weiterhin daran hat, diese Öffentlichkeit zu entmündigen, indem sie sie zur realpolitischen Passivität erzogen und damit den Boden bereitet hat, auf dem die Polit-Unterhaltungsindustrie gedeihen konnte.“ (Krippendorff 1999, S.995). Wir dürfen wohl davon ausgehen, dass dieses Zitat auch vom Journalisten Spoo für seinen Berufsstand geteilt wird.

Christel Hanewinkel hatten wir gebeten, ihre Erfahrungen als politische Repräsentantin derer zusammenzufassen, die nach dem Zusammenbruch der DDR sowohl in dieser „Wendezeit“ politisch gearbeitet als auch anschließend im bundesrepublikanischen Politikbetrieb Fuß gefasst haben. So manche von ihnen haben sich nicht zurecht finden können im „Raumschiff Bonn“, andere wurden von ihrer eigenen Vergangenheit, ihren biografischen Verstrickungen eingeholt. Doch Hanewinkel verleitet dies nicht zur Resignation, vielmehr bemüht sie sich weiter darin, was sie an diskursiven Entscheidungsstrukturen in der Wendezeit erlebt und praktiziert hat, im Alltag des bundesrepublikanischen Parlamentarismus lebendig zu halten.

Unterschiedlich beurteilt wird die Rolle von Parteien in den beiden folgenden Beiträgen: während Wolfgang Tönnemann davon ausgeht, dass bei allem notwendigen Zurückstutzen der Parteien auf „Mitwirkende“ am politischen Prozess an der herovorragenden Bedeutung insbesondere auch der Volksparteien im politischen System festgehalten werden soll, vertrete ich in *meinem Artikel* die Meinung, dass insbesondere für die politische Linke sich die Bedeutung der Parteien relativiert. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der sich verschiebenden inhaltlichen Strömungen. Hierzu, also zu den ideologischen und programmatischen Strömungen in der Bundesrepublik, werden wir leider erst im kommenden Heft einen Beitrag haben. Dafür haben wir die Dokumentation eines interessanten *Aufrufs zur Formierung einer europäischen sozialistischen Linken* in diesen Schwerpunkt aufgenommen.

Offene Fragen

Fragen bleiben mehr, als einem zumeist lieb ist. Zwei will ich abschließend kurz anreißen, weil sie uns in den kommenden spw-Heften noch beschäftigen sollten: Zum einen betrifft dies die Frage nach dem Phänomen „Zeit“. Wie steht es um das Verhältnis von „Entscheidung/Führung“ und gesellschaftlicher Teilhabe des Individuums, wenn die These richtig ist, dass lange Diskussions- und Entscheidungsverläufe angesichts neuer technischer Möglichkeiten der Kommunikation unzeitgemäß sind? Wie kann dieses Spannungsverhältnis in einem neuen politischen System aufgelöst werden?

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Zum zweiten muss wieder und immer wieder die Frage aufgerollt werden, was die Veränderung im politischen System für radikalreformerische Positionen bedeutet, wenn wir uns nicht mit der uns zugewiesenen subalternen Rolle zufrieden geben wollen: „Was wäre das für ein gesellschaftlicher Aufruhr, wenn auch nur ein Zehntel der von Dauerarbeitslosigkeit und Armut betroffenen Menschen in ein ‚politisches‘ Protestverhältnis treten würde. Und was für eine Herausforderung wäre diese Situation für eine sozialdemokratische Regierung in diesem Land?“ hieß es in unserer Einleitung zum Schwerpunkt im Heft 103 im Herbst vergangenen Jahres.

Kommen wir zum Schluss nochmal auf das oben erwähnte Blätter-Interview mit Micha Brumlik zurück. Sicher wird man Brumlik nicht gerecht, wenn man ihn nun zum Protagonisten derjenigen macht, die das politische System westlicher Prägung für gänzlich anachronistisch und eine Beschäftigung damit für obsolet hielten. Seine im weiteren Interview-Verlauf getätigten Aussagen lassen dies zumindest nicht erwarten. Jedoch stellt er mit einem resignativen Unterton fest, dass die künftige Generation der Linken wohl erst aus denjenigen hervorgehen wird, „die nicht vom Regierungsapparat absorbiert werden, sondern in der Geschäftswelt oder den Universitäten die Erfahrung machen, daß keineswegs ein jeder seines Glückes Schmied ist“. (Brumlik 1999, S. 1208)

Vielleicht gelingt dieser Generation das Bündnis von Wissenschaft, Arbeit und Kultur mit den gesellschaftlich Marginalisierten. Das Thema bleibt also auf der Tagesordnung – nur: können wir so lange warten?

spw

„Heutzutage ist es fast schon links, überhaupt Politik zu betreiben, ganz unabhängig davon welche.“ (Micha Brumlik 1999)

Literatur:

Micha Brumlik, „Heutzutage ist es fast schon links, überhaupt Politik zu betreiben“, Ein Gespräch in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 10/99, S. 1196-1208
 Ekkehardt Krippendorff, Unzufrieden – Vierzig Jahre Politische Wissenschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/99, S. 991-1001
 Reinhold Rünker, Sozialdemokratie im Übergang, Einleitung zum Schwerpunkt, spw Heft 99, Januar/Februar 1998, S. 17-18
 Frank Wilhelmy/Claudia Walther/Reinhold Rünker, Macht – Demokratie – Protest, Einleitung zum Heftschwerpunkt, spw Heft 103, September/Oktober 1998, S. 24-25

Die Medien als Wächter des Status quo gegen demokratische Umtriebe

von Eckart Spoo*

Unerfüllte Heilsversprechen

In den vergangenen Jahren haben wir manche verheißungsvollen Sprüche über „die offene Gesellschaft“, „die Informationsgesellschaft“, „die Kommunikationsgesellschaft“ zu hören bekommen: Die neuen Techniken zur sekundenschnellen Übermittlung aller verfügbaren Texte und Bilder in jeder Menge von jedem Ort der Welt zu jedem andern würden Informationsbarrieren sprengen, das Gut Information allen interessierten Menschen zugänglich machen, das allgemeine Informationsniveau heben, Verständigung erleichtern, die Lösung von Problemen beschleunigen, immer mehr Menschen in Entscheidungsprozesse einbeziehen, immer mehr Demokratie herbeiführen.

Ähnliche Heilsversprechen haben unsere Vorfahren und wir im Laufe der technischen Entwicklung schon oft vernommen. Jedesmal hat sich dann herausgestellt, dass technischer Fortschritt nicht automatisch gesellschaftlichen Fortschritt befördert. Vielmehr kommt es allemal darauf an, wer die Macht hat, neue Techniken seinen Interessen dienstbar zu machen. Wenn eine herrschende Minderheit sich technische Potentiale aneignet, um sie als Herrschaftsinstrumente zu nutzen, also um bestehende Herrschaft auszubauen und zu festigen und um höheren privaten

Profit aus gesellschaftlicher Arbeit zu ziehen, dann wird das Ergebnis alles andere sein als mehr Demokratie.

Nein, das Internet hebt Klassengegensätze und Herrschaftsverhältnisse nicht auf – ebenso wenig wie zuvor das Fernsehen. Durch die Einführung des Fernsehens als Mas-

senmedium, die in Westdeutschland Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre begann, sind die Menschen dieses Landes nicht politisch gebildeter und eingriffsfähiger geworden, jedenfalls nicht durch „Tagesschau“ und „heute“.

Was zeigen uns diese Hauptnachrichtensendungen? Wir sehen aktuelle Aufnahmen von Staats- und Ministerpräsidenten, von Naturkatastrophen und Flüchtlingsströmen. Zusammenhänge werden ebenso wenig deutlich wie Kriterien für die Auswahl der Bilder. Als die beiden bedeutendsten Politiker der Welt werden uns fast täglich der US-Präsident und der deutsche Bundeskanzler präsentiert. In der Regel sehen wir sie bei der Begrüßung von Gästen. Den

Präsidenten im Oval Office des Weißen Hauses oder bei gutem Wetter auf der Gartenterrasse. Oder, damit wir ihn auch einmal ganz anders erleben, beim Besteigen des Hubschraubers auf dem Rasen im Garten des Weißen Hauses. Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin sagt zwei, drei oder vier Sätze, aber die Bilder lenken von den Worten ab: Hillarys neues Kleid zieht unsere Aufmerksamkeit auf sich. Oder Bills freundlicher Klaps für den Hund. Politik wird ja durch das Fernsehen so menschlich. Wir sehen die Politiker lächeln, auch und gerade den Bundesfinanzminister. Er versichert uns, dass alles auf dem richtigen Wege ist: Man muss sich vielleicht noch über einige letzte Details verständigen, aber am guten Ergebnis ist nicht mehr zu zweifeln. Darum sollen wir die Politiker nur machen lassen, sollen vertrauensvoll, unbesorgt bleiben. Austauschbare Sätze. Und wir sitzen im Sessel: glotzende Untertanen.

„Die offene Gesellschaft“, „die Informationsgesellschaft“, „die Kommunikationsgesellschaft“ – alles hohle Sprüche. Unsere Teilhabe an der Politik ist in den vergangenen Jahrzehnten nicht größer geworden, politische Kommunikation hat nicht zugenommen (auch wenn Informations- und Kommunikationstechnik boomt, wie wir jährlich auf der CeBIT erfahren, wo die Politiker in langen Schlangen den Konzernen ihre Aufwartung machen und beflissen von der schönen neuen Welt schwärmen), im Gegenteil: Die Menschen, die den ganzen Tag vor dem Bildschirm ihres Computers und abends vor dem Bildschirm des Fernsehgeräts sitzen, sind von der politischen Willensbildung, von der Diskussion darüber, wie wir zusammenleben wollen, ausgeschlossen. Die neuen Medien erweisen sich nur selten als Kommunikations-, meist eher als Kommunikationsvortäuschungs- oder Kommunikationsverhinderungsmedien.

Gewiß, per Handy kann der Freund jetzt der Freundin mitteilen, dass der Intercity, mit dem er unterwegs ist, soeben Bielefeld verlassen hat, und er kann ihr aus dem Zug auch ein Fax mit gemalten Herzchen schicken, und vielleicht besitzt sie schon ein Telefongerät mit Bildschirm, auf dem sie den anrufenden Freund sehen kann, und die Firmen können mit den neuen Techniken immer genauer kontrollieren, wie sich ihre Beschäftigten und ihre Kunden verhalten. Ja, gewiß, die von Microsoft, Siemens & Co. verwerteten Erfindungen bleiben nicht ohne gesellschaftliche Folgen, aber Aufklärung, Herstellung von Öffentlichkeit, Demokratisierung gehören nicht zu den Ergebnissen. Im Gegenteil.

Und daran werden auch noch so viele neue Medien nichts ändern – wie sich schon das Angebot des Fernsehens nicht dadurch verbessert hat, dass neben ARD und ZDF weitere Sender entstanden sind. Mit den kommerziellen Sendern wurde uns mehr Programmvielfalt verheißen. In Wahrheit ist die Macht einiger großer Medienkonzerne gewachsen – eben der Konzerne, denen die meisten Tages- und die meisten Wochenzeitungen sowie auch die Anzeigenblätter und nun die Kommerzsender gehören. Sie versuchen Marktanteile zu erobern, indem sie weniger Politik darbieten, dafür aber noch mehr Menschliches-Allzumenschliches über Politiker wie über andere Darsteller des Showgeschäfts. Denn für sie ist letztlich alles nur Show und Geschäft. Kritische Reportagen aus der Arbeitswelt, wie sie früher gelegentlich im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu bester Sendezeit ausgestrahlt wurden, sucht man da vergeblich; inzwischen sind sie auch in ARD und ZDF nicht mehr zu finden. Produktionsverhältnisse, Besitzverhältnisse, Herrschaftsverhältnisse sind tabu. Aufklärung darüber kann in Medien, die den großen Konzernen gehö-

* Eckart Spoo, Journalist, Mitherausgeber und verantwortlicher Redakteur der Zweiwochenschrift *OSSIETZKY*, lebt in Hannover.

ren, nicht stattfinden. Diese Blätter und Sender können nicht Medien demokratischer Auseinandersetzung mit bestehender Herrschaft sein. Denn sie sind, worüber wir uns nie täuschen sollten, Propagandamedien bestehender Herrschaft. Mit der öffentlichen Aufgabe der Presse, wie sie in den Pressegesetzen der Bundesländer formuliert ist, stehen die Konzernmedien in einem unlösbaren Konflikt. Privatwirtschaftliche Medien haben private Aufträge zu erfüllen.

Der Ursprung der Presse in reformatorisch-revolutionärem Interesse an Aufklärung

Als das Grundrecht der Pressefreiheit erkämpft wurde, dachte noch niemand an Springer oder Holtzbrinck. Die Presse selber entstand in revolutionären Zeiten und diente damals als Vehikel aufklärerischer, umstürzlerischer Ideen. Zunächst die Flugblattpresse in den Zeiten von Gutenberg, Erasmus, Luther und Münzer. In gegenreformatorischen Zeiten eigneten sich die Höfe die neuen technischen Möglichkeiten an, unterwarfen die Presse der Zensur, so dass kaum anderes als Hofnachrichten oder Gräueltgeschichten publiziert werden konnte. Die Französische Revolution gab der Presse einen neuen Entwicklungsschub. Viele hunderte Zeitungen erschienen im revolutionären Paris, und gleich in den ersten Wochen nach der Erstürmung der Bastille beschlossen die Revolutionäre, die Pressefreiheit als eines der ersten Bürger- und Menschenrechte zu gewährleisten. Eine freie Presse, sagte später einmal das Bundesverfassungsgericht sei „schlechthin konstituierend“ für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft.

Aber aus der revolutionären Presse war auch in Frankreich schon bald ein Gewerbe geworden, das sich vor allem mit Anzeigen finanziert, mit Propaganda, dem Gegenteil von Aufklärung. Pressefreiheit wurde als Pressegewerbefreiheit definiert. Karl Marx dagegen befand, die erste Freiheit der Presse sei es, kein Gewerbe zu sein. Ähnlich und noch drastischer äußerte sich Ferdinand Lassalle.

Anatol France schilderte 1908 in seinem allegorischen Roman „Die Insel der Pinguine“ eine pervertierte Demokratie: „Die Pinguindemokratie regierte sich nicht selbst. Sie gehorchte einer Finanzoligarchie, die mittels Zeitungen die öffentliche Meinung prägte und Abgeordnete, Minister und den Präsidenten in der Hand hatte.“ Eine Vision, die der Realität nicht weit voraus war.

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand in Deutschland der Hugenberg-Konzern des ehemaligen Krupp-Generaldirektors Alfred Hugenberg, der mit seinen Zeitungen maßgeblich dazu beitrug, die Weimarer Republik zu ruinieren. Der Staat selbst sicherte sich dann die Verfügung über die aufkommenden elektronischen Medien.

Nach der Niederschlagung der Nazi-Diktatur war klar, dass die Medien weder dem Kapital noch dem Staat gehören dürften. Die Lizenzen für Zeitungen wurden an Journalisten vergeben, die als Demokraten galten. Der Rundfunk sollte öffentlich-rechtlich organisiert sein, als gemeinschaftliches Eigentum vieler gesellschaftlicher Gruppen. Aber von diesen Ansätzen haben wir uns inzwischen wieder weit entfernt. Gemessen an den heutigen Medienkonzernen war der Hugenberg-Konzern winzig klein. Und die heutigen Medienkonzerne sind verwoben mit der gesamten wirtschaftlichen Macht im Land. Man tut Bertelsmann, Kirch/Springer, Holtzbrinck, Bauer, Burda gewiß nicht unrecht, wenn man ihnen unterstellt, ihr publizistisches Interesse, untrennbar verbunden mit ihrem eigenen geschäftlichen Interesse und mit den Interessen der Hauptinszenierten, sei die Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo,

also der Machtverhältnisse, in denen sie selber zu den Mächtigsten gehören.

Alle Journalistinnen und Journalisten im Springer-Konzern sind auf die „freie Marktwirtschaft“ verpflichtet, also auf den Kapitalismus. Ihn sollen sie verkünden. Diese Verpflichtung gilt sinngemäß auch in den anderen Medienkonzernen ebenso wie in den typischen regionalen Monopolzeitungen – und es ist bezeichnend für das niedrige Niveau politik- und publizistikwissenschaftlicher Debatten hierzulande, wenn niemand laut darüber lacht, dass ausgerechnet Monopolblätter die „freie Marktwirtschaft“ propagieren und wie dressierte Hunde über diese Ideologie wachen. Sie verwenden die Begriffe „freie Marktwirtschaft“ und Demokratie fast synonym. Jedenfalls vermitteln sie immer wieder das Evangelium, Demokratie sei nur im Kapitalismus möglich, wer also den Kapitalismus nicht bejahe, der könne auch kein Demokrat sein.

Gescheiterte Versuche, die vermachteten Medien zu demokratisieren

In den Konzernmedien selber gibt es keine Demokratie. Im Vergleich zu den Beschäftigten von Stahl- oder Wurstfabriken haben die Journalisten verminderte Rechte gegenüber dem Unternehmer. Das regelt der Tendenzauftrag im Mitbestimmungs- und im Betriebsverfassungsgesetz. Als Willy Brandt 1969 in der ersten Regierungserklärung seiner sozialliberalen Koalition die Absicht verkündete, „mehr Demokratie“ zu wagen, ließ er die konkrete Ankündigung folgen, per Presserechtsrahmengesetz künftig die „innere Pressefreiheit“ zu gewährleisten. Doch in derjenigen Wahlperiode, die der Regierungserklärung

Karl Marx befand, die erste Freiheit der Presse sei es, kein Gewerbe zu sein. Ähnlich und noch drastischer äußerte sich Ferdinand Lassalle.

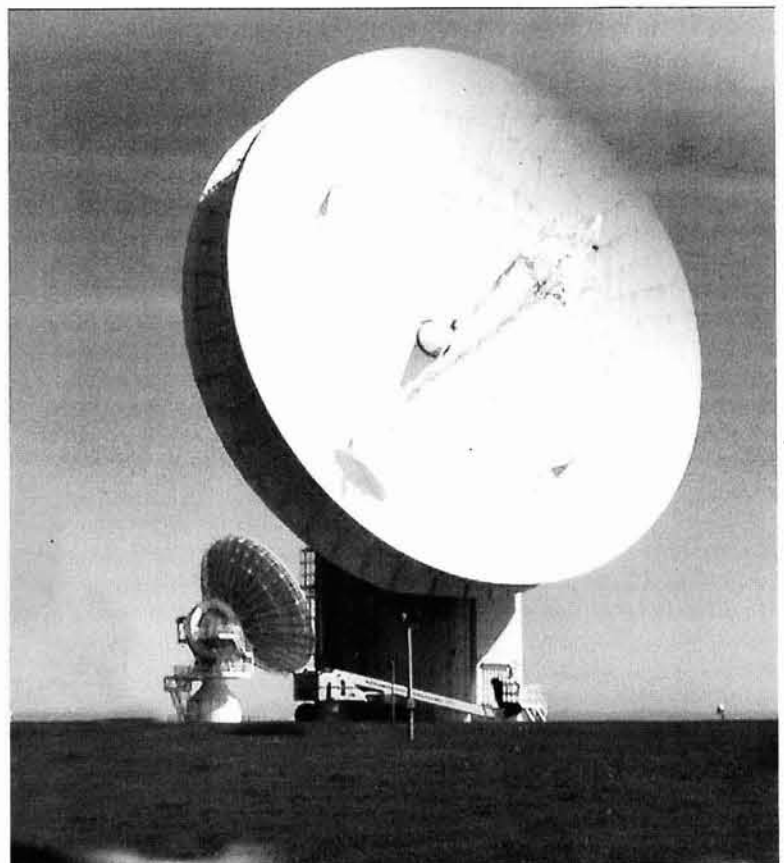


Foto: Christian Kiel (Berlin)

rung folgte, wurde daraus nichts. Nach der nächsten Bundestagswahl vollzog Brandt in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 zwar eine konservative Wende (statt „Mehr Demokratie wagen“ wurde nun „die neue Mitte“ zum Zentralbegriff, den Gerhard Schröder fast 25 Jahre später so präsentierte, als hätte er ihn gerade neu erfunden), aber das Versprechen, ein Presserechtsrahmengesetz zu schaffen, wurde wiederholt.

Am Ende dieser Wahlperiode – inzwischen war Helmut Schmidt Kanzler geworden – lag immer noch kein Regierungs- oder Koalitionsentwurf, geschweige ein verabschiedetes Gesetz vor. 1977 bekräftigte Schmidt die Absicht: Sofern nicht in Kürze die Tarifparteien der Presse eine vertragliche Kompetenzabgrenzung zwischen Verlag und Redaktion vereinbaren würden, werde nun seine neue Regierung die gesetzliche Lösung herbeiführen. Die tarifvertragliche Lösung kam wegen des Widerstands der Verleger nicht zustande, dennoch erfüllte Schmidt sein Versprechen nicht. Offenkundig wagte er keinen Konflikt mit den Verlegern (Konflikte mit anderen, großen gesellschaftlichen Gruppen scheute er nicht). Da der Bund nur eine Rahmenkompetenz hat, die eigentliche Zuständigkeit für das Presserecht aber jedem einzelnen Land gehört, lag es nahe, in SPD-regierten Ländern Beispiele zu schaffen. Als Gerhard Schröder 1990 in Niedersachsen eine Koalition von Sozialdemokraten und Grünen bildete, versprach er in seiner Regierungserklärung ein neues Landespressegesetz, mit dem nun endlich die „innere Pressefreiheit“ geregelt werden sollte. Und wiederum folgte: nichts.

Aber Schröder dekorierte dann viele Verleger mit Orden, traf sich regelmäßig mit Verlegern, zeigte sich ihren Wünschen besonders aufgeschlossen. Er stellte sich auf reale Herrschaftsverhältnisse ein – und hatte unschwer Erfolg damit. Nachdem er 1994 zu Beginn seiner zweiten Wahlperiode als niedersächsischer Ministerpräsident alle wesentlichen politischen Ziele von 1990 revidiert hatte, setzten die großen Konzerne und namentlich die großen

Medienkonzerne ebenso wie die Unternehmerverbände und der CDU-Wirtschaftsrat, dem er sich 1996 in Hamburg vorstellte, immer größere Hoffnungen auf ihn. Systematisch bauten ihn die großen Medienkonzerne 1997/98 als SPD-Kanzlerkandidaten auf: Die SPD müsse ihn, ob sie ihn möge oder nicht, nominieren, weil sie sonst keine Chance habe, war die gemeinsame

Botschaft, die innerparteilich starke Wirkung hatte. Nie zuvor in der deutschen Geschichte hatte ein Sozialdemokrat von den Medienkonzernen solche Unterstützung erhalten. Schröder war ihr Kandidat, bevor er, wie von ihnen gefordert, SPD-Kandidat wurde.

Medien als Indikatoren des Marktwerts von Berufspolitikern

In Medien werden Politiker oft danach bewertet, wie sie „sich verkaufen“. In einer ganz auf Kommerz ausgerichteten Gesellschaft empört sich niemand mehr über diese Wortwahl. Dass Ronald Reagan erst Fernsehreklame für Borax machte, bevor kalifornische Multimillionäre ihn für die Politik engagierte, weil sie dem heruntergekommenen Hollywood-Schauspieler vertrauten, dem Volk per Fernsehen alles anzudrehen, was es nicht braucht, wurde schon

während seiner Amtszeit detailliert ermittelt und publiziert, erregte aber kaum mehr als Schulterzucken. Die Professionalisierung der Politik bringt es mit sich, dass zum Hauptinteresse des Berufspolitikers der Marktwert seiner politikdarstellerischen Fähigkeiten wird. Wenn er in der Presse angeudet findet, er verkaufe sich nicht gut, muss er um seine Wiederwahl, also um seine berufliche Existenz bangen.

In Niedersachsen erschien Mitte der 90er Jahre ein Buch mit Selbstdarstellungen von Landtagsabgeordneten, die dort in seltener Deutlichkeit über sich und auch über ihr Verhältnis zu den Medien Auskunft geben. Ein Beispiel:

„Ich muss jeden Morgen, bevor ich aus dem Hause gehe, gründlich meine lokalen Tageszeitungen gelesen haben. Fachzeitschriften oder gar Fachbücher lese ich seltener. Neuveröffentlichungen kaufe ich mir nur von Autoren, die ich persönlich kenne... Repräsentative Veranstaltungen sind mir wichtig, dort treffe ich viele Leute, mit denen ich mich bekannt mache. Ein weiterer Vorteil ist, dass ich gesehen werde. Dieses Sich-sichtbar-Machen ist nicht zu unterschätzen. Hinzu kommt, dass die Presse von den meisten der Veranstaltungen berichtet. ‚Großes Bild, wenig Text‘, sage ich immer scherzhaft zu den Journalisten, wenn sie auf mich zukommen. Selbstverständlich freue ich mich auch über einen längeren Artikel, aber Fotos bekommt man nicht so häufig wie Text. Ich nehme an allen repräsentativen Veranstaltungen teil, zu denen ich eingeladen werde. So besuche ich alle größeren Schützenfeste in meinem Wahlkreis. Das sind vielleicht 20 im Jahr. Nicht immer darf ich dort ein Grußwort sprechen, aber ich werde begrüßt. Auch an den wenigen Bällen in meinem Wahlkreis nehme ich teil. Es gibt bei uns einen in Weyhe, einen in Diepholz, einen Bundeswehr-, einen Schützen-, einen Sportler- und einen Wirteball. Diejenigen, die auf mich zukommen, teilen mir ihre Probleme, ihre persönliche Situation oder ihre Befindlichkeit mit. Ich genieße es richtig, wenn mich jemand anredet. Die Anzahl der Anfragen, die ich wöchentlich erhalte, schwankt erheblich. Sie ist davon abhängig, ob ich in der lokalen Presse erwähnt worden bin oder nicht. Wenn ich mit einem Bild oder einer großen Schlagzeile in der Zeitung stehe, ist mein Name präsent, dann rufen die Leute bei mir an.“

Dass Politik eine Angelegenheit von Profis zu sein hat, ist eine der antidemokratischen Grundregeln der dominierenden politischen Publizistik. Wenn sich statt der Berufspolitiker gelegentlich Bürgerinnen und Bürger selber politisch betätigen, wird das in den Konzernmedien gewöhnlich entweder verschwiegen oder mit Häme oder mit Hetze beantwortet. Es ist eben unerwünscht, dass Bürgerinnen und Bürger von Grundrechten wie der Demonstrationsfreiheit Gebrauch machen. An Demonstrationen interessieren nur Zwischenfälle – jedenfalls dann, wenn die Demonstranten mehr sozialen Ausgleich, mehr Demokratie fordern. Die Konzernmedien nehmen Demonstrationen dann von vornherein als Krawall, als Randalie war, Demonstranten als Störer.

Basisdemokratie ist in diesen Medien ein Schimpfwort. Über Parteitage wird in der Regel so berichtet: Die JournalistInnen erhalten den Redetext des/der Vorsitzenden sowie eine Kurzfassung in der Form des gewünschten Zeitungsartikels. Sie halten sich dann nicht lange auf dem Parteitag auf. Die Diskussion über die Rede und über die Anträge, die Willensbildung von unten nach oben, der eigentliche Zweck des Parteitags finden keine Beachtung. Den Konzernmedien genügt es, dass der/die Vorsitzende die herrschende Meinung, d.h. das kapitalistisch-imperialistische Gesamtinteresse, für das sie selber eintreten, als alternativ-

Nie zuvor in der deutschen Geschichte hatte ein Sozialdemokrat von den Medienkonzernen solche Unterstützung erhalten wie Schröder: er war ihr Kandidat, bevor er SPD-Kandidat wurde.

los darstellt und es gegen sogenannte Einzelinteressen (Arbeit, Umwelt, Bildung etc.) durchsetzt: Es gibt keine Alternative zu höherer Belastung der Masseneinkommen und zu niedrigeren Sozialleistungen („Es muss gespart werden!“), es gibt keine Alternative zu militärischem Eingreifen, es gibt keine Alternative zu Schröder, es gibt schon gar keine Alternative zum real existierenden Kapitalismus.

Diese Art Einschüchterungspropaganda, deren Zweck es ist, jede Diskussion abzuwürgen, prägt die Leitartikel der Presse und die Reden der Politiker; wenn nicht, werden die Politiker bald aus den Medien erfahren, dass sie sich nicht (mehr) gut verkaufen. Besondere Wertschätzung erfahren Politiker, die „Machtworte“ sprechen und mit störenden Parteitagbeschlüssen oder Wahlversprechen oder Verfassungs- oder Völkerrecht ganz „unideologisch“, ganz „realpolitisch“ verfahren, nämlich darauf herumtrampeln.

Alternativen zum Demokratieabbau

Eine ausweglose Situation? Nein, es gibt Alternativen zum Demokratieabbau: Mehr Demokratie wagen. Sich treffen und miteinander über gemeinsame Interessen sprechen. Sich den Mund nicht verbieten lassen. Sich deutlich, allgemeinverständlich artikulieren. Von Grundrechten Gebrauch machen, auch und gerade vom Grundrecht der Pressefreiheit. Gegenargumente zur herrschenden Meinung austauschen, vor allem Informationen über die von den Konzernmedien tabuierten Themen (wobei neue Kommunikationstechniken hilfreich sein können). Alternativen zum real existierenden Kapitalismus anstreben. Ihm entgegen-

getreten, wenn er die Grundrechte aller, auch und gerade die Pressefreiheit, permanent zu Privilegien der Reichsten, Mächtigsten pervertiert.

Konkret empfehle ich, den Chefredakteur der regionalen Monopolzeitung in eine von der Volkshochschule oder vom DGB-Kreis veranstaltete, gut vorbereitete Diskussion zu ziehen, in der ihm beispielsweise sämtliche unter seiner Verantwortung erschienenen Lügen über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien vorgehalten werden – mit der Aufforderung, sie unverzüglich zu berichtigen. Verantwortungsbewußte, kritische Journalistinnen, die an dieser Zeitung mitarbeiten, könnten eine solche Aktion, die ihnen den Rücken stärken würde, nur begrüßen und mit nützlichen Hinweisen vielleicht schon bei der Vorbereitung helfen. Und wenn der Chefredakteur sich dann, um die Irreführung der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, auf das Grundrecht der Pressefreiheit beruft – es wäre nicht das erste Mal –, sollte ihm die Versammlung gebührend antworten. Wir müssen unser Grundrecht auf Information bei denen einfordern, die es okkupiert haben. Bei aller Wichtigkeit aufklärerischer Kleinarbeit (wozu auch die Herausgabe alternativer Zeitschriften gehört) dürfen wir die großen publizistischen Machtapparate nicht ihren Herren überlassen.

spw

Bei aller Wichtigkeit aufklärerischer Kleinarbeit dürfen wir die großen publizistischen Machtapparate nicht ihren Herren überlassen.

„Als wir alle noch an einem Tisch saßen...“

Die ostdeutschen Politikerinnen und Politiker und die Erfahrungen des Runden Tisches

Von Christel Hanewinkel*

Zweimal hat der Runde Tisch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt. 1989, als sich scheinbar die ganze DDR an Runden Tischen zusammenfand, um die Probleme des Landes anzugehen. Das zweite Mal jetzt, zehn Jahre später, als die Deutschen den „Wendeherbst“ erinnern und feiern.

Dabei taucht insbesondere eine Frage immer wieder auf: Entstand an den Runden Tischen und durch die Arbeit an einem Verfassungsentwurf ein originär ostdeutsches Politikverständnis, das bis heute nachwirkt?

Die Arbeit der Runden Tische

Von dem Modell und der Praxis der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik-Alt unterschieden sich die Runden Tische in einer ganzen Reihe von Punkten:

Die Runden Tische waren nicht demokratisch durch Wahlen legitimiert. Vertreterinnen und Vertreter der evangelischen und katholischen Kirchen waren gebeten worden, Runde Tische einzuberufen und zu leiten. Die gewählten Stadtvertretungen, Bezirkstage und die Volkskammer wurden von der Bevölkerung nicht mehr respektiert. Die

Kirche hatte einen großen Vertrauensvorsprung, im Gegensatz zu den staatlichen Institutionen.

Die Moderatorinnen und Moderatoren des Runden Tisches verfügten über Erfahrungen in der Konsensfindung mit Hilfe von Streit, Auseinandersetzung, Diskussion. Diese Erfahrungen hatten sie vor allem in den 80er Jahren sowohl im innerkirchlichen Bereich, in den Synoden der evangelischen Kirche, die nach dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie gewählt waren, als auch durch die Zusammenarbeit in der Ökumene gemacht.

Aber auch die Kooperation der Kirchen mit den Friedensgruppen verlief nicht immer problemlos, denn diese

* Christel Hanewinkel, Mitherausgeberin der spw, sitzt seit 1990 für die SPD im Deutschen Bundestag. Sie ist Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 1989 hat sie in Halle die SDP mitbegründet. Von Dezember 1989 bis Mai 1990 hat sie den Runden Tisch in Halle moderiert.

mussten unter das Dach der Kirche kommen, da die DDR ihnen keinen anderen Raum zugestand. Auseinandersetzung und Konsensfindung fanden nicht nur in der Kirche der DDR statt, sondern auch weltweit im „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“.

Ein Teil der ostdeutschen Abgeordneten im Parlament kam und kommt aus den Arbeitsfeldern vor allem der evangelischen Kirche. Entgegen weit verbreiteter Vorurteile verfügt also ein Teil ostdeutscher Politikerinnen und Politiker über langjährige Erfahrungen in demokratischen Strukturen – trotz der „Diktatur des Proletariats“ in der DDR.

Konsensfindung als Entscheidungsprinzip

Ein Unterschied zur Arbeit im heutigen Parlament ist die Form der Konsensfindung an den Runden Tischen. Dort saßen die neugegründeten Parteien, Bürgerbewegungen und Interessensgruppen mit ihren „früheren Feinden“ von der SED, der CDU und den anderen Blockparteien zusammen an einem Tisch. Gemeinsam wurden in dieser schwierigen Zeit Lösungen gefunden.

Die Entscheidungen der Runden Tische wurden von der Bevölkerung akzeptiert. Das Vertrauen war sehr groß.

Meine Erfahrungen nach neun Jahren parlamentarischer Demokratie: Das Parlament ist kaum von einer überparteilichen Arbeit geprägt. Nur die Frauen haben es immer wieder

geschafft, gemeinsame Gesetze auf den Weg zu bringen, z.B. die Neuregelung des Paragraphen 218, das Kindschafftsrecht und die Problematik der Vergewaltigung in der Ehe. Überparteiliche Konsensfindung gelingt sonst kaum. Parteipolitisch wird das auch nicht als adäquates Mittel angesehen, um Lösungen zu finden. Das ist inzwischen auch in den östlichen Bundesländern so.

An den Runden Tischen wurden die Lösungen nicht nur überparteilich erzielt, sondern waren auch von einem breiten Konsens aller beteiligten Gruppen getragen. Die Schwierigkeiten der Zeit brauchten Mehrheitsentscheidungen.

Ich habe in den fünf Monaten am Runden Tisch in Halle nicht eine einzige Kampfabstimmung erlebt. Jeder und jede wurde gehört. Diskutiert wurde manchmal endlos.

Problematisch wurden allerdings die Begehrlichkeiten der unterschiedlichen Interessensgruppen, Sitz und Stimme am Runden Tisch zu bekommen. Die Grenzen einer Volksvertretung, die nicht durch Wahlen legitimiert war, wurden an diesem Punkt offensichtlich.

Was ist geblieben?

1999, zehn Jahre nach den Ereignissen des „Wendeherbstes“, stellt sich die Frage, was bleibt von den Erfahrungen der Ostdeutschen an den Runden Tischen?

Die Runden Tische hatten nur eine kurze Lebensdauer. Sie wurden durch die ersten freien Wahlen auf Stadt-, Bezirks- und DDR-Ebene abgelöst.

Zwar wurden an den Runden Tischen bestimmte Politikpraktiken, wie überparteiliche Konsensfindung und die Berücksichtigung von Minderheitsmeinungen, praktiziert, jedoch ist dieses „Wende-spezifische“ Gremium mit heutigen politisch-parlamentarischen Verhältnissen nicht vergleichbar.

Ein Grund sind die inzwischen auch im Osten ausdifferenzierten parteipolitischen Ansätze bzw. Parteiprogramme. 1989 und 1990 hatten wir keinerlei Programmatik. Was wir brauchten, waren Entscheidungen, die auf kurzen Wegen umgesetzt werden konnten, nicht jedoch Gesetzgebungsverfahren. Diese kamen mit der ersten freigewählten Volkskammer ab März 1990.

Zweitens sind die Parteien heute im Parlament zahlenmäßig anteilig zum Wahlergebnis vertreten. An die Runden Tischen wurde niemand gewählt. Die Parteien, Bewegungen oder Gruppen schickten, unabhängig von ihrer Größe, je zwei Personen mit je einer Stimme. Diese Zusammensetzung entsprach weder einem parlamentarisch-demokratischen Prinzip, noch einer Basisdemokratie.

Parlamentarismus, Parteipolitik und Programme haben sich erst im März 1990 mit der frei gewählten Volkskammer den alten bundesdeutschen Parteien angepasst. Parteiübergreifende ostdeutsche Interessen gab es nicht. Ab Dezember 1990 war das Verhalten Parteiprogramm-geleitet und nicht Interessen-geleitet.

Nur so ist auch zu erklären, nicht zu verstehen, dass der Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR nicht in die Beratungen der gemeinsamen Verfassungskommission aufgenommen wurde. Die ostdeutschen VertreterInnen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollten die eigenen Erfahrungen und Vorstellungen in eine gemeinsame Verfassung einbringen. Tatsächlich fand aber eine Polarisierung statt, vor allem von Seiten der CDU – westdeutsche gegen ostdeutsche Interessen. Als Beispiel nenne ich nur die Aufnahme weiterer Staatsziele, die Veränderung der Präambel, die Neuregelung des Verhältnisses Staat-Kirche und die Aufnahme plebiszitärer Elemente in die Verfassung.

Von der „Westmehrheit“, die allerdings auch durch Ostabgeordnete der CDU und FDP zustande kam, war offenbar befürchtet worden, dass die sogenannte Oppositionsbewegung im Osten Einfluss haben könnte auf die Verhältnisse im Osten.

Fazit:

Die politisch Aktiven der 80er Jahre in den verschiedenen Gruppen, später dann im Neuen Forum, Demokratie Jetzt, SDP, Demokratischer Aufbruch u.a., sind nur zu einem kleinen Teil Berufspolitikerinnen- und Politiker geworden. Auf Bundesebene konnte sich daher kein spezifisch ostdeutscher Politikstil etablieren.

Das Tempo der Einheit hat keinen Raum gelassen für den Diskurs über Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges. Anders ausgedrückt: es hat am Ende der DDR für die unterschiedlich Betroffenen: Opfer, politisch Aktive, IM's, politisch Abstinente, Mitglieder der Blockparteien, SED-Mitglieder u.a. keine Trauerarbeit gegeben, an deren Schluss eine Bilanz gestanden hätte. Im Vordergrund stand 1990 die gemeinsame Währung und die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.

Was fehlt ist eine identitätsstiftende Vereinbarung zwischen Ost und West, die einen gemeinsamen Beginn symbolisiert hätte. Die Debatte über das Grundgesetz hin zur gemeinsamen Verfassung des geeinten Deutschland wäre ein erarbeitetes, lebendiges und tragfähiges Symbol für die deutsche Einheit gewesen.

Für mich persönlich bedeutet diese Entwicklung keineswegs Resignation, sondern wieder und wieder die Erfahrungen der 80er Jahre in der DDR, des Runden Tisches und unsere Hoffnungen und Wünsche an eine Demokratie in die laufende Gesetzgebung im Parlament einzubringen. spw

Die Runden Tische waren nicht demokratisch durch Wahlen legitimiert. Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen waren gebeten worden, Runde Tische einzuberufen und zu leiten.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Gegen den Trend?

Plädoyer für Parteien als unerläßliche Foren der Politik

von Wolfgang Tönnemann*

Wie gewonnen ...

„Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler.“ Am 27. September 1998 traf der Zorn der Wähler den seit 16 Jahren amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl, der allem Anschein nach ohne großen Groll den Stuhl mit der extra-großen Lehne in der ersten Reihe der Regierungsbank, auf dem er so lange so vieles ausgesessen hatte, für den SPD-Politiker Gerhard Schröder räumte. Der hatte, wie die beiden Wahlforscher Matthias Jung und Dieter Roth feststellten, wider Erwarten eine komfortable Mehrheit aus SPD und Bündnis90/Die Grünen hinter sich, und, was noch wichtiger war, keine widerspenstige Oppositionsmehrheit im Bundesrat gegen sich. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hatten die Wähler einen Regierungswechsel mit dem Stimmzettel herbeigeführt, statt die Chance des Machtwechsels in die Hand des kleineren Koalitionspartners zu legen. Mit erstaunlicher Klarheit hatten die Wählerinnen und Wähler gesprochen und der neuen Regierung unter Gerhard Schröder, so die beiden Wahlforscher, „eine institutionell abgesicherte Machtfülle“ beschert „wie kaum einer Regierung in der Nachkriegsgeschichte.“

... so zeronnen

Es ist schwer zu fassen, wie wenig davon zwölf Monate später geblieben ist. Wieder und wieder haben die Wählerinnen und Wähler in Landtags-, Kommunal- und einer Europawahl gestraft, aber nicht den, der zu spät geht, sondern die neue Regierung, die sich mit so viel Elan – oder war es Hast? – ans Werk machte. Ein Koalitionsvertrag, eine Regierungserklärung, ein Solidaritätstärkungsgesetz für die gesetzliche Krankenversicherung, die Wiedereinführung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, eine Erhöhung des Kindergeldes und eine Steuersenkung, neue Regeln für die geringfügig Beschäftigten und Selbständigen, schließlich die Aussetzung der im Wahlkampf als unsozial gebrandmarkten Rentenreform – all das vertrieb die Wähler, ob treue Stammwähler aus dem eigenen Milieu oder jene aus der „neuen Mitte“, statt weitere Wähler auf den „bandwagon“, den Siegeszug der Rot-Grünen, aufspringen zu lassen. Doch nicht nur Wähler sind vom kaum in Fahrt gekommenen Zug abgesprungen. In halsbrecherischer Manier suchte einer der Lokführer das Weite, während wenige Wochen später dem Chefheizer die Schüppe aus der Hand genommen wurde.

Was man kaum anders als mit verzweifelter Ironie beschreiben muss, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt, im November 1999, auch nicht annähernd erklärt werden. Zu groß ist die Enttäuschung über verspielten Wahlerfolg, an dem so viele so tatkräftig mitgearbeitet hatten. Doch noch so viele Infostände, noch so viele von eifrigen Parteiaktivisten geklebte Plakate, noch so viele Wahlkampfreden konnten nicht verbergen, dass es den Sozialdemokraten

am 27. September 1998 an einem tragfähigen Konsens fehlte, der ihnen eine klare Kursbestimmung für die künftige Regierungsarbeit erlaubt hätte. Immer wieder waren klärende Diskussionen über den Kurs als künftige Regierungspartei vertagt, verschleppt oder zugekleistert worden. Und ein Jahr nach der Regierungsübernahme haben Verluste bei Wahlen ebenso wie die am Horizont sich schon abzeichnenden nächsten Niederlagen die Bereitschaft zu einer klärenden Kursbestimmung weiter gedämpft.

Konkurrierende Konzepte

All die gelungenen Inszenierungen des Wahlkampfes, die soundbite-Tricks der angeheuerteten Spindoctors, die smarten Spots der Media-Consultants und die Computer-Netzwerker in der Wahlkampfzentrale „Kampa“ konnten dieses Defizit eines gelungenen Konsenses nur für die Zeit des Wahlkampfes verdecken, der alle Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Ob das Dauemenkino in der „Wir-sind-bereit“-Broschüre des Kanzlerkandidaten, das einen hüpfenden Trampolinspringer zeigte, von der wahlkämpfenden Parteibasis als die vom Kanzlerberater Bodo Hombach oft gebrauchte Metapher für den Umbau des Sozialstaates vom sozialen Netz zum Trampolin verstanden wurde, darf bezweifelt werden. Und auch bei dem, was der künftige Kanzler in unzähligen Interviews und Reden sagte, hörte man offensichtlich immer nur heraus, was man hören wollte: Dass seine Herkunft aus kleinen Verhältnissen ihn nicht vergessen lassen würde, was die Kürzung einer ohnehin kleinen Rente, die Zuzahlungen für Medikamente oder die Kürzungen des Einkommens im Krankheitsfall bedeuten könnten. Sozialdemokratische Rhetorik pur gespickt mit Andeutungen über den „aktivierenden Staat“ oder die Absage an das „Steuern durch Steuern“ – das gehörte offensichtlich ebenso zur Strategie des Wahlkampfes wie das auf einen Zeitpunkt kurz nach der Wahl verlegte Erscheinungsdatum des „Blueprints“ für die künftige Regierung: Bodo Hombachs Buch „Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte.“

Während Oskar Lafontaines und Christa Müllers Buch „Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit

In halsbrecherischer Manier suchte einer der Lokführer das Weite, während wenige Wochen später dem Chefheizer die Schüppe aus der Hand genommen wurde.

* Wolfgang Tönnemann, Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Universität Düsseldorf, ist in der politischen Bildung und bei einem Beratungsunternehmen tätig. Er lebt in Leichlingen, wo er bis 1999 dem Stadtrat angehörte und SPD-Ortsvereinsvorsitzender war.

für alle“ den interessierteren Zeitgenossen als Wahlkampflektüre diene, in Auszügen sogar im „Spiegel“ abgedruckt wurde, lag mit Hombachs Titel erst kurz nach der gewonnenen Wahl ein Gegenentwurf auf dem Tisch. Dahinter steckte die Vermutung, in der Kanzlerdemokratie werde sich manches im Wahlkampf gesprochene Wort bald als Schnee von gestern erweisen, wenn erst der Regierungschef das Ruder in die Hand nähme und entschlossen das Schiff auf den Kurs des „Dritten Weges“ steuere. Doch auch diese Hoffnung trog, wie sehr die Medien, allen voran das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, den Kanzler auch mit dem Chaos ringen sahen und dem Kraftmenschen Schröder immer neue „Machtworte“ entlockten. Schon bald machten sich die allgegenwärtigen Interessen-

Die Regierung hat mit ihrem Zukunftsprogramm einen Anker geworfen, um nicht in hoher See in irgendeine beliebige Richtung getrieben zu werden.

vertreter, allen voran die Sprecher der Industrie, das Wirrwar zunutze, und es dauerte auch nicht lang, bis die Mehrzahl der Medien, die kurz zuvor noch den Politik-Wechsel in das Wahlergebnis hineininterpretiert hatten, bei der Regierung anmahnten, die versäumten „Reformen“ der Regierung

Kohl entschlossen fortzusetzen – so als hätte es den Regierungswechsel gar nicht gegeben.

Auch wenn die Autoren der beiden Wahlkampftitel Oskar Lafontaine und Bodo Hombach das Regierungsschiff verlassen haben, ist es nicht zu spät, die für den so dringend nötigen Konsens erforderliche Diskussion zu führen. Bislang sieht es lediglich so aus, als habe die Regierung mit ihrem Zukunftsprogramm einen Anker geworfen, um nicht in hoher See in irgendeine beliebige Richtung getrieben zu werden. So wurde der Abbau des Haushaltsdefizits zur obersten Priorität erklärt, ein Projekt, mit dem man Ernsthaftigkeit und politischen Willen statt kursichtigem Populismus beweisen will. Doch darin kann sich sozialdemokratische Regierungstätigkeit keineswegs erschöpfen. Auch die von Oskar Lafontaine hinterlassene Agenda muss weiter bearbeitet werden, selbst wenn der Verfasser in Ungnade gefallen ist und durch den Enthüllungsjournalismus seines jüngsten Buches nun auch die letzten Brücken zu seiner Partei abgebrochen hat.

Linke Politik im Zeitalter der „Globalisierung“

Dazu gehören vor allem Anstrengungen zur Bändigung des globalisierten Kapitalismus. Sie müssen die Anstrengungen flankieren, im eigenen Haus für den immer wieder beschworenen notwendigen Wandel zu sorgen, und dazu gehört sicherlich, die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft zukunftsfest zu machen. Wer Lafontaines Buch gelesen und seine Aktivitäten als „Schatzkanzler“ in den ersten Regierungsmonaten verfolgt hatte, dem konnte nicht verborgen bleiben, dass er nicht der richtige war, um seine Agenda zur Regulierung des globalen Kapitalismus durchzusetzen. Dem allzu forsch in den Hauptstädten der westlichen Partnerländer auftretenden Finanzminister fehlten offensichtlich Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick. Und seine ausgezeichneten Kontakte zu seinem französischen Kollegen reichten nicht aus, um den Rest der Welt – sprich: vor allem die USA – von seinem ambitionierten Projekt zu überzeugen.

Deutschland gehört zwar zu den wichtigeren Industrieländern, doch um aus dem Politikwechsel in Bonn einen Kurswechsel in der internationalen Finanzpolitik zu machen, dafür fehlten dem deutschen Finanzminister die

Kontakte zur angelsächsischen Welt, vor allem den USA, die er sich bei dem umstrittenen Modernisierer Bodo Hombach hätte ausleihen müssen. Das schmälert nicht die Vernünftigkeit seiner Positionen, vor allem wenn es darum geht, einen ruinösen, weil das soziale Gefüge zerstörenden, Wettbewerb zwischen den marktwirtschaftlich verfassten Demokratien zu vermeiden. Doch schon diesem Projekt wäre mehr Erfolg beschieden gewesen, wenn es auf einen festeren Konsens und die ernsthafte Bereitschaft zur Zusammenarbeit innerhalb der neuen Regierung hätte bauen können. Die Architekten des Innenumbaus und die Strategen des Aufbaus einer globalen „Governance“-Struktur waren aufeinander angewiesen – und verspielten die Chance, weil sie ihre Differenzen nicht offen miteinander diskutierten mit dem Willen, zu einem tragfähigen Konsens zu kommen.

An kontroversen Entwürfen fehlt es also in der SPD nicht, wohl aber an der Bereitschaft, sie unter den Bedingungen der modernen Politik, den kritischen Augen der Öffentlichkeit, dem skeptischen Blick der Medien und den wiederkehrenden Stimmungsberichten der Demoskopien vernünftig zu diskutieren. Dabei würde man feststellen, dass die „Traditionalisten“ durchaus recht haben, wenn Sie auf den beispiellosen Wohlstand und die Errungenschaften der sozialen Demokratie in den Nachkriegsjahren der Bundesrepublik verweisen. Die Demokratie mit ihrem Versprechen auf Teilhabe eines jeden Bürgers am Gemeinwesen und die Marktwirtschaft mit ihrem Wettbewerb um die effizienteste Nutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren zum Wohle möglichst vieler Konsumenten wurden so erfolgreich miteinander kombiniert, dass die Bundesrepublik bald als gefestigte Demokratie akzeptiert wurde und die Wiedervereinigung keinen Schrecken mehr bei den europäischen Nachbarn auslösen konnte.

Das Verlangen der „Traditionalisten“, diese Errungenschaften nicht preiszugeben, ist ernstzunehmen, will man Schaden von der Demokratie in Deutschland abwenden. Doch die richtige Balance zwischen Demokratie und Markt ist nicht nur ein Verteilungsproblem, sondern muss auch den innovativen Kräften in der Gesellschaft eine Chance bieten, neue Möglichkeiten der Beschäftigung zu eröffnen. Hier setzen die „Modernisierer“ an, die die Wachstumskräfte des Kapitalismus in Gang setzen wollen, im Bündnis mit Unternehmern und flexiblen Arbeitnehmern neue Arbeitsplätze schaffen wollen.

Beide Seiten eint der Ehrgeiz, man könne den Menschen die Angst vor der Globalisierung nehmen. Globalisierung wird als unausweichliche Tatsache begriffen, vor der es kein Entrinnen gibt. Sie mag sich nicht in jeder Statistik widerspiegeln, doch schon bei der morgendlichen Zeitungslektüre ist sie mit den Händen zu greifen. Sich Ausklinken aus der Welt ist keine reale Option mehr am Ende des 20. Jahrhunderts; ein Albanien, das abgeschottet von dem restlichen Europa lebt, ist nicht mehr vorstellbar. Aus wirtschaftlicher Rückständigkeit heraus die Zusammenarbeit zu verweigern, um zunächst einmal aufzuholen und dann zum Tisch zu den übrigen Mitspielern zurückzukehren, geht einfach nicht mehr. So gesehen gibt es nach dem Ende des Kalten Krieges keinen ersten, zweiten oder dritten Weg mehr, sondern nur noch einen Weg, den von Demokratie und Marktwirtschaft.

Trotzdem bleibt die Aufgabe, den richtigen Weg für das eigene Land zu finden, der die eigenen Traditionen, Werte und Stärken berücksichtigt. Das eigene Haus zunächst einmal zu entkernen, um es dann neu zu errichten, wie es allzu forsche Modernisierer vorschlagen, fordert ei-

nen zu hohen Preis für die notwendigen Innovationen. Aber nach zukunftssträchtigen Modellen Ausschau zu halten, in Europa und über die Grenzen des Kontinents hinaus, ist durchaus angesagt. Denn Globalisierung bedeutet nicht nur das Ende der Abschottung, sondern auch die Verzahnung der Innenpolitiken der OECD-Länder: Die Steuerpolitik in den USA hat Auswirkungen auf die Steuerpolitik im eigenen Lande, und in Europa läßt sich ohnehin nur noch wenig im Alleingang regeln. Der Wunsch, einen eigenständigen europäisch-deutsch-französischen Weg gegen das angelsächsische Modell zu setzen, wie in Oskar Lafontaine in seinem Buch „Das Herz schlägt links“ favorisiert, wird nicht machbar sein, schon weil Grossbritannien im europäischen Kontext nicht verzichtbar und eine Politik gegen die letzte verbliebene Weltmacht sinnlos ist. Statt immer wieder die Schattenseiten des amerikanischen Modells zu beschwören, wäre es besser, den Kontakt zu den „Progressives“ in den USA zu suchen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede offen zu diskutieren.

Parteien bleiben Orte der politischen Verständigung

Die SPD wird sich der Diskussion stellen müssen und die Existenz von „Traditionalisten“ und „Modernisierern“ nicht leugnen dürfen, auch wenn dies vereinfachende Etiketten sind, die die Konfliktlinien innerhalb der SPD nur unzureichend beschreiben. Als „Volkspartei“ muss sie ihre Chance wahrnehmen, die widersprüchlichen Vorstellungen in den eigenen Reihen miteinander ins Gespräch zu bringen, selbst wenn unter den Bedingungen moderner Politik den Parteien das Recht zu diskutieren abgesprochen wird. Was immer man als Transformation des Politischen begreifen mag: In Deutschland gibt es sie noch, die Parteien, allen voran die SPD, und sie haben – was immer sie sonst noch tun mögen – die Aufgabe, Entwürfe für die Gestaltung der Gesellschaft zu produzieren und in ihren Reihen offen zu diskutieren.

Eine klärende Debatte, geführt mit der Bereitschaft, zu einem handlungsfähigen Konsens zu kommen, tut innerhalb der SPD also not. Die Medien werden dabei keine große Hilfe sein. Ihre Interessen sind allzu vordergründig auf den Machtkampf konzentriert, so als hätten Journalisten als einziges Rüstzeug zum Verständnis von Politik einen Crashkurs in Lorenz'scher Verhaltensforschung absolviert. Der tägliche Kampf um die Dominanz des alpha-Männchens dominiert das Journalisteninteresse; komplexere Machtgefüge entziehen sich ihrer Fantasie; das Ringen um die beste Lösung eines Problems wird zum „endlosen Streit“, der den immerwährenden Machtkampf lediglich in die Kulissen verlagert.

Als Ort der Diskussion haben die Medien die Parteien offensichtlich längst abgeschrieben. Was zählt, ist „Kampagnefähigkeit“. Selbst liberale Blätter zeigten sich von der Kampagne der Opposition gegen die dringend notwendige Neuregelung des Staatsbürgerrechts beeindruckt; der Schaden, der durch die Unterschriftenaktion angerichtet wurde, blieb unberücksichtigt. Die Verschiebung der Machtbalance zugunsten der Opposition dominierte die Schlagzeilen. Wer Parteien als Orte politischer Diskussion begreift, und nicht nur als Instrumente zur Anzettelung von Kampagnen, muss sich angesichts des Erfolgs der Unterschriftenaktion den Vorwurf des Illusionisten gefallen lassen. Trotzdem: Auch wenn sich die SPD der Mediengesellschaft nicht entziehen kann, muss sie als große Volkspartei das Risiko wagen und die Diskussion über den besten Weg in den eigenen Reihen führen.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Gerechtigkeit und Verantwortung

Unterstützung ist dagegen aus der Zivilgesellschaft zu erwarten. Denn wie sich an vielen Initiativen, im dritten Sektor der gemeinnützigen Unternehmen oder in der Selbsthilfe ablesen läßt, haben die Menschen längst begriffen, dass sie mehr in die eigene Hand nehmen müssen. Hier wird mancherorts selbst der von den Modernisierern gepriesene „aktivierende Staat“ als Bevormundung begriffen. Dass das einmal Erreichte wieder neu erkämpft werden muss, der Weg zum Fortschritt durchaus mit Rückschlägen verbunden sein kann und die soziale Demokratie neu gestaltet werden muss, braucht die SPD nicht zu fürchten, wenn sie das Bündnis mit jenen Selbstorganisierten sucht, für die „Eigenverantwortung“ schon vor 20 und mehr Jahren kein Fremdwort war. Wirtschaftlichkeit und Profitdenken ist hier nicht das alles beherrschende Prinzip, auch wenn Gemeinnützigkeit nicht immer uneigennützig praktiziert wird. Dafür ist es notwendig, am Chor der in Berlin angesiedelten Interessenverbände vorbei den Dialog mit den Menschen zu organisieren. Nicht wer ohnehin schon viel zu sagen hat, muss eine weitere Plattform erhalten, sondern diejenigen, die gewöhnlich außen vorbleiben, müssen eine Stimme erhalten.

Gerechtigkeit darf als ureigenes Thema der SPD nicht auf der Strecke bleiben und muss in Zusammenarbeit mit den auf Selbsthilfe setzenden Kräften neu definiert werden. Die größte Gefahr droht hier von der mangelnden Empfindsamkeit der politischen Entscheidungsträger in der SPD, von denen die Mehrzahl nie die Erfahrung eines drohenden Arbeitsplatzverlustes machen musste. Statt Schutzmacht der kleinen Leute zu sein, gebärdet sich die SPD allzu oft als Schutzmacht der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Beides reicht heute nicht mehr aus: Soziale Gerechtigkeit erfordert die Einbeziehung aller in soziale Systeme, die die Existenz bei Krankheit, Invalidität und im Alter sichern helfen. Ausgestattet mit der bestmöglichen Ausbildung muss dann jeder mehr als nur eine realistische Chance erhalten, sein Leben selbst in die Hand nehmen zu können.

Die Gerechtigkeitsdebatte darf sich nicht in einer Steuerdiskussion erschöpfen, auch wenn es hier viel zu tun gibt. Wer die Diskussionsbeiträge zur sozialen Gerechtig-

Das eigene Haus zunächst einmal zu entkernen, um es dann neu zu errichten, fordert einen zu hohen Preis für die notwendigen Innovationen.

keit verfolgt, wird nicht um die Feststellung umhin können, dass die Bürgerinnen und Bürger erst wieder vom Wert einer solidarischen Gesellschaft überzeugt werden müssen. Das ist schwierig angesichts des vorherrschenden Diskurses, der von den Themen Individualisierung, Ökonomisierung und Besitzstandswahrung geprägt ist. Zudem stecken in der Gerechtigkeitsdebatte Gefahren, denn die Konservativen wissen nur allzu gut, sie als Sozialneid-Kampagne zu brandmarken. Dabei sind sie selbst Meister darin, bei den Wenig-Habenden Sozialneid zu entfachen auf jene, die noch weniger haben: Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber ...

Nicht ohne Geschick haben die Modernisierer in der SPD ihre Veränderungskampagne aufgezogen. Der „dritte Weg“ wurde aus den USA importiert, aber nicht im Direktimport, sondern über Grossbritannien und damit bereits europäisiert. Einiges blieb bei dem Transport nach

Bei Gerhard Schröder fällt einem die Vorstellung eines „Sich selbst in die Pflicht nehmen“ schwer.

Deutschland allerdings auf der Strecke, wie der Kommunitarismus, der den einzelnen für die Gemeinschaft wieder in die Pflicht nehmen will. Bei Tony Blair kann man sich diesen Kommunitarismus noch vor-

stellen: Der Mann nimmt sich selbst in die Pflicht und verlangt das auch von seinen Mitbürgern, selbst religiöser Eifer scheint ihm nicht fremd. Bei Gerhard Schröder fällt einem die Vorstellung eines solchen „Sich selbst in die Pflicht nehmen“ allerdings schwer. Bei ihm muss als Konzeuge für die Notwendigkeit von Veränderungen in einer sich wandelnden Welt oft Willy Brandt herhalten. Bei dem ließe sich nachforschen, was „Compassion“ bedeutet, denn allzu hartherzig erscheint vielen der von den Modernisierern propagierte Weg in die globalisierte Welt. Hier liegt eine bis-

lang wenig genutzte Chance für den verständigungsbereiten politischen Diskurs.

Auch wenn die Bürger von den Parteien inzwischen wenig halten: Sie bilden immer noch wichtige, ja unersetzliche Strukturen der politischen Willensbildung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Noch nehmen hierzulande erstaunlich viele Menschen an Wahlen teil, nicht zuletzt deshalb, weil unermüdliche Aktivisten vor einer Wahl den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Die Parteien abzuschreiben, wie dies in manchen Teilen der Medien geschieht, ist unverantwortlich. Sie zurückzustutzen auf „Mitwirkende“ an der politischen Willensbildung, ist dagegen berechtigt. Sie als Orte der Diskussion, der Austragung von Meinungsverschiedenheiten und des Suchens nach einem tragfähigen Konsens für politisches Handeln zu vernachlässigen, ist ungerechtfertigt. Am allerwenigsten kann sich dies – trotz aller damit verbundenen Risiken – die politische Linke leisten, wenn sie einen tragfähigen Konsens von „Modernisierern“ und „Traditionalisten“ für künftige Regierungsarbeit finden will. Sie sollte nicht zu leichtfertig über „Inszenierungen“ des politischen Diskurses reden oder gar überschlau mit allen Tricks und Finten die Instrumente der persuasiven Kommunikation zu nutzen versuchen, sondern in glaubwürdigem Diskurs um die bestmögliche Lösung ringeln. Dafür ist es auch ein Jahr nach dem Regierungswechsel noch nicht zu spät.

spw

Literatur

- Jung, Matthias / Roth, Dieter (1998): Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 52, S. 3-18
 Lafontaine, Oskar / Müller, Christa (1998) *Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle*, Bonn
 Lafontaine, Oskar (1999): *Das Herz schlägt links*. München
 Hombach, Bodo (1998): *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte*, München

Die Transformation des Politischen?

... und der Ort politischen Handelns

von Reinhold Rünker*

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland befindet sich seit einer Dekade in unverkennbarer Bewegung. Der gesellschaftspolitische Impuls der 60er Jahre (symbolisiert durch die „68er“), der zunächst in sozialliberaler Reformpolitik sowie einer Ausweitung und Differenzierung sich als fortschrittlich verstehender Gruppierungen in der Zivilgesellschaft dokumentierte wurde, war in den 80er Jahren mit einer stärker werdenden Gegenbewegung konfrontiert. Die Jahre 1989/1990

markieren nicht nur das Ende des politischen Systemgesamtsatzes, sondern die beginnende Dominanz kapitalistischer Denkweisen nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für gesellschaftliche Prozesse. Die Entwicklung der Massenproteste der DDR-Bürger vom Herbst 1989 bis zum Sommer 1990 kennzeichnet gewissermaßen die Überführung eines aufklärerischen Aktes der Selbstbefreiung, wie er sich im Sturz des politischen Systems der DDR ausdrückte, zum offensiven und massenhaften Verzicht auf jedwede politische Gestaltung, die sich in Slogans wie „Helmut (Kohl) nimm uns an die Hand, führe uns ins Wirtschaftswunderland“ ausdrückten.

Dieser Bruchpunkt in der Entwicklung des politischen Systems zeigte sich auch in der Niederlage des Modells des sozialökologischen Umbaus, mit dem das Berliner Grundsatzzprogramm der SPD sich auf der Höhe der Zeit wähnte. Das Eingeständnis im Bundestagswahlkampf 1990, dass nicht allein die Freisetzung kapitalistischer Marktkräfte „blühende Landschaften“ hervorbringen würde, sondern erhebliche finanzielle Transfers erforderlich seien, die gesellschaftlich vermittelt und somit konflikttaft organisiert werden müssten, war eine der wesentlichen Ursachen für die Wahlniederlage der Sozialdemokratie – schließlich auch die Niederlage der dem Berliner Grundsatzzprogramm zugrundeliegenden Vorstellung einer gesellschaftlichen Demokratisierung. Fortan wurde die Dominanz kapitalistischer Denkweisen nicht nur für wirtschaftliche, sondern

* Reinhold Rünker, Historiker, Mitglied der spw-Redaktion, führt z. Z. die Geschäfte der Jusos NRW und lebt in Leichlingen.

auch für gesellschaftliche Prozesse auch in der SPD mehr und mehr akzeptiert.

Diese Akzeptanz des Profitdenkens, dass allein in der Konkurrenz der Motor gesellschaftlichen Werdens und Verteilungsgerechtigkeit zu finden sei, kennzeichnet seitdem den gedanklichen Mainstream dieser Republik. Dies äußert sich bei „Wohlmeinenden“ dann häufig in einem Achselzucken des „leider geht es ja nicht anders“, mit dem sie angenommenen gesellschaftlichen Zwänge solange entschuldigt, bis sie sie selbst vollständig antizipieren und somit überhaupt nicht mehr in Frage stellen werden. Zuguterletzt mündet diese Antizipation im Zynismus über Elche durch diejenigen, die früher selber welche waren. Politik ist eben kein „herrschaftsfreier Diskurs“.

Die Wahlen von 1998 – Der Beginn einer parteipolitischen Zäsur?

Dass das „System Kohl“, verstanden sowohl als gesellschaftlicher und parteilicher Politiktyp des „Durchwurschtelns“ mittels des Knüpfens eines engen Netzes von oftmals paternalistischen Strukturen, am Ende sein würde, war den meisten politischen Beobachtern im Sommer 1998 klar. Der im Vergleich zum Thatcherismus oder den Reaganomics „milde“ Konservatismus der 80er-Jahre-„Wende-Politiker“ Kohl, Blüm & Co. hatte weder die Kraft zu neuen politisch-inhaltlichen Impulsen, noch den Mut, ihre Geschäfte frühzeitig einer neuen, möglicherweise aggressiveren Generation in die Hände zu legen. Die CDU hätte auch im Falle eines Wahlsieges eine grundlegende Renovierung ihres politischen Apparates vornehmen müssen, wenn dann auch nur langsam Schritt für Schritt sowie ausgestattet mit den Insignien der Macht im Staate.

Für die SPD war hingegen klar, dass sie ein „weiter-so“ ihrer bislang betriebenen Oppositionspolitik kaum würde durchhalten können, sollte sie den Griff zur Macht erneut verfehlen: zu groß waren die finanziellen und innerparteilichen Anstrengungen, als dass eine Wahlniederlage folgenlos hätte bleiben können. Und die tatsächlich eingetretene Praxis der Regierungsübernahme hat schonungslos aufgezeigt, dass die in Zeiten der Opposition entwickelten Konzepte und Handlungsmuster wenig für den politischen Alltag einer Regierungspartei taugen.

Hinzu kam, dass sich im Parteiensegment jenseits der „0,-Parteien“ Veränderungen bzw. Stabilisierung von Entwicklungen abzeichneten, die Anfang der 90er mit Übernahme der DDR begonnen hatten: die zu einer reinen Funktionspartei verkommene FDP hatte mehr und mehr ihre liberalen Tradition jenseits eines reißerischen Markt-fundamentalismus aufgegeben und kämpft allerorten um das parlamentarische Überleben.

Bündnis 90/Die Grünen konnten den Bedeutungsverlust bzw. das Verschwinden sozialer Bewegungen als ihres wesentlichen personellen und inhaltlichen Nährbodens kaum kompensieren, Impulse aus der Bürgerrechtsbewegung der untergegangenen DDR blieben ohne gesellschaftliche Verankerung. Ehedem sich als links oder sogar explizit sozialistisch verstehende Akteure werden zunehmend marginalisiert oder grenzen sich selbst aus politischen Prozessen aus, während die von der FDP „freigewordene“ liberale ideologische Strömung mehr und mehr Anknüpfungspunkte findet und in diesem Zuge auch für eine steigende Akzeptanz marktwirtschaftlicher Lösungsansätze sorgt.

Eigentlicher Gewinner in der Verschiebung der parteipolitischen Konstellation ist die PDS, die Anfang der 90er noch als Nachfolgepartei der SED als aussterbende Organisation ewiggestriger gehandelt wurde; seit Mitte der 90er

Foto: Christian Kiel (Berlin)



etabliert sie sich als Regionalpartei Ostdeutschlands. Heute ist sie, auch dank rot-grüner Regierungskunst, auf dem Weg, in Westdeutschland den qualitativen Sprung vom linken Splitter- und Spinnersammelbecken zu einer ernstzunehmenden politischen Formation zu nehmen.

Nicht zu vernachlässigen sind die rechtsextremistischen und faschistoiden Parteien und Organisationen, die zwar keineswegs den von vielen Linken Anfang der 90er nach der Vereinigungseuphorie befürchteten Aufschwung genommen haben. Dennoch muss festgestellt werden, dass trotz allem offensichtlichen parlamentarischen Scheitern ihrer politischen Akteure eine politikrelevante Zahl von WählerInnen und UnterstützerInnen für rassistische, nationalistische und wohlstandschauvinistische Ziele zu mobilisieren ist.

Dimensionen der Veränderungen im Politischen System

Die Parteienkonstellation befindet sich also in einem signifikanten Veränderungsprozess. Dieser „kollidiert“ mit einer Strukturveränderung des Politischen Systems, die mehrere Dimensionen hat:

- (1) *im Verhältnis von politischem System im verengten Sinne (reduziert auf die Interaktion zwischen Parteien, Parlamentarismus und außerparlamentarischen Akteuren) zum ökonomischen System des „modernen Kapitalismus“:* die Konsensorientierung des rheinischen Kapitalismus (als nationaler/regionaler Korporatismus) ist in einem Diskurs des globalen Wettbewerbs mit globalen Akteuren nicht umsetzbar. Politisches Handeln hat sich dem Diktum unterzuordnen, das durch die Verwertungslogik bestimmt wird. In so weit sind die Handlungsmöglichkeiten von Parteien, Parlamenten und auch außerparlamentarischen Akteuren eingeschränkt, da die Berechtigung ihres Handelns an diesem Diktum gemessen wird;
- (2) *im Verhältnis des politischen Systems im weiteren Sinne (bezogen auf die Beziehung zwischen parlamentarischem System, ökonomischen System und zivilgesellschaftlich-kulturellen Strukturen) zu seinen Subjekten und Objekten:* Politik wird nicht als gemeinschaftliches Handeln wahrgenommen, sondern ist den Prinzipien der Warengesellschaft

Die Jahre 1989/1990 markieren auch die beginnende Dominanz kapitalistischer Denkweisen nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für gesellschaftliche Prozesse.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



unterworfen. Die Akteure von Politik erscheinen als Anbieter und Nachfrager einer Ware „Politik“. Die kapitalistische Landnahme hat längst auch diejenigen zivilgesellschaftliche Strukturen durchdrungen, die in der Vergangenheit als widerständig galten.

(3) *Schließlich im Verständnis des Politischen Systems als spezifische Form der Herrschaft, der Klassenbeziehungen und des Klassenbewusstseins.* Politisches Handeln scheint von Gruppeninteressen enthoben zu sein. Über Klasseninteressen oder ganz zu schweigen von einem Klassenbewusstsein will kaum jemand noch wirklich reden. Das parlamentarische System erscheint nicht als spezifische Herrschaftsform einer historischen Epoche des asymmetrischen

Klassenkompromisses diskutierbar, sondern wird als einzig denkbare politische Regierungsform dargestellt.

Im Folgenden will ich dazu einige Thesen formulieren, die sicher sowohl überspitzt und empirisch nicht im Einzelnen belegt sind. Aber vielleicht können sie dazu beitragen, jenseits der Klage, dass die aktuelle Politik nicht das bewegt, was wir von ihr erhoffen, Ansatzpunkte für eigenes politisches Handeln einzuordnen und Bewegungsfreiheit wiederzufinden.

Charakteristisch für den Kapitalismus unserer Tage ist, dass das kapitalistische Konkurrenz- und Profitprinzip alle Lebensbereiche durchdringt. Auch Politik wird zur Ware.

Charakteristisch für den modernen Kapitalismus unserer Tage ist, dass das kapitalistische Konkurrenz- und Profitprinzip (weitgehend) alle Lebensbereiche durchdringt. Auch Politik wird zur Ware.

Das politische System und der moderne Kapitalismus

„Der entfesselte Kapitalismus verdampft alle Traditionen, die sowohl den Konservativen als auch der klassisch reformistischen Sozialdemokratie heilig sind. Insbesondere den beiden großen Volksparteien wird durch die Dynamik des Kapitalismus die Klassenbasis unter den Füßen weg geschlagen und ihrer jeweiligen Politik das Wasser abgegraben.“ (Mikfeld/Westphal 1999, S. 23)

Stützen sich die Parteien zunächst vornehmlich auf bestimmte Stellung ihrer Anhänger im gesellschaftlichen Produktionsprozess, vorhandene religiöse oder sonstige wertbezogene Grundüberzeugungen, waren schon mit Bildung des Parteitypes der „Volkspartei“ die Weichen dafür gestellt, dass sich die Parteien im Spektrum ihrer Kernbotschaften einander angleichen, wohingegen sich ihre Mitgliedschaften und Anhänger differenzierten. Andockpunkte für Zustimmung oder Ablehnung wurden weniger vergemeinschaftete Bekenntnisse und Erwartungen, als vielmehr der Wunsch, dass individuelle Interessen bedient

werden würden. Diese individuell empfundenen Interessen setzen die Parteien kaum zu konkreten gesellschaftlichen Bindungen in Beziehung, sondern verallgemeinern sie entweder als Meta-Interessen oder denunzieren sie als Partialinteressen. Die politische Bezugnahme auf Interessen reduziert sich so zu einem „man hat sie oder hat sie nicht“ oder wird in einen metaphysischen Status gehoben: Interessen, die sich aus dem Wirtschaftsstandort in Zeiten der Globalisierung ergeben zum Beispiel.

Politisches Handeln wird also seines gesellschaftlichen Charakters entkleidet, dient scheinbar „objektiven Interessen“, folgt „Sachzwängen“ und ist zumeist „alternativlos“. Der Spardiskurs, der von rot-grün von der Vorgängerregierung übernommen wurde, findet sich hier ebenso ein wie die Ablehnung der EU-Altautoverordnung, die zum Schaden für Arbeitsplätze hochstilisiert wird, weil sie den Interessen der Industrie schadet (die als sakrosant erscheinen). Konsequenz ist dann auch die Aufforderung der Parteiführungen an ihre jeweiligen Mitglieder (insbesondere natürlich an die Funktionäre) zur Geschlossenheit.

Die Entscheidung darüber, welches Thema gesetzt wird, wird im Lichte des „Meinungsmarktes“ getroffen, den die Demoskopie, die Kommentare und Berichterstattungen der großen Zeitungen und Medienanstalten bildet. Politische Themen, Meinungen, Positionen und Personen unterliegen so den Marktgesetzen wie die Werbung für alltägliche Produkte.

Politische Subjekte und Objekte

Insofern verliert die Politik ihre handelnden Subjekte. Die Vorstellung, dass Politik seit der Aufklärung immer eine Politik der Massen – oder zumindestens mit ihnen – sei, war schon kaum jemals tragfähig. Unabhängig davon, dass Politik sich in (im Idealfalle freien, gleichen und geheimen) Wahlen demokratisch legitimiert, stellt Politik sich zumindest in den zurückliegenden Jahrzehnten als ein über verschiedenste Medien und Instanzen vermittelte Form des Interessenausgleiches dar (wenn auch asymmetrisch im Verhältnis zwischen „arm“ und „reich“, „ohnmächtigen“ und „mächtigen, etc.).

Die „Masse“ war als Gemeinschaft von Parteigängern, Anhänger von gesellschaftlichen Großorganisationen (Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Interessensverbänden wie ADAC oder BUND, etc.), sozialen Bewegungen immer auch insofern Subjekt, als dass sie in der Lage waren, durch spezifische Formen der Artikulation ihre gegensätzlichen (oder zustimmenden) Formen zur vorherrschenden Politik darzustellen. Aufmärsche, Demonstrationen, Konferenzen, Happenings oder Petitionen und Unterschriftensammlungen – diese Artikulationsformen von „politischer Masse“ wirken unzeitgemäß, auch wenn die Unterschriften-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft der CDU ein Gegenbeispiel zu sein scheint. Diese Kampagne hatte m. E. aber nicht deshalb Erfolg, weil sie sich des Mediums der massenhaften Unterschriftensammlung bediente, sondern weil sie weit verbreitete Vorurteile aufnahm, sich dabei nicht nur der Untersützung bedeutender Medien sicher sein konnte, sondern vor allem sich die eigene Unsicherheit derjenigen zunutze machte, die nur halbherzig mit dem Konzept einer doppelten Staatsbürgerschaft angetreten waren. Der Erfolg der CDU-Kampagne lag weitgehend in der Inkonsequenz und schließlich auch mangelhafter medialer Inszenierung der Kampagne für die doppelte Staatsbürgerschaft.

Aber dennoch verliert Politik heute keineswegs seine Akteure. Und die Annahme, diejenigen, die in „politischen Ämtern“ agieren, wären lediglich bezahlte Agenten des Kapitals, dürfte kaum taugen. Wirklichkeit ist niemals so

schlicht – auch wenn immer mal wieder jemand bemerkt, dass die heutige Realität an platte Interpretationen der SMK-Theorie heranreicht, wenn der Anruf eines Konzernchefs genügt, um den Bundeskanzler auf Linie zu bringen.

Parteien bieten weiterhin überwiegend die personelle und programmatische Ressource für die politische Elite. Daran ändert auch nicht, dass „SeiteneinsteigerInnen“ zunächst als qualifizierter erscheinen als solche Personen, die sich ihre Qualifikation für ein Amt in aktiver Parteiarbeit erarbeitet haben. Parteivorstände oder gar andere Gremien sind dennoch nicht Orte, in denen Politik entwickelt wird, sondern haben bestenfalls einen legitimatorischen Charakter, indem sie die politische Elite dazu bemächtigen, im Namen einer anonym bleibenden Masse zu handeln. Wichtiger – bezogen auf die Frage von Umsetzung – als diese Gremien sind deshalb die Netzwerke von Personen, die selbst über materielle und personelle Ressourcen verfügen können.

Die Transformation des politischen Systems?

Weiter oben habe ich davon gesprochen, dass die Entwicklung der Parteienlandschaft mit einer Strukturveränderung des Politischen Systems kollidiert: es laufen eben nicht zwei entsprechende und korrespondierende Bewegungen ab. Es scheint mir weder ausgemacht, dass sich bereits jetzt eine klarer konturierte veränderte Parteienlandschaft, noch gar ein kohärentes politisches System herausgebildet hätte. Zuviel ist wohl noch im Fluss, sowohl bezogen auf die inhaltlichen Strömungen in den Parteien einerseits als auch in Bezug auf die Methoden des Politischen andererseits.

Benjamin Mikfeld und Thomas Westphal haben bezogen auf die gesellschaftliche Modernität von Parteien von der Fähigkeit gesprochen, „grundlegende Wandlungen in der Produktivkraftentwicklung, in den industriellen Beziehungen und in den menschlichen Wertvorstellungen und Alltagsbeziehungen politisch wertorientiert zu gestalten, um jeweils neue gesellschaftliche Intergationsleistungen vollbringen zu können“ (Mikfeld/Westphal 1999, S. 23). Damit verweisen sie m. E. aber nur auf eine Dimension von Modernität, nämlich die der gesellschaftlichen Konstituierung. Eine weitere Dimension wäre die der individuellen Verortung, nämlich die Frage, welchen Möglichkeiten und Aufgaben, Heraus- und Anforderungen der/die Einzelne sich gegenüber sieht und die er/sie gewillt ist anzunehmen.

Für die Linke ist es wichtig, sich einen „Ort“, eine Stellung im Politischen System zu erarbeiten, in der eine Form des politischen Handelns möglich bleibt, die die individuelle Komponente mit der gesellschaftlichen verknüpft. Jürgen Seifert erinnert in einer kritischen Auswertung der SPD-Bundestagswahlkampagne an einen Politikbegriff, der auf gemeinsamem Handeln beruht, und verweist in Anlehnung an Hannah Arendt auf drei hierfür konstituierende Elemente:

„Erstens auf der Freiheit des Anfangenkönnens (und eines steten Neubeginns), zweitens auf einer Gleichberechtigung im Zustandekommen, im Recht auf Rede und in den gleichen Chancen, gemeinsam zu handeln, und drittens auf dem gemeinsamen Versuch, politische Veränderungen durchzusetzen.“ (Seifert 1999, S. 95)

Eine solche Auffassung von politischem Handeln steht in der aufklärerischen Tradition der Moderne, die den Menschen selbst zum Akteur geschichtlichen Handelns macht. Wer heute noch an einer derartigen politischen Auffassung festhalten will, die sich jenseits der Prinzipien des Profitdenkens artikuliert, ist deshalb gut beraten, dies *nicht allein* im Blick auf die vorhandenen politischen Formationen zu tun: es macht wenig Sinn sich darauf zu konzentrieren, als

„falsch“ erkanntes politisches Verhalten zu „entlarven“ und „richtiges“ Verhalten dem entgegenzusetzen (auch wenn derart exemplarisches Handelns zuweilen seinen Berechtigung haben mag). Ein Verständnis der veränderten politischen Bedingungen wiederum läßt sich nicht gewinnen, wenn man sich darauf beschränkt, sich in den Elfenbeinturm der Theoriearbeit zurückzuziehen (dort wird stattdessen allzu oft „falsches Verhalten entlarvt“ und richtiges anempfohlen), sondern nur in der Praxis der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang an einen Beitrag, den Uwe Kremer vor bald zehn Jahren unter dem Eindruck des Zerfalls linker Milieus und Gruppierungen geschrieben hat:

„Die sozialistische Bewegung befindet sich faktisch in einer Situation, in der das *Zirkelwesen* und die *Interessenvertretung* Vorrang vor irgendwelchen Massenbewegungen, Parteaufbauaktionen oder Parteiveränderungsstrategien genießen müssen. (...) Es ist dabei einerlei, in welchem organisatorischen Rahmen diese (...) *Zirkel* stehen, Hauptsache sie sind offen für jeweils andere Teile der örtlichen oder fachlichen *sozialistischen Bewegung*. Mit *Interessenvertretung* meine ich andererseits das mühsame (...) Geschäft, Strukturen an Schulen und Hochschulen, Betrieben und Verwaltungen, in den Stadt- und Orsteilen zu erhalten oder neu zu schaffen, weil ohne diese Tätigkeit der Bezug nach außen und zu künftigen Bewegungen verloren gehen würde.“ (Kremer 1990, S. 34).

Neben den von Uwe Kremer genannten Zirkeln und Interessenvertretungen werden das sicher auch die Parteien als Auseinandersetzungsorte sein, in denen sich Linke bewegen. Aber wir sollten davon Abstand nehmen, sie zu etwas modeln zu wollen, was sie nicht sind oder sein wollen. Parteien sind Plattformen für die Artikulation von Interessen, organisatorische Möglichkeiten für die Planung und Durchführung von Kampagnen. Die Mitgliedschaft in Parteigremien ist weiterhin wichtig, um selbst entweder eigenes Handeln legitimieren zu können oder zur Delegitimation Anderer beizutragen.

Das, was wir aus dieser Dekade in die nächste ebenfalls mitnehmen, sollte deshalb nochmal ein gehöriges Maß an Nüchternheit darüber sein, dass es so etwas wie eine „natürliche Heimat“ für die sozialistische Linke in der gegenwärtigen Parteienlandschaft nicht gibt – und vielleicht auch gar nicht geben muss, weil diese Parteien ohnehin nicht mehr die Relevanz für das politische System besitzt, wie wir einmal gedacht haben.

spw

Die Vorstellung, dass Politik seit der Aufklärung immer eine Politik der Massen – oder zumindestens mit ihnen – sei, war kaum jemals tragfähig.

Literatur

Erich Hahn, Ideologien am Ende eines Jahrzehnts, in: „Z.“ Nr. 37, März 1999, S. 107-117
 Sebastian Herkommer, Ideologie und Ideologien im nachideologischen Zeitalter, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/99, Hamburg 1999
 Uwe Kremer, Das Ende von '17- das Erbe von '68, in: spw 6/90, S.- 27-34
 Matthias Machnig, Ende des Modells Deutschland – am Beginn eines neuen Politik-und Hegemoniezyklus, in: spw 5/92, S. 18-23
 Thomas Meyer/Klaus-Jürgen Scherer/Christoph Zöpel, Parteien in der Defensive?, Köln 1994
 Benjamin Mikfeld/Thomas Westphal: Die neue Mitte im Hochgeschwindigkeitsleerlauf, in: spw 2/99, S. 22-27
 Jürgen Seifert, Von konsumierbarer Politik zum politischen Wahlakt des Bürgers. Politisches Marketing und anti-ideologisches Charisma 1998, in Locomer Initiative (Hrsg.), Kritische Interventionen 3: Die Illusion der neuen Freiheit, S. 89-99, Hannover 1999



Für eine Soziale Republik Europa und internationale Solidarität

Die sozialistische und sozialdemokratische Linke organisiert sich europäisch

vom „Verein Soziale Republik Europa“

Der folgende Text ist ein längerer Auszug aus dem Gründungsmanifest des Vereins „Soziale Republik Europa“, der von europäischen sozialdemokratischen und sozialistischen Linken am 07.11.99 in Paris gegründet wurde. Siehe dazu den Bericht von Burkhard Winsemann in diesem Heft. Die vollständige Fassung ist auf der Internetseite der spw verfügbar, <http://www.spw.de>

Die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung in der ganzen Welt befindet sich in einer widersprüchlichen Situation.

Einerseits waren wir niemals so stark wie heute – unsere Internationale umfaßt heute 130 Parteien auf allen Kontinenten. Eine wachsende Zahl von Staaten werden von Regierungen aus unseren Reihen angeführt. Unter ihnen befinden sich viele der am meisten entwickelten Länder, so in Europa, wo 11 von 15 Ländern von Sozialisten und Sozialdemokraten angeführt werden.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks gibt es keine Konkurrenz, die vorgeben könnte, die Hoffnung auf sozialen Fortschritt zu verkörpern, und der Sozialismus muß nicht mehr an seiner Karikatur leiden.

Andererseits müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass zur gleichen Zeit die Welt den neoliberalen Normen angepaßt wird, die die sozialen Erfolge in Frage stellen. Die sozialistische Bewegung erweist sich heute nicht in der Lage, diese Entwicklung zu stoppen, ja sie gerät sogar oft in Versuchung, auf ihre eigene Identität und Ziele zu verzichten, trotz der besonderen Erwartungen, die an sie gerichtet werden. Deshalb ist es dringend, unsere Bewegung programmatisch zu erneuern und ihr eine moderne Orientierung zu geben, um aus der Sackgasse herauszukommen. (...)

Wir betrachten es als unsere dringende Aufgabe, gemeinsam, organisiert, offen und demokratisch in unseren Parteien, miteinander und innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Europas und der Sozialistischen Internationale für einen neuen reformerischen Impuls in der europäischen und globalen Politik zu arbeiten.

Die Antwort auf den globalisierten Kapitalismus ist die Stärkung der europäischen und internationalen Demokratie und Kooperation und die Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaatsmodells mit seiner Fähigkeit zu ökonomischer Prosperität, ökologischer Nachhaltigkeit, wissenschaftlichem Fortschritt, sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung im Rahmen einer neuen Organisation der Erwerbsarbeit, die die Bedürfnisse der neuen Technologien und die heutigen Ansprüche von Männern und Frauen berücksichtigt.

Die europäische Sozialdemokratie hat die Chance und die Pflicht, Europa zu einem zivilen, demokratischen, sozialen und nachhaltigen Modell zu machen, denn das ist für uns eine moderne Welt. Die europäische Linke hat die Chance und die Pflicht, ich an die Spitze der Bewegung für ein solches Modell Europa zu stellen.

- Gegen Resignation und Defensive in unseren Parteien setzen wir die Aktualität des Erbes der französischen Revolution und der Arbeiterbewegung,
- gegen die Resignation setzen wir unseren Willen der Veränderung der Gesellschaft, der sich auch in sozialen Bewegungen widerspiegelt,
- gegen den Verlust politischer Kompetenz und Perspektive setzen wir den Dialog mit Wissenschaft, Gewerkschaften, Bewegungen und Kultur,
- gegen die Passivität und Schwäche der Politik setzen wir die Arbeit an Kampagnen und Initiativen für soziale Verbesserungen im europäischen Raum.

Die Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

1. Europäische Sozialdemokratie und Demokratischer Sozialismus

Die Vereinigung „Die soziale Republik Europa“ bietet ein offenes und demokratisches Forum der Diskussion und Kooperation der europäischen Linken in der Sozialdemokratie. Die Schaffung einer transnationalen politischen Öffentlichkeit durch die Nutzung des Internet, die Publikation einer gemeinsamen Zeitschrift und die Organisation gemeinsamer Foren, Kongresse und Seminare ist dabei die Voraussetzung der verstärkten Koordination der Parteilinken innerhalb der SPE im Sinne einer reformerischen Initiative.

Gleichzeitig treten wir für die demokratische Weiterentwicklung des Bezugsrahmens SPE ein. Nationale Delegiertenwahlen und verstärkte politische Debatte und programmatisches Profil innerhalb der SPE müssen die Legitimation und Verbindlichkeit der europäischen Sozialdemokratie stärken. Wir brauchen eine europäische Diskussion über die Zukunft des Demokratischen Sozialismus. (...)

Modernität bedeutet nicht, sich angeblich naturgesetzlichen Wirtschaftskräften anzuliefern. Sie ist eine gemeinschaftliche Konstruktion. Sie ist das Produkt einer auf demokratische Weise zum Ausdruck gebrachten Souveränität. Um diese Modernität zu schaffen, benötigt die Welt unserer Meinung nach Regeln, eine an die heutigen Bedingungen angepasste Steuerung. Und wir wollen eine vollständige Modernität. Modernität beschränkt sich nicht auf den wirtschaftlichen Bereich. Sie umfaßt auch politische, soziale und kulturelle Aspekte. Schließlich und vor allen Dingen wollen wir eine gemeinschaftliche Modernität. Modernität soll Gemeingut aller sein, nicht das Privileg einiger weniger. (...)

2. Modell Soziale Republik Europa

Wir arbeiten für die Weiterentwicklung der Europäischen Union zur Politischen Union einer Sozialen Republik Europas. Binnenmarkt und Währungsunion brauchen starke und demokratische politische Strukturen, um den Sozialstaat auf europäischer Ebene zu erhalten und zu modernisieren. Die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und die Verbesserung der Entscheidungsmöglichkeiten in der Union sind die Voraussetzung der Erweiterung der Gemeinschaft. Aber nicht nur Strukturformen der Institutionen sind wichtig. Europa braucht die politische Vision der sozialen Republik. (...)

Ein Modell Europa benötigt günstige internationale Rahmenbedingungen, wie es selbst zur Verbesserung der internationalen politischen Kooperation beitragen kann.

- Europa muß der Ausgangspunkt und Kern sein bei der Schaffung einer neuen stabilen Weltfinanzarchitektur, die spekulationsresistent und entwicklungsfördernd sein muß.
- Europa muß im Rahmen der WTO für gerechte Regeln sorgen, um einen internationalen Handel im Dienste der Konsumenten und Produzenten und nicht der großen transnationalen Unternehmen oder der Konzentration der finanziellen Kräfte zu schaffen. Europa muß dort für die Anerkennung der Normen der ILO, für multilaterale Umweltabkommen und Garantien für unterentwickelte Regionen und Länder eintreten.
- Europa muß die Reform der UNO und des Völkerrechtes vorantreiben, indem es mehr Anstrengungen für Menschenrechte, Konfliktprävention und Frieden im Rahmen einer wirklichen gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) unternimmt und eine zivile Alternative zum US-amerikanischen Unilateralismus entwickelt.

Der Daseinsgrund der sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung auf der ganzen Welt ist es, eine Alternative zum heutigen Kapitalismus zu entwickeln. (...)

Die neuen Wege des Sozialismus

1) Das 21. Jahrhundert als Jahrhundert der kollektiven Ansprüche!

Die urbanisierte Menschheit

Die Hälfte der Menschheit lebt heute in städtischen Zonen. Und die Stadtbevölkerung steigt immer noch zweieinhalb mal so schnell wie die Landbevölkerung an. Im Jahre 2030 werden die Stadtbewohner mehr als drei Viertel der Menschheit ausmachen.

Für die große Mehrzahl der Stadtbewohner bedeutet das Verelendung. Die Elendsviertel beherbergen 35% der gesamten Stadtbevölkerung des Erdballs. Aber die Urbanisierung verändert die Wahrnehmung der Menschen von Grund auf. Wenn sie auch eine häufig unerträgliche Anonymität mit sich bringt, so erleichtert sie es doch, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, in der das persönliche Wohlergehen wesentlich von den kollektiven Umständen der Existenz abhängt.

Die ökologischen Großstadtprobleme und die soziale Segregation nach Stadtteilen, die für moderne Städte so typisch ist, führt zu vergleichbarer Wahrnehmung der Probleme durch die Stadtbewohner auf der ganzen Welt. In unmittelbarer Zukunft werden die meisten städtischen Metropolen sich im Süden befinden und auf die gleichen Probleme der Kanalisation, der Abwasserentsorgung, der Müllbeseitigung, der Wasser- und Luftverschmutzung treffen, die auch schon die heutigen Metropolen quälen. Keines dieser Probleme kann dauerhaft anders gelöst werden, als durch die Initiative der Bürger, durch ihre demokratische Beteiligung und durch das Aufstellen von allgemeingültigen Regeln zum Wohle der Allgemeinheit, die man rechtlich gegen private Interessen verfechten kann. Die Urbanisierung der Welt liefert dem modernen Sozialismus die erweiterte soziale Basis seines Handelns und die Matrize neuer Bürgerinitiativen.

Ökologie und Sozialismus

Auf die gleiche Art und Weise ist die Ökologie zu einer Hauptsorge jedes einzelnen geworden, die das Gefühl der Interdependenz der Individuen gegenüber den Folgeerscheinungen der Wirtschaft noch verstärkt. Der Zusammenhang zwischen den nicht wiedergutzumachenden Umweltschäden und dem auf Profitmaximierung und kurzfristige Erträge ohne jede Rücksicht fokussierten Entwicklungsmodell ist leicht zu erkennen. Ein erweitertes soziales Bewußtsein resultiert ebenfalls daraus. *Es erhöht das Verlangen nach Regeln und Pflichten, die für einen jeden gelten. In diesem Sinne nährt sie das Verlangen nach Bürgerrechten. Sie weitet auch ihren Anwendungsbereich aus.* (...)

Es ist selbstverständlich, dass die Priorität des Allgemeinwohls sowohl auf planetarem als auch auf lokalem Niveau vertreten werden muß. *Was sich so verstärkt, ist ein Gefühl der kollektiven Aneignung des gemeinsamen Vermögens der Menschheit und ein Bewußtsein der geteilten Verantwortung. Dies ist ein wahrhaftig sozialistischer Gedanke.*

Allerdings beherrscht heute leider das neoliberale laiszer-faire die Bühne. Dort, wo die ökologische Krise kollek-

tives Handeln notwendig macht, antwortet der Kapitalismus mit seinen Waffen und Methoden: Markt über alles. (...).

Auf diesen Gebieten kann die ökologische Krise zu politischen Kontroversen mit den Neoliberalen führen. Die Dynamik der Forderung nach Bürgerrechten wird hier ebenso deutlich. Sie hängt direkt mit der Kritik des herrschenden ökonomischen Modells zusammen. So bestätigt sich, dass der ökologische Kampf eine neue Dimension darstellt, die der sozialistische Kampf aufgreifen muß.

2) Die Erneuerung des Sozialismus

Die internationale Sozialdemokratie wird ihren Weg, sich an die neue Welt anzupassen, nicht darin finden, ihre Ambitionen zurückzuschrauben. Im Gegenteil: sie muß den globalen Anforderungen gerecht werden, die ihr der Protest gegen die neue Ära des Kapitalismus auferlegt. Dann erst wird sie ihren Auftrag erfüllen, das Vertrauen der Mehrheit zu gewinnen. Sozialdemokratische Erneuerung besteht darin, eine Welt, die immer weniger modern ist, modern, das heißt neu, das heißt menschlich zu machen. Das sozialistische Ideal ist ebenso transnational wie der Kapitalismus. Die Globalisierung der Wirtschaft und des universellen Bewußtseins können ein Glücksfall für die

Menschheit sein, wenn der zeitgenössische Sozialismus in der Lage ist, ein progressives Modell vorzuschlagen.

Die geheimen Verhandlungen zur Vorbereitung dessen, was unter dem Namen des Multilateralen Investitionsabkommens eine wahrhaftige weltweite Wirtschaftsvereinbarung werden sollte, haben bewiesen, dass die Neoliberalen ein internationales Korsett wirklich anstreben. Das Fehlschlagen dieser Initiative wurde durch die Mobilisierung der bürgerrechtlichen Netze auf der ganzen Welt überhaupt erst möglich gemacht. Die Weigerung der linken französischen Regierung hat diesen Versuch zunichte gemacht. Jetzt ist es höchste Zeit, dass die Sozialistische Bewegung ihre eigenen Ziele auf diesem Gebiet definiert und dass sie sich nicht damit zufrieden gibt, die Maßnahmen, die sie vielleicht zu erleiden hat, zu denunzieren. (...)

3) Die Garantie der universellen Rechte zum Ziel erklären

Die sozialistische Bewegung muss deutlich machen, dass sie für universelle soziale Rechte eintritt. Halten wir uns an die Universelle Menschenrechtserklärung von 1948, wenn es dort heißt: „Jede Person hat das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, um seine Gesundheit, sein Wohlergehen und das seiner Familie, insbesondere die Ernährung, die Kleidung, den Wohnraum, die medizinische Versorgung sowie die notwendigen sozialen Einrichtungen zu sichern...“ (...)

Die sozialen Bedürfnisse waren noch niemals so wichtig wie heute, in der Zeit des sozialen Ausschlusses, der Zerstückelung der Nationen, der Verschlechterung der innerstädtischen Lebensverhältnisse und der Verschmutzung. Humanistische Antworten zwingen sich ganz von selbst als rationale Reaktionen auf die Herausforderungen unserer Zeit auf: Förderung der Kultur, der Bildung, der Kommunikation, Entwicklung und Demokratisierung der technologischen Errungenschaften der Neuzeit, der nachhaltigen ökologischen Entwicklung und des Einstiegs in das Solarzeitalter.

Am Vorabend des 21. Jahrhunderts wäre es archaisch, diese Lebensbereiche der Rentabilität und dem allmächtigen Markt anzuvertrauen. Ja es wäre eine Rückkehr in vergangene Zeiten, als die soziale Not keine andere Erlösung kannte, als die der Nächstenliebe. Brauchen die Armen, über medienwirksame weltweite Tage des Kampfes gegen Not und Ausschluß hinaus, nicht transnationale Mittel und Autoritäten, diese zu verteilen? Wie soll das denn erreicht werden, wenn man nicht die einzige internationale Organisation der Nationen, die UNO, mit einem unabhängigen Haushalt, das heißt mit eigenen Steuereinnahmen, ausstattet? Diese Aufgabe kann die Steuer auf Finanztransaktionen, die der Nobelpreisträger James Tobin vorgeschlagen hat, erfüllen, indem ihr Ertrag einem internationalen Entwicklungsfonds zugeführt wird.

Ein neues Entwicklungsmodell, um mit dem Produktivismus zu brechen

1) Sechs Milliarden Menschen

Die Überschreitung der sechs Milliarden Menschen und die Aussicht, in den nächsten fünfzig Jahren die neun Milliarden zu erreichen, machen tiefgreifende Veränderungen der Lebensart der Menschen, der Organisationsform der Gesellschaften und der Verhältnisse der Menschheit zu ihrem Lebensraum unumgänglich

Mehr Leute, das bedeutet mehr Interdependenz zwischen den Individuen, mehr Interaktivität zwischen den Ge-

antimilitarismus information

Das neue Themenheft

11/99

ami



Europäische Sicherheit



monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto). **Probeheft gratis**
 Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
 http://userpage.fu-berlin.de/~ami
 Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

48

spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 110, 1999

sellschaften wie auch zwischen ihnen und der gemeinsamen natürlichen Umwelt. Gegenüber sechs Milliarden Menschen sind das Produktionssystem und das Sozialsystem, in denen wir leben, Widersprüchen ungeahnter Schärfe ausgesetzt. Ein Beispiel: bei gleich bleibenden Bedingungen würde eine Verallgemeinerung des Lebensstandards der westlichen Welt eine derartige Wasser- und Luftverschmutzung hervorrufen, dass menschliches Leben schlicht und einfach unmöglich wäre. Das ist die physische Grenze der derzeitigen Produktionsweise. Sie ist schon greifbar nahe. Hier fließen die ökologische und die soziale Frage ineinander, um nur noch ein einziges Problem zu formen. In der Tat ist die Produktionsweise ihr gemeinsamer Nenner.

2) Drei Grundsätze für ein neues Modell

Dieser Herausforderung muß die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung mit Vorschlägen von Grundsätzen zur Schaffung eines in sich schlüssigen alternativen Modells um drei moderne Gedanken antworten: die gemeinsame Entwicklung, die humane Entwicklung, die dauerhafte Entwicklung, wie sie die sozialistische Bewegung formulieren kann.

(a) Die gemeinsame Entwicklung

Die gemeinsame Entwicklung nimmt die Interdependenz der Völker gegenüber den Herausforderungen der für alle zerstörerischen Folgen der sozialen Unterentwicklung, der Zerstörung der natürlichen Umwelt, des Mangels an Demokratie innerhalb mancher Nationen und zwischen den Nationen zur Kenntnis. Sie antwortet darauf durch *Normen zur Organisation des Handels*, die die Ungleichheit der terms of trade ausgleichen, die Regeln zur Bekämpfung des sozialen Dumpings und des Menschenhandels aufstellen, die Technologietransfers und den freien Zugang zur Benutzung des wissenschaftlichen und technologischen Wissens organisieren. Sie steuert die Ströme der Auswanderer unter Berücksichtigung der Menschenwürde, des Verlustes, den die Auswanderung für das Herkunftsland darstellt, und der für die gegenseitige Bereicherung der Gesellschaften notwendigen Mobilität der Personen.

Auf politischer Ebene spricht die Logik der gemeinsamen Entwicklung für die *Schaffung regionaler wirtschaftlicher Gemeinschaften mit demokratischen politischen Institutionen*, die den Völkern erlauben, auf die sie betreffenden Entscheidungen auf dem passenden Niveau Einfluß zu nehmen. Das erdrückende Kräfteverhältnis, das derzeit dem von der Supermacht der Vereinigten Staaten getragenen Entwicklungsmodell alle Rechte einräumt, muß ersetzt werden durch einen ausgeglichener internationalen Dialog mit international geltenden Normen, die sich auf nach und nach erweiterte Bereiche beziehen. Der Unilateralismus muß ersetzt werden durch eine multipolare Ordnung.

(b) Die menschliche Entwicklung

Das Modell der menschlichen Entwicklung geht von einer Steuerung der Gesellschaft *entsprechend der menschlichen Bedürfnisse und ihrer Umwandlung in Ziele sozialer Entwicklung* aus. Es bekommt eigene Instrumente zur Beurteilung der Ergebnisse nach seinen eigenen Kriterien und wird ökonomische Indikatoren nur in soweit berücksichtigen, als sie tatsächlich zur sozialen Entwicklung beitragen. Das ist die Methode, die das Programm der Vereinten Nationen für die Entwicklung vorschlägt und nach der es seit mehr als zehn Jahren einen „Indikator für die menschliche Entwicklung“ ermittelt. So kann man huma-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



ne quantifizierbare Ziele in das Zentrum der Aktion der Regierungen setzen und eine Beurteilung der Ergebnisse und der Wahl der Prioritäten allen Bürgern zugänglich machen. In dieser Logik geht man in die Richtung, „mehr Demokratie zu wagen“, in der die Einwohner ihre Bedürfnisse selbst erkennen und kontrollieren, ob und inwieweit diese erfüllt werden. Es darf keine Bereiche wie die Wirtschaft oder das Betriebsleben geben, in denen die Normen des Allgemeinwohls und der demokratischen Teilnahme nicht existieren.

(c) Die nachhaltige Entwicklung

Dieses Konzept als Regel des öffentlichen Handelns wurde zum erstenmal in das internationale Vokabular durch den Bericht unserer Genossin Gro-Harlen Bruntland eingeführt. Mit dem Prinzip der menschlichen Entwicklung gekoppelt lehrt es uns, *dass keine Produktionsweise von Dauer sein kann, wenn ihre Anwendung für die menschlichen Lebewesen oder ihre natürliche Umwelt eine mit ihrer langfristigen Entwicklung nicht verträgliche Belastung darstellt*. So eine Logik zieht das *Vorsichtsprinzip* nach sich, als Grundlage ihres Handelns im Bereich der Anwendung innovativer Technologien, den freien Zugang zu allen Informationen für die Bürger, die Existenz von Aufsichts- und Überwachungsorganen und die *freie Verbreitung der technologischen Entdeckungen*, um die Entnahme nicht erneuerbarer Stoffe aus der Natur zu begrenzen. Sie besagt auch, dass man Mittel einsetzen muß, um aus Produktionen mit für die menschliche Umwelt nicht rückgängig zu machenden Folgen, wie etwa die atomare Kernenergie, auszusteigen.

Ein globales Projekt

Gemeinsam erlauben diese drei Orientierungen die *Formulierung eines globalen Projektes sowie eine regionale und lokale Definition seiner Anwendung*. Sie setzen das Vorrecht eines *Allgemeinwohls* voraus. Dieses kann weder auf die Summe der Einzelinteressen noch auf ein demokratisches Abwiegen zwischen diesen als Quelle der Legitimation einer Regierungspolitik reduziert werden. Diese drei Orientierungen erlauben es, die Globalisierung der sozialen und der ökologischen Probleme der zeitgenössischen Welt sowie deren Interaktivität wahrzunehmen. Sie ermöglichen langfristiges Handeln und erklären den Menschen zum Subjekt seiner eigenen Geschichte. Sie schlagen die *Verfassung und Anwendung einer öffentlichen sozialen und ökologischen Ordnung* gegen die heute vorherrschende neoliberale Unordnung vor.(...)

spw

Modell München – Rot-Grün auf kommunaler Ebene

von Claudia Tausend*

Die Wahlen des letzten Jahr brachten für die SPD eine Serie kaum abreißender Wahlniederlagen. Einbrüchen bei den Landtagswahlen, beginnend mit der Hessenwahl im Februar, folgte das Schleifen der sozialdemokratischen Hochburgen in Nordrhein-Westfalen. Zu den wenigen Wahlsiegen, die die SPD in den letzten Monaten für sich verbuchen konnte, zählte die überzeugende Wiederwahl des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude am 13. Juni 1999. Mit einem Ergebnis von deutlich über 60 % legte er gegenüber 1993, als er sich zum ersten Mal zu Wahl stellte, um mehr als 10% zu. Diese Ausnahme vom bundespolitischen Trend rückt auch die Münchner Kommunalpolitik wieder stärker ins Interesse.

Nicht nur ein Erfolg der Person Ude

Den Erfolg allein auf die Person und politische Persönlichkeit Christian Udes, der gerne als Lichtgestalt bezeichnet wird, zurückzuführen, scheint als Erklärung zu einfach. Zumal auch sein Vorgänger Georg Kronawitter auf nicht weniger überzeugende Wahlsiege zurückblicken kann. Als Politikertypus ein „Mann der kleinen Leute“ und Repräsentant der klassischen Sozialdemokratie seiner Generation wies der Politikstil Kronawitters nur wenig Gemeinsamkeiten mit dem technokratisch-effizienten Politik-Management eines Christian Ude auf. Bestimmungsgründe und Erfolgskomponenten können also nicht alleine in der jeweiligen Persönlichkeit des Oberbürgermeisters gesucht werden, auch wenn diese eine notwendige Grundbedingung ist.

Mit dem Wahlerfolg des Oberbürgermeisters bestätigt wurde auch die Politik der rot-grünen Rathausregierung, die nach 9 gemeinsamen Jahren das älteste noch bestehende Reformbündnis der Republik bildet. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Erfolgsgeschichte muß den Akteuren auf beiden Seiten zugestanden werden: auch in München ist die Enkelgeneration nach langem Marsch in Politik und Verwaltung an die Macht gelangt und hat gemeinsam mit den Grünen der ersten Stunde die Nachkriegsgeneration ohne Brüche abgelöst. Die in Bonn/Berlin offensichtliche programmatische Orientierungslosigkeit, die viel zitierten handwerklichen Fehler, die offen zur Schau getragenen internen Macht- und Stellungskämpfe traten hier nicht zutage. Auch wurde der Versuchung widerstanden, den Generationswechsel allzu großartig zu inszenieren. Der tragende Personalkörper versteht sich mehr als funktionierender politischer Organismus, der eigene Profilierungsmöglichkeiten zugunsten einer gemeinsamen Zielsetzung nicht ausschöpft.

Die programmatischen Grundlagen der Rathauspolitik sind in einer Koalitionsvereinbarung niedergelegt, werden in beiden Parteien ernst genommen und mitgetragen. Abweichende Entscheidungen der Rathauskoalition wie etwa die kürzlich erfolgte Rechtsformänderung der Stadtwerke von einem Eigenbetrieb zu einer zu 100% städtischen GmbH bedürfen eines Parteitags. Die Münchner SPD versteht sich gerne als die „München Partei“, weniger weil sie in der Stadt über echte strukturelle Mehrheiten verfügt, auch wenn dies meist geschickt unterschlagen wird: die SPD hat im Rathaus genau so viele Sitze wie die CSU, das rot-grüne Bündnis regiert mit der denkbar knappsten Mehrheit von nur einer Stimme. Entscheidend für die Profilierung der Münchner SPD als das Sprachrohr der Bürger/innen ist vielmehr, daß praktisch jede/r Aktive über die Stadtviertelparlamente, die Bezirksausschüsse, in ein kommunalpolitisches Mandat, zumindest aber im Vorfeld, eingebunden ist.

Rot-grünes kommunalpolitisches Profil

Diesem eigenständigen kommunalpolitischen Profil ist es zu verdanken, daß die Fehlleistungen der Bonner Regierungskoalition bisher nicht auf München übergreifen haben. Die

Fortsetzung der konservativen Politik der Haushaltssanierung durch systematische Kostenverlagerung nach unten auf die Kommunen, die anders als die über den Bundesrat mitregierenden Länder kein institutionalisiertes Mitspracherecht haben, erschweren die Arbeit. Es ist eine Binsenweisheit, daß kommunalpolitisches Handeln unter beständigen Sparzwängen Spielräume für fortschrittliche linke Projekte verengt. Auch eine mit vergleichsweise soliden Finanzen ausgestattete Kommune wie München kann nicht beliebig in die Ausfallfinanzierung von durch bundespolitische Sparmaßnahmen betroffenen Vorhaben treten und ist mit der Bewältigung der Folgen des Verkaufs der Eisenbahnerwohnungen, durch Kürzungen etwa beim pauschalierten Wohngeld, im Sozialen Wohnungsbau oder auch im Bundesfernstraßenbau, die den Bau der zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrsnetzes dringend nötigen Umgehungsstraßen verzögern, überfordert.

Gleichzeitig verstärkt die Enttäuschung über die Politik der Bundesregierung und das Scheitern eines rot-grünen Projekts auf Bundesebene den Erwartungs- und Handlungsdruck auf die Rathauskoalition, die Gefahr läuft, einer Überfrachtung mit Ansprüchen ausgesetzt zu werden. Dieser entgegenzuwirken, ein klares rot-grünes Profil auf kommunaler Ebene herauszuarbeiten ohne sich in einem parteiübergreifenden Kommunalpopulismus allzu offensiv von der Bundespolitik abzusetzen ist die aktuelle Herausforderung für das Rathausbündnis.

Die Ein-Stimmen-Mehrheit im Stadtrat übt eine disziplinierende Wirkung aus und führt zu einem pfleglichen Umgang der Koalitionspartner. Die SPD widerstand bisher der Versuchung, den kleineren Partner zu ersticken und läßt den Grünen ausreichend Luft zur profilbildenden Darstellung und Umsetzung ihrer Projekte. Umgekehrt verzichten diese darauf, ihre Identitäten anhand hochsymbolischer und problembehafteter Themen im Konflikt mit der SPD öffentlichkeitswirksam zu stiften. Das Bündnis funktioniert anhand definierter Rollen, einer klaren Arbeitsteilung und durch hohe Abstimmungdisziplin im Vorfeld öffentlich verkündeter Erklärungen. Allenfalls wird ab und an zum Stilmittel des kalkulierten Konfliktes gegriffen, um die Lager auf beiden Seiten wieder einzusammeln.

Entscheidend für die Profilierung der Münchner SPD als das Sprachrohr der Bürger/innen ist, daß praktisch jede/r Aktive in ein kommunalpolitisches Mandat, zumindest aber im Vorfeld, eingebunden ist.

* Claudia Tausend, seit 1996 Stadträtin in München.

Es besteht aber auch auf Seiten der rechten Sozialdemokratie kein ausgeprägtes Bedürfnis nach Eigenprofilierung durch fortgesetzte Demütigung des grünen Partners, nachdem sich mit der unter ihrem langjährigen, inzwischen aber abgewählten Vorsitzenden Peter Gauweiler weit aus der rechten Mitte abgedrifteten Münchner CSU keine wirkliche Koalitionsoption anbietet. Schmerzhaft bleibt dennoch, daß die SPD zugunsten des kleineren Koalitionspartners in den den Grünen zugeordneten Bereichen auf eine eigenständige Positionierung weitgehend verzichten muß. Ökologische Themen werden fast ausschließlich von den Grünen besetzt wie auch das gesamte Spektrum des institutionalisierten Umweltbereiches personell fest in grüner Hand ist, angefangen bei ökologischer Bildung, Aufklärung und Prävention über die städtische Abfallwirtschaft, den Energiebereich bis hin zum Agenda-Prozeß in beinahe all seinen Facetten.

Zentrale Stellung des Oberbürgermeisters

Technisch-organisatorisch orientiert sich das Regierungsmodell stark an der Figur des Oberbürgermeisters, dessen Kurs gemessen an bundespolitischen Bewertungsschemata durchaus als links-pragmatisch charakterisiert werden kann. Um ihn gruppiert sich ein umfassendes Netz an Runden Tischen und Bündnissen, über die alle zentralen Fragen eine weitgehende Vorabklärung erfahren. Es gibt wohl kaum noch eine gesellschaftspolitisch bedeutsame Gruppe, die nicht in der ein oder anderen Art eingebunden wäre. Das Bedürfnis nach Regieren im Konsens auf Grundlage breiter, tragfähiger gesellschaftlicher Mehrheiten ist ausgeprägt und begünstigt die Entstehung korporatistischer Strukturen. Umgekehrt erfahren demokratisch gewählte Gremien hierdurch eine deutliche Schwächung, da sie häufig nur noch im Vorfeld getroffene Entscheidungen durch ihre Zustimmung zu legitimieren haben. Verschärfend kommt hinzu, daß die Bayerische Gemeindeordnung dem Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung sowie als Vorsitzendem des Stadtrats eine mit ungewöhnlicher Machtfülle ausgestattete Stellung zugesteht, die scherzhaft häufig als Kommunal-Gaullismus bezeichnet wird.

Auch die öffentlichkeitswirksame Darstellung des Modells München

Foto: Christian Kiel (Berlin)



wird dem Oberbürgermeister überlassen, der als idealer Repräsentant einer Stadt gilt, die sich gerne als weltoffen und tolerant versteht, Stolz auf Geschichte und Kultur ist, den hohen Freizeitwert der Umgebung genießt und die sich im Lebensgefühl dem nahen Oberitalien verbundener fühlt als dem fernen Berlin. Die stärkere Akzentuierung von Liberalität und großstädtischer Atmosphäre zählt zweifellos zu den Verdiensten Udes – und nicht nur weil er Freischankgenehmigungen, Gaststättenlizenzen und Sperrzeitverkürzungen weniger verbissen handhabt als sich dies manche Stadtteilpolitiker/innen wünschen würden oder weil in seiner Amtszeit die Belange der Jugendkultur Eingang in die Politik gefunden haben. Entscheidender sind die Versuche, durch breite Bündnisse aus gesellschaftlichen Gruppen für mehr Toleranz und Akzeptanz für die Integration der Nicht-Deutschen zu werben, die über ein Fünftel der Wohnbevölkerung stellen oder ein offenes Klima für alternative Lebensentwürfe und -weisen wie die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben herzustellen. In der Tat hat er seine stärksten Momente, wenn es ihm gelingt, populistischen Versuchungen zu widerstehen und er gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus das Wort erhebt, konservativen Mief, Spießertum und Kleingeisterei kabarettistisch aufbereitet geißelt, ohne das Kleine-Leute-Milieu zu verprellen.

Der sozialdemokratische Spagat, die klassische Stammwählerschaft anzusprechen und ihre Bedürfnisse mit den Ansprüchen und Interessen aufstiegsorientierter, gut verdienender Mittelschichten zu verbinden, konnte bisher erfolgreich gemeistert werden.

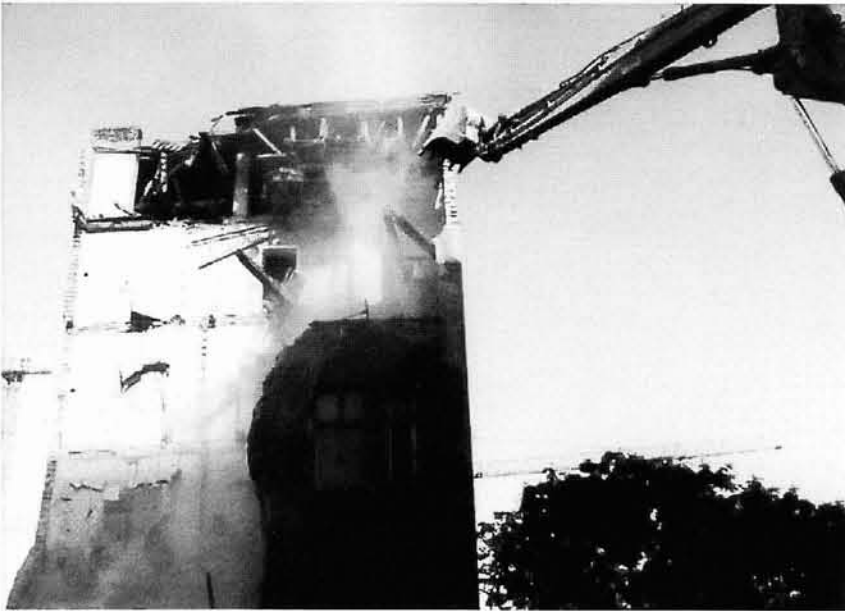
Dabei galt es programmatisch Kontinuität zu gewährleisten, traditionelle Stärken hervorzuheben wie auch gleichzeitig möglichst geräuschlose Kurskorrekturen vorzunehmen und eine Modernisierung von Verwaltung, Institutionen, politischen Strukturen und im Erscheinungsbild behutsam, aber in einem kontinuierlichen Prozeß voranzutreiben und den Erfordernissen der Stadtgesellschaft zeitgemäß anzupassen. Wenn der Münchner Oberbürgermeister angesichts der bundespolitischen Auseinandersetzung heute gerne betont, Modernisierung und soziale Gerechtigkeit bildeten in sich keinen Widerspruch, so ist dies gemessen an Münchner Realitäten nicht nur eine Beruhigungsfloskel für die Parteilinke.

Weltmarktorientiertes Wachstumsmodell

Zweifellos stellen sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Großraum München, der mit seiner stark exportorientierten Industrie zu den führenden Wachstumsregionen Europas zählt, günstiger dar als in Kommunen, die die finanziellen und sozialen Folgen von Strukturkrisen zu bewältigen haben. Neben der traditionellen Stärke im Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau wie auch in der Rüstungsindustrie bilden die sich mit hoher Dynamik entwickelnden Bereiche der (Neuen) Medien und der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, vor allem im Finanzsektor, eine zweite Säule. Ein auf selektive Ansiedlungspolitik von zukunftssträchtigen High-tech-Unternehmen mit hoher Wertschöpfung und hochqualifizierten Arbeitsplätzen gegründetes Wachstumsmodell sorgt für eine prosperierende Wirtschaft mit kontinuierlichen Zuwachsraten und eine gute Beschäftigungssituation mit einer Ar-

Das Bedürfnis nach Regieren im Konsens auf Grundlage breiter, tragfähiger gesellschaftlicher Mehrheiten ist ausgeprägt und begünstigt die Entstehung korporatistischer Strukturen.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



beitslosigkeit von derzeit etwas über 5 %. In einer parteiübergreifenden Kooperation mit dem CSU-regierten Freistaat, der sich in der Verwendung seiner Privatisierungserlöse mit Investitionen in Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu Lasten der nordbayrischen Krisenregionen stark auf den Raum München konzentriert, wird eine durchaus als strukturkeynesianistisch zu charakterisierende Unternehmens-, Beteiligungs- und Industriepolitik betrieben. (Es ist eine im übrigen nicht näher erklärbar Münchner Besonderheit, daß diese wirtschaftlichen Erfolge bei Landtagswahlen regelmäßig der CSU, bei Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen allerdings der SPD zugeschrieben werden.)

Rot-Grüne Zukunftsinvestitionspolitik

Neben prestigeträchtigen gemeinsamen Projekten wie dem Großflughafen München-Erding und der Neuen Messe Riem unterstützt die Stadt München das Ansiedlungsinteresse der zahlreichen mit dem Freistaat verflochtenen Unternehmen wie auch rein privater Bauträger mit einer nicht überall auf Zustimmung stoßenden, großzügigen Gewerbeflächenpolitik und beschleunigter Bauleitplanung. Auch die eigene Bautätigkeit, im Wohnungsbau mit einer Rate von 6000 neuen Wohnungen pro Jahr, darüber hinaus durch den forcierten Neubau von Verwaltungsgebäuden, Schulen und Kindertagesstätten, im Trambahn- und U-Bahn-Bau und im Straßenbau, wurde in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet, allerdings nicht im-

mer freiwillig: Die Stadt wurde 1996 durch einen Bürgerentscheid gegen den Willen der regierenden Mehrheit zum Bau von 3 Straßentunneln mit einem Volumen von mehr als 1 Mrd. DM verpflichtet. Grundsätzlich bedeutete diese Intensivierung öffentlicher und privater Investitionstätigkeit eine bewußte Abkehr von der in München jahrelang verfolgten verhaltenen Baupolitik, die aber nicht allein als opportunistische

Hinwendung zu mehr Wirtschaftsfreundlichkeit mißverstanden werden darf. Hauptziel dieser unter Ude vorgenommenen Kurskorrektur war die Verstetigung von Investitionen auf hohem Niveau zur Behebung von (Bau-)konjunktur wie damit auch zur Sicherung niedrig qualifizierter und in Abstimmung mit dem Freistaat durch die Pflicht zu Tariftreueerklärung und Nachunternehmerklärung vor Billigkonkurrenz geschützten Arbeitsplätzen beizutragen. Die öffentliche Zukunftsinvestitionspolitik trägt durch ihre klare Prioritätensetzung durchaus eine rot-grüne Handschrift und wird zudem als Beschäftigungspolitik und vorausschauende Sozialpolitik begriffen.

Trotz hohen Gestaltungsanspruchs und Wahrnehmung sich bietender Spielräume kann strukturpolitisch angesichts der starken Orientierung an den Erfordernissen der globalisierten Leitsektoren nicht von einem tragenden sozial-ökologischen Modernisierungsmodell gesprochen werden. In größerem Rahmen sind entsprechende Ansätze zwar in die Leitbild- und Stadtentwicklungsdiskussion eingeflossen, können aber beispielsweise dem regen Investoreninteresse und dem hohen Baudruck von privater Seite nicht immer standhalten. Auch hat die Stadt für eine Reihe von vorbildlichen Modellprojekten in der ökologisch-sozialen Siedlungsentwicklung nationale und internationale Auszeichnungen erhalten, sie werden jedoch vorrangig in von privaten Bauträgerinteresse freien, stadt-eigenen Nischen mit großen Ehrgeiz vorangetrieben. Manche aus rot-

grünem Eifer geborenen, ideologisch überhöhte Experimente sind auch gescheitert.

Verteilungsspielräume

Wirtschaftspolitisch zählt auch in München, wenn auch differenziert, das klassische sozialdemokratische Motto: „Erst Wachstum, dann Verteilung.“ Hohe Gewerbesteuererinnahmen sorgen für eine solide Haushaltslage und erhebliche Verteilungsspielräume. Eine differenzierte Aktive Arbeitsmarktpolitik bietet durch Beratung, Fortbildungsmaßnahmen und in Projekten Angebote für die unterschiedlichen Problemlagen, schwerpunktmäßig für Jugendliche, Frauen, geringer qualifizierte, ausländische und ältere Arbeitnehmer/innen, die klassischen Verlierer einer weltmarkt-orientierten Modernisierung. Die sozialen Fragmentierungen sind jedoch geringer ausgeprägt als in vergleichbaren Großstädten, die einen ähnlichen Wachstums- und Modernisierungskurs eingeschlagen haben. Die Frage der sozialen Sicherung und des Zusammenhalts der Münchner Stadtgesellschaft steht dennoch im Zentrum der jährlichen Haushaltsberatungen, bei denen die Etats für Soziales, Schule und Bildung sowie Umwelt regelmäßig erhebliche Ausweitungen erfahren. Die Unterstützung halböffentlicher wie privater Initiativen sowie weit über 1000 Projekte bilden die unverzichtbare Grundlage für gesellschaftliche Integration, Eröffnung emanzipatorischer Chancen und Stärkung partizipativer Ansätze.

Verwaltungsreform – wohin?

Eine bedeutsame Rolle spielen hier gleichermaßen Angebot und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen.

Der von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung bundesweit in den Kommunen initiierte und in München vor fünf Jahren übernommene Prozeß der Verwaltungsreform führt jedoch eher ein fortgesetztes Nischendasein innerhalb eines technokratisch-autistischen Bereiches einer von der Stadt eigens dazu geschaffenen Reformbürokratie. Häufig als theoretisch aufgeblähtes Konstrukt zu Haushaltskonsolidierung und zum verdeckten Personalabbau mißverstanden und auch tatsächlich mißbraucht, ist insbesondere in der ohnehin durch Einsparmaßnahmen und jahrelangen Einstellungsstopp ausgezehrt städtischen Mitarbeiterschaft das Mißtrauen gegen die Verwaltungsreform ausge-

In einer parteiübergreifenden Kooperation mit dem CSU-regierten Freistaat wird eine durchaus als strukturkeynesianistisch zu charakterisierende Unternehmens-, Beteiligungs- und Industriepolitik betrieben.

prägt und die Mitwirkungsbereitschaft entsprechend eingeschränkt. Einer Orientierung auf Budgetierung, Verwaltungsverschlingung, dezentraler Ressourcenverantwortung bei gleichzeitigem Aufbau einer umfassenden, oberbürgermeisternahen Steuerungsbürokratie und Zurücknahme der Einflußmöglichkeiten des Stadtrats wird auch zunehmend von politisch verantwortlicher Seite mit verhaltener Skepsis begegnet, zumal weitere allgemein akzeptierte Zielsetzungen wie Dienstleistungsorientierung, Bürgernähe und -freundlichkeit in den Hintergrund treten.

Der Reformprozeß verengt sich somit auf eine Instrumentendiskussion, Leitbilder und Zielanalysen werden zunehmend aus den Augen verloren, auch weil die Politik technisch-organisatorisch in die Gestaltung der Aufgaben ungenügend einbezogen ist. Dieses Defizit bestärkt manche ungenuten Vorahnungen bezüglich der den politisch Verantwortlichen nach erfolgreichem Abschluß der Verwaltungsreform zgedachten Aufgabenstellung, die sich auf Leitbild- und Zieldefinitionen sowie auf die zentrale Steuerung konzentrieren und der somit der Zugriff auf das tägliche Verwaltungshandeln und auf Einzelprojekte und -entscheidungen entzogen werden soll. Ein derart verstandenes Verhältnis von Politik und Verwaltung läuft dem bisherigen, etwa in der Bayrischen Gemeindeordnung verankerten Verständnis zuwider, das den Stadtrat als Kollegialorgan und als Bestandteil der Verwaltung begreift, und führt unausgesprochen in eine „Parlamentarisierung“ der Kommunalpolitik.

Eine Chance läge hierin aber nur dann, wenn mit einer derartigen Neukonzeption von Kommunalpolitik eine entsprechende Stärkung der für Kontroll- und Steuerungsaufgaben unerläßlichen „parlamentarischen Rechte“ einhergehen würde. Dies müßte verbunden sein mit einer Professionalisierung der Arbeitsbedingungen der Stadtratstätigkeit einschließlich einer Änderung des Status des kommunalpolitischen Mandatsträgers hin zur Berufspolitik, ein Weg, der sich derzeit nicht abzeichnet: der Status der Ehrenamtlichkeit ist parteiübergreifend ebenso sakrosankt wie für Münchner Großstadtverhältnisse unzeitgemäß. Insofern laufen die derzeitigen Bestrebungen der Verwaltungsreform auf eine tendenzielle Entmachtung der politisch Verantwortlichen hinaus (und hier ist nicht nur der gerne zitierte, um seinen ört-

lichen Kanaldeckel besorgte Hinterbänkler betroffen), da die Grundlagen zur Wahrnehmung einer zielorientierten Steuerung nicht gegeben sind.

Während Verwaltungseinheiten beginnen, sich zu verselbstständigen und sich der politischen Kontrolle zu entziehen, wächst gleichzeitig der Legitimationsdruck auf städtische Vorhaben, der sich nicht selten zu erheblichen Akzeptanzproblemen ausweitet, steigen die Ansprüche der Bürgerinnen an Information und an breite Beteiligung. Die Darstellung der Begründungszusammenhänge im Vorfeld der Umsetzung eines Vorhabens erfordert von politisch Verantwortlichen wie Verwaltung ein intensiveres Nachdenken über Zielsetzungen, ein sorgfältigeres Abwägen der widerstreitenden Interessen, ein frühzeitiges Einbeziehen der Betroffenen bereits in der Konzeptionsphase, bestmögliche Information der Bürgerinnen und professionelle Öffentlichkeitsarbeit. Neuere, auf Initiative von SPD und Grünen durchgesetzte, gesetzlich verankerte Instrumente der Bürgerbeteiligung wie kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, die Direktwahl der Bezirksausschüsse, gefolgt von einer sukzessiven Kompetenzübertragung von Stadtrat auf Bezirksausschüsse, denen demnächst in einem Modellversuch eigene Budgetrechte eingeräumt werden, haben zweifellos zu einer Sensibilisierung der Bürger/innen für die Kommunalpolitik beigetragen, in dessen Folge ein Beteiligungsdruck über die gesetzlichen Anforderungen hinaus entsteht.

Im Bewußtsein dieses Zusammenhangs kann Verwaltungsreform nicht auf eine mit Personaleinsparungen einhergehende Verwaltungsverschlingung verengt werden, sondern muß sich vielmehr einer umfassenden Aufgabenrevision stellen. Das Ziel einer bürgerfreundlichen Dezentralisierung von Verwaltungsaufgaben und einer stärkeren Beteiligung von Bürger/innen an städtischen Vorhaben erfordern einen höheren, nicht geringeren Personaleinsatz; Konzeption, Steuerung und Umsetzung von innovativen Projekten benötigen einen anderen Input als die Bearbeitung alltäglicher Routineaufgaben. Verwaltungsreform so verstanden, trägt zu einer Schwerpunktverlagerung, zu einem anderen Selbstverständnis städtischer Verwaltungsarbeit und politischer Verantwortung bei und stärkt die kommunale Demokratie. spw

völlig überarbeitete und erweiterte 4. Auflage

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf
Grenzen der Globalisierung
 Ökonomie, Ökologie und Politik
 in der Weltgesellschaft

2000 – 600 S. – DM 58,00
 ÖS 423 – SFR 52,50 – ISBN 3-929586-75-4

„Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf haben ein wichtiges Buch vorgelegt. Es ist unverzichtbar für alle, die sich kritisch mit den globalen Problemen unserer Zeit befassen.“

Klaus Werry Am Abend vorgestellt/WDR

Claudia Fröhlich/Michael Kohlstruck (Hrsg.)
Engagierte Demokraten

Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht

1999 – 314 S. – DM 48,00
 ÖS 350 – SFR 44,50 – ISBN 3-89691-464-2

1999 – 50 Jahre Bundesrepublik nimmt dieser Band zum Anlaß, in einer Reihe von Portraits Personen vorzustellen, die – anfangs als „Nestbeschmutzer“ beschimpft – mit ihren Initiativen zur Durchsetzung der demokratischen Kultur beigetragen haben.

Es schreiben z.B. Thorsten Bohnacker über Theodor W.Adorno, Andreas Nachama über Heinz Galinski, Andreas Wöll über Wolfgang Staudte, Eckart Spoo über Otto Köhler, Bernd Rother über Willy Brandt.

Michael Jäger

Probleme und Perspektiven der Berliner Republik

(einsprüche Band 10)

1999 – 183 S. – DM 29,80
 ÖS 218 – SFR 27,50 – ISBN 3-89691-598-3

Michael Jäger, nicht nur als Redakteur der Ost-West-Zeitung FREITAG bekannt für seine kenntnisreichen Analysen und oft überraschenden Folgerungen nimmt die vergangenen zehn Jahre seit der deutsch-deutschen Vereinigung und vor allem auch die Zukunft in den Blick.

PROKLA 116

„Rot-Grüner“ Absturz

1999 – 160 S. – DM 20,00
 ÖS 146 – SFR 19,00 – ISBN 3-89691-316-6

„Rot-Grün“, verstanden als Projekt einer wenigstens ansatzweisen Alternative zur konservativ-neoliberalen Politik der Vorgängerregierung, ist bereits in diesem ersten Regierungsjahr abgestürzt. Die rot-grüne Misere reflektiert PROKLA in Heft 116.

**WESTFÄLISCHES
 DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
 e-mail: dampfboot@login1.com
 http://www.login1.com/dampfboot

Neue Grundlagenmaterialien zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus

von Ralf Krämer*

Besprechung zu: Elmar Altvater/Rolf Hecker/Michael Heinrich/Petra Schaper-Rinkel: Kapital.doc, Münster 1999, Verlag Westfälisches Dampfboot, Buch mit CD-ROM DM 48,-; Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung, Münster 1998, Verlag Westfälisches Dampfboot, DM 68,-; Joachim Vockel: Bilder zum Kapital, Köln 1998, Payrossa-Verlag, DM 28,-

Die marxistische Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus galt auch vielen Linken eine Zeitlang als spätestens mit dem Untergang der realsozialistischen Staaten historisch erledigt. Dies änderte sich in den letzten Jahren wieder, als mit der fortschreitenden Internationalisierung der Ökonomie und Durchsetzung neoliberaler Politik die Angemessenheit marxistischer Begriffe und Theorien für den real existierenden Kapitalismus immer deutlicher wurde – auch wenn die von Marx gesehene geschichtliche Perspektive einer „Expropriation der Expropriateure“ (Enteignung der – kapitalistischen – Enteigner) nicht in Sicht ist. Es waren aber kaum geeignete Materialien zu bekommen, die eine differenzierte Einführung in das „Kapital“, einen Überblick über die Diskussionen seitdem und über aktuelle marxistische Analysen der Entwicklung des Kapitalismus gaben. In der letzten Zeit sind nun endlich neue Bücher erschienen, die diesem Mangel abhelfen können.

Es ist sehr zu hoffen, dass „Kapital.doc“ und das Buch von Conert weite Verbreitung und v.a. auch LeserInnen in Kreisen der Linken finden werden.

Kapital.doc als grundlegende Einführung

Im Mittelpunkt des Buches „Kapital.doc“ steht eine von *Elmar Altvater* auf der Basis von „Kapital-Kursen“ an der FU Berlin erstellte Einführung zum Band I des „Kapital“. Diese zeichnet sich durch eine Vielzahl von Schaubildern aus, mit deren Hilfe wichtige Begriffe und Zusammenhänge visualisiert werden. Dieser Text, der 172 der 244 Seiten ausmacht, wird ergänzt durch eine von *Michael Heinrich* verfasste kommentierte Übersicht über die Literatur zur Kritik der politischen Ökonomie von Marx und Engels bis heute (33 S.) sowie durch eine von *Rolf Hecker* verfasste Darstellung der Entstehungs-, Überlieferungs- und Editions-geschichte der ökonomischen Manuskripte und des „Kapital“ von Marx (22 S.).

Inhaltlich hält sich der *Altvater* ziemlich eng an den Originaltext des „Kapital I.“, folgt genau der dort vorgegebenen Strukturierung und versucht, dessen Argumentation nachzuvollziehen und zu erläutern, aber auch kurze Bezüge zu aktuellen Problemlagen und Diskussionen herzustellen. Es geht also nicht um wissenschaftliche Weiterentwicklung, aber auch nicht um bloße Reproduktion, sondern um Interpretation. Insbesondere auf die problematische stoffliche-energetische und ökologische Dimension kapitalistischer Produktionsweise wird mehrfach eingegangen. Dabei werden aber auch m.E. theoretisch nicht unproblematische Konzeptionen eingeführt, und insgesamt könnte die Klarheit der Begriffsverwendung gelegentlich größer sein.

Sehr informativ und nützlich zur Einordnung des „Kapital“ und der daran anschließenden theoretischen Diskussionsbeiträge bis in die Gegenwart fand ich die Texte von *Heinrich* und von *Hecker*. Bei *Heinrich* erschien mir die Auseinandersetzung mit den differenzierteren zu betrachtenden, an der Theorie (oder vielleicht besser plural: Theorien) des staatsmonalistischen Kapitalismus anknüpfenden Beiträgen zur Kapitalismusanalyse zu dürftig, da endet seine Darstellung schon 1974. Zurecht weist *Heinrich* darauf hin, dass der erste Band des Kapitals – der bekanntlich den „Produktionsprozess des Kapitals“ behandelt – keine hinreichende Basis der Kapitalismusanalyse sei. Es ist deshalb zu hoffen, dass auch zu den im zweiten und dritten Band behandelten, eher gesamtwirtschaftlich orientierten Fra-

gestellungen geeignete Einführungen produziert werden – gegenwärtig ist da aber wohl nichts geplant.

CD-ROM als nützliche Ergänzung

Besonderes Schmeckel von „Kapital.doc“ ist die dazugehörige, von *Petra Schaper-Rinkel* konzipierte und realisierte CD-ROM. Auf dieser finden sich die Texte und Schaubilder von „Kapital.doc“, der Text des Marx-schen „Kapital Bd. I.“ (in der verbreiteten Fassung der Marx-Engels-Werke Bd. 23), eine Reihe von weiteren Marx-Engels-Texten (Feuerbach-Thesen und Manifest) bzw. längeren Zitaten (aus der wissenschaftlichen Marx-Engels-Gesamtausgabe, nicht der MEW-Fassung) sowie einige Internet-Links zu Adressen, die sich mit den Werken von Marx und Engels befassen. Auch zwischen den Abschnitten der *Altvater*-Einführung und den entsprechenden Kapiteln im „Kapital“ sowie zu ausgewählten Marx-Zitaten kann mittels eines Internet-Browsers bequem gesprungen werden. Außerdem befindet sich das ganze Buch im RTF-Format zum Download auf der CD, so dass dann mit der Suche-Funktion eines Textverarbeitungsprogramms eine Stichwortsuche in den Texten möglich ist.

Die CD-ROM bietet so eine Reihe von zusätzlichen Möglichkeiten und Hilfen bei der Erarbeitung der Texte. Dennoch werden die Möglichkeiten dieses Mediums m.E. nicht ausgeschöpft und sind hier Verbesserungen möglich, z.B. Exportfunktionen und eine integrierte und mit verschiedenen Optionen versehene Suchfunktion auf der CD selbst, mit der auch in den Marx-Texten gearbeitet werden kann. Trotzdem setzt die Ergänzung des Buches mit der CD-ROM einen Standard, der auch bei anderen Grundlagentexten und Handbüchern sowie Wörterbüchern künftig die Regel werden sollte. Das ändert m.E. nichts daran, dass für die inhaltliche Erarbeitung auch in Zukunft Bücher eine zentrale Rolle spielen werden, weil das Lesen längerer Texte am Bildschirm einfach unbequem und unübersichtlich ist und weil man in Büchern besser anstreichen und eigene Anmerkungen machen kann.

Vom Handelskapital zur Globalisierung

Unter dem Titel „Vom Handelskapital zur Globalisierung“ hat *Hansgeorg Conert* ein mit 579 Seiten überaus umfangreiches Handbuch zur Kapita-

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion

lismustheorie vorgelegt. Der zunächst hoch erscheinende Preis ist daher durchaus gerechtfertigt, zumal die inhaltliche Fülle wiederum den Umfang völlig rechtfertigt. Der Text geht problemorientiert vor, die Marxschen Beiträge zur Gesellschafts- und Ökonomiekritik werden eingeordnet und verbunden mit wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Darstellungen der Entwicklung des Kapitalismus sowie ideengeschichtlichen Abschnitten. Neben knappen und guten Zusammenfassungen liefert Conert auch eine angemessen kritische Diskussion wichtiger Theorieelemente bei Marx, etwa zur „Entfremdung“ oder zur Werttheorie. Dabei – auch in den anderen Kapiteln – finden sich auch viele Verweise auf weitere Literatur zum jeweiligen Thema.

Im Zentrum des Buches steht dann eine marxistische Darstellung der sozial-ökonomischen Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Produktionsweise bis zur Gegenwart, mit einem Schwerpunkt auf der Entwicklung in Deutschland. Neben Produktivkraftentwicklung, Monopolisierung, Imperialismus und Entwicklung der Arbeiterbewegung werden Herausbildung und Grundzüge der sog. „fordistischen Phase“ des Kapitalismus und der Fordismustheorie dargestellt. Anschließend werden in differenzierter Weise zentrale Dimensionen und Probleme des sich entwickelnden „postfordistischen“ Kapitalismus diskutiert: Veränderungen im Produktionsprozess, Entwicklung zur Dienstleistungsökonomie, „Globalisierung“ und Weltmarkt, relative Verselbständigung der monetären Sphären, Entkopplung von Kapitalakkumulation und gesellschaftlicher Wohlstandsentwicklung im Zuge der Durchsetzung neoliberaler Politik. Zentrale Elemente neoliberaler Ideologie waren vorher in einem Exkurs zu Hayek dargestellt worden.

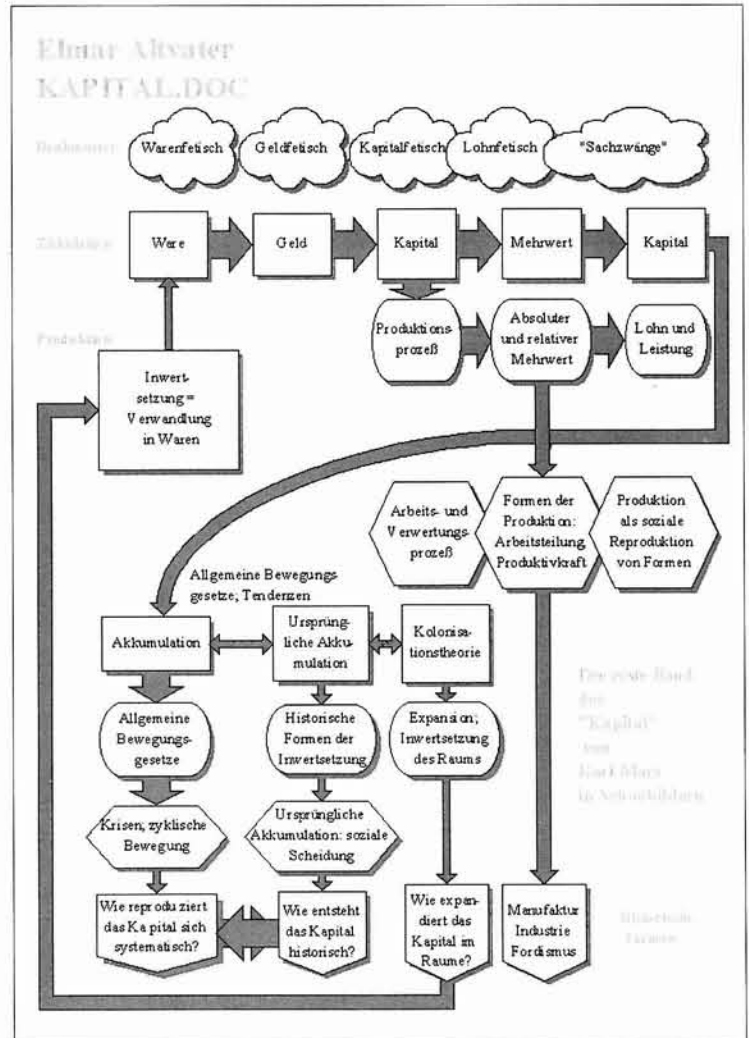
Den Abschluss des Buches bilden Kapitel zum gescheiterten Realsozialismus und zu einer realen Utopie einer sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft. Im Ausblick werden Bedingungen diskutiert, zumindest bescheidene Alternativen zum neoliberal entfesselten Kapitalismus durchzusetzen. Insgesamt bietet das Buch eine hervorragende Basis, sich in die zentralen Fragestellungen und Ergebnisse marxistisch orientierter Kapitalismustheorie einzuarbeiten. Aufgrund der klaren Gliederung ist es auch gut möglich, sich dabei auf be-

stimmte besonders interessante Themen zu konzentrieren, ohne das ganze Buch studieren zu müssen. Kritisch ist zu bemerken, dass ein Sachwortregister fehlt (es gibt hier ja auch nicht die Möglichkeit der Suche mit Hilfe eines Computers), noch besser auch ein Glossar wichtiger Begriffe. Auch grafische Darstellungen hätten an der einen oder anderen Stelle hilfreich sein können. Dadurch hätte der hohe Gebrauchswert als Handbuch noch gesteigert werden können.

Bilder zum „Kapital“

Der inhaltliche Schwerpunkt der „Bilder zum Kapital“ von Joachim Vockel sind die Ströme und Kreisläufe von Arbeit, Stoffen, Geld und Wert, die die verschiedenen ökonomischen Einheiten und Sphären einer kapitalistischen Wirtschaft miteinander verbinden bzw. austauschen. Die Schaubilder sind relativ großformatig und komplex. Es ist notwendig, sich konzentriert mit ihnen zu beschäftigen und sich dabei stets die verschiedenen verwendeten Symbole zu vergegenwärtigen; dann wird deutlich, dass sie wichtige und komplexe Zusammenhänge visualisieren. Neben den Grafiken sind dazu passende Zitate aus verschiedenen ökonomischen Schriften von Marx platziert. Als Anwendungen für die Praxis finden sich ein Kreislauf-Modell der BRD-Ökonomie und ein Business-Plan für ein S-Bahn-Projekt.

Zum einführenden Studium der politischen Ökonomie des Kapitalismus eignet sich das Buch nicht. Einige der Schaubilder sind in Seminaren verwendbar, bedürfen dann aber der Erläuterung. Es werden nur bestimmte Themen behandelt, deren Auswahl und Anordnung sich nicht unmittelbar erschließt, ein Zusammenhang stiftender übergreifender Text fehlt. Inwieweit der dargestellte „Business-Plan“ ein praktisches Beispiel zu den vorstehenden Schaubildern sein soll, ist unklar. Der Anspruch aufzuzeigen,



„wie und in welcher Richtung die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung präzisiert und ausgebaut werden müßte“, wird m.E. nicht eingelöst, das sollte man sich auch nicht so einfach machen.

Abschließend: Die Zahl derjenigen Aktiven in sich sozialistisch verstehenden Gruppierungen, die über ein einigermaßen fundiertes und auf der Höhe der Zeit befindliches Grundwissen zur Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus verfügen, ist nach meinem Eindruck in den 90er Jahren erheblich zurückgegangen. Bei nicht Wenigen hat man auch den Eindruck, sie hätten viele wichtige und immer noch zutreffende Erkenntnisse wieder „vergessen“, von kritischer materialistischer Analyse der neueren Entwicklungen des Kapitalismus ganz zu schweigen. Es ist deshalb sehr zu hoffen, dass „Kapital.doc“ und das Buch von Conert weite Verbreitung und v.a. auch LeserInnen in Kreisen der Linken finden werden. Auch als Geschenke sehr geeignet, Weihnachten ist ja nicht mehr lang hin. spw

Linke stagniert, Konzentration im rechten Lager

Parlamentswahlen in der Schweiz

von Adrian Zimmermann*

Bei den nationalen Parlamentswahlen in der Schweiz wurde die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei von der kleinsten Regierungspartei knapp zur wählerstärksten Partei. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) stellt aber trotz des leichten Vorsprungs der SVP weiterhin die grösste Fraktion im Nationalrat. Obschon nüchtern betrachtet kein rechter Erdrutschsieg stattgefunden hat, sondern eine Konzentration des rechten Lager bei der SVP, ist klar: Der Linken ist es nicht gelungen, ihr Wählerpotential zu mobilisieren und damit den Rechtstrend auszugleichen.

Wie in der Schweiz schon lange üblich, gingen aus dem flauen Wahlkampf erneut die Nichtwählenden als eigentlich „stärkste Partei“ hervor.

Die SVP holte mit 22.6% 44 Sitze, die SPS mit 22.5% 51 Sitze, die Freisinnig-demokratische Partei (FDP) mit 19,9% 43 Sitze, die Christdemokratische Volkspartei (CVP) mit 15,8% 34 Sitze. Die SPS legte damit leicht an Wähleranteil zu, verlor aber trotzdem Sitze, da ihre grossen Sitzgewinne 1995 teilweise auf Restmandate zurückzuführen waren. Trotz des Trends zur Polarisierung zwischen SPS und SVP verlor die bürgerliche Mitte aus FDP und CVP nur 2 Sitze, wobei überraschenderweise beide Verluste auf Kosten der FDP und nicht der oft als „Verliererpartei“ betrachteten CVP gingen.

In der Folge der historischen Wende von 1989 hat sich auch die politische Konstellation in der Schweiz verändert: An die Stelle der Konfrontation zwischen einem dominierenden Bürgerblock gegen eine klar minoritäre Sozialdemokratie ist ein „tripolares System“ getreten: Einem von der SPS dominierten Linksblock steht ein rechtsbürgerlicher, von der SVP geführter Block gegenüber. Dazwischen stehen die Parteien der bürgerlichen, rechten Mitte (FDP und CVP). Ist diese rechte Mitte in wirtschaftlichen Fragen klar auf der neo-liberalen Linie der SVP und damit der Bürgerblock in seinem klassenpolitischen Kern nach wie vor intakt, formiert sich in Fragen der europäischen Integration, in Teilfragen der Sozialpolitik, der Drogenliberalisierung und der Umwelt- und Verkehrspolitik häufig eine „Reformkoalition“ aus der Linken und der bürgerlichen Mitte.

Die Konkordanz: Statt Regierungswechsel wechselnde Mehrheiten in Einzelfragen

Im Gegensatz zu den meisten übrigen europäischen Ländern besteht in der Schweiz kein System von sich an der Regierung ablösenden Parteien oder Koalitionen, sondern ein sogenanntes Konkordanzsystem.

Im Konkordanzsystem werden alle relevanten Parteien in die Regierung (Bundesrat) eingebunden, soweit die Mehrheit des Parlaments sie für „regierungsfähig“ hält. Da die Bundesräte einzeln von der vereinigten Bundesversammlung (National- und Ständerat) gewählt werden, kommt es kaum vor, dass polarisierende Personen im Bundesrat Einsitz nehmen. Vielmehr drücken sich im Grad der Einbindung einzelner Kräfte in den Bundesrat auch die hegemonialen Verhältnisse in der Schweiz aus. So wurde die Sozialdemokratie – obschon seit 1931 wählerstärkste Kraft, erst nach der Schlacht von Stalingrad 1943, als es ratsam erschien, bei den Alliierten besser dazustehen, mit einem Vertreter in die Regierung geholt. Den ihrer Stärke entsprechenden zweiten Sitz erhielt sie erst 1959, als die Partei längst zu einer den gesellschaftlichen Grundkonsens mittragenden Kraft geworden war: Durch den Klassenkompromiss der Nachkriegszeit konnte die SPS viele ihrer Forderungen als erfüllt ansehen. Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1948 und in Ungarn 1956 akzeptierte die Partei zudem die unter der hehren Fassade der Neutralität

nur notdürftig versteckte faktische Westintegration des Landes. Das Winterthurer Programm von 1959 besiegelte die bereits vorher eingeleitete Revision der Parteistrategie auch programmatisch. Es bezeichnete die Schweiz als „geschichtlich betrachtet im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.“ Ähnlichkeiten mit dem im selben Jahr entstandenen Godesberger Programm der SPD sind nicht zufällig.

Seit diesem Jahr blieb die Zusammensetzung des Bundesrats unverändert (2 SP, 2 FDP, 2 CVP, 1 SVP). Diese sogenannte „Zauberformel“ wird nach den Wahlen 1999 in Frage gestellt: Die SVP verlangt, entsprechend ihrer Wählerstärke einen zweiten Sitz.

Gerade das Beispiel der späten Einbindung der Sozialdemokratie zeigt aber klar, dass sich ein zweiter Sitz für die SVP keineswegs aufdrängt. Die mangelnde Abgrenzung von rechtsradikalen Kreisen und die von ihren Exponenten immer wieder offen geäusserte Verachtung der demokratisch legitimierten Institutionen lassen darüber hinaus auch grundsätzliche Zweifel an der Regierungsfähigkeit der SVP zu. Ein vollständiger Rausschmiss der Rechtskonservativen aus der Regierung wäre aber gerade aus Sicht der Linken wenig hilfreich, da damit die Rechtspopulisten als Protestpartei gegen „die da oben“ noch mehr Zulauf erhalten würden. Ähnliche taktische Überlegungen werden umgekehrt auch die Bürgerlichen in absehbarer Zeit davon abhalten, die SPS aus der Regierung zu werfen.

Da in der Konkordanz kein formeller Koalitionsvertrag besteht, kommt es zum etwas verwirrenden Phänomen, dass Parteien zugleich Regierungs- und Oppositionspartei sein können. Regierungsentscheide werden von einer Regierungspartei im Parlament und unter Umständen auch per Referendum bekämpft. Angesichts der erdrückenden Mehrheit des Bürgerblocks muss vor allem die Sozialdemokratie diese Taktik immer wieder anwenden. Diese Kombination von Regierung und Opposition hat es zwar auch auf der Rechten schon lange gegeben, allerdings getragen von Ad-hoc Komitees, Unternehmerverbänden und rebellierenden Kantonalparteien. Erst mit der autoritärpopulistischen Neuausrichtung der SVP hat dieses rechte Oppositionslager auch einen parteipolitischen Ausdruck gefunden.

Im Konkordanzsystem der Schweiz werden alle relevanten Parteien in die Regierung (Bundesrat) eingebunden, soweit die Mehrheit des Parlaments sie für „regierungsfähig“ hält.

* Adrian Zimmermann, Bern, geb. 1974, Vizepräsident der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), Mitglied der Jugendkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Mitiniant des Oltener Kreises linker SozialdemokratInnen, Werkstudent (Geschichte und Sozialwissenschaften).

SVP und AUNS – die schweizerische Ausgabe der autoritär-populistischen Rechten

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) entstand unter dem Namen Bauern-, Gewerbe und Bürgerpartei (BGB) am Ende des ersten Weltkriegs. Sie verstand sich ursprünglich als Protestpartei der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten gegenüber der Dominanz der grossbürgerlichen und städtischen Interessen im staatstragenden Freisinn, dem die Bauern und Kleinbürger auch eine zu grossen sozialpolitische Nachgiebigkeit der aufstrebenden sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegenüber ankreideten. Zwar gab es von Anfang an auch eine reaktionäre, militant antisozialistische und eng mit der deutschen Rechten verbundene Fraktion des Grossbürgertums und der alten Aristokratie, die auf die BGB setzte. Oft wurden die Sektionen der Partei gleichzeitig mit gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Bürgerwehren gegründet (unter dem Eindruck des Landes-Generalstreiks im November 1918). Hauptexponenten dieser rechten Strömung waren der Bürgerwehrlführer, Arzt und Divisionskommandant Eugen Bircher, im 2. Weltkrieg Leiter einer pro-faschistischen offiziellen „Ärztmission“ an die Ostfront und der für die unmenschliche Flüchtlingspolitik im 2. Weltkrieg verantwortliche Bundesrat Eduard von Steiger. Diese Rechtsausser-Strömung, war allerdings nach dem 2. Weltkrieg diskreditiert. Eine eher zu Kompromissen mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften neigende Strömung setzte sich durch, die besonders im Kanton Bern, wo die BGB/SVP traditionell stärkste Kraft ist, den Kurs der Partei bestimmte.

Die rechtspopulistische Neuorientierung der SVP verbindet sich stark mit dem Namen des Chemieindustriellen und Finanziers Christoph Blocher, Präsident der Zürcher Kantonalpartei. Unter seiner Führung verdrängte die Zürcher SVP den Zürcher „Bahnhofstrassen-Freisinn“¹ von der Position als unangefochtene politische Vertreterin der Interessen des Finanzplatzes Zürich und hegemoniale Macht im Bürgerblock. Durch die als (erfolgreiches) Kampfkomitee gegen den UNO-Beitritt der Schweiz gegründete und im Kampf gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erneut erfolgreiche chauvinistische Sammelbewegung „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)“ ge-

Foto: Christian Kiel (Berlin)

Bundesversammlung Wahlen, Abstimmungen Wahl eines Mitglieds des Bundesrates

16. Dezember 1999 : Gesamterneuerungswahl des Bundesrates

Nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrates findet auch eine Gesamterneuerung des Bundesrates statt. Die Bundesräte, der Bundespräsident und der Vizepräsident werden einzeln gewählt. Ein Kandidat ist gewählt, sobald er mehr als die Hälfte der Stimmen erreicht (absolutes Mehr). Die bisherigen Bundesräte kommen in der Reihe des Amtsalters zur Wiederwahl.

15 décembre 1999 : réélection intégrale du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est renouvelé intégralement après chaque renouvellement du Conseil national. Les Conseillers fédéraux, le président de la Confédération et le vice-président du Conseil fédéral sont élus séparément. Un candidat est réputé élu dès qu'il réunit sur son nom plus de la moitié des voix (majorité absolue). Les Conseillers fédéraux qui se représentent sont soumis au scrutin de réélection selon l'ordre d'ancienneté.

15 dicembre : Elezione di rinnovo del Consiglio federale

Il Consiglio federale è rinnovato integralmente dopo ogni rinnovo del Consiglio nazionale. I Consiglieri federali, il Presidente della Confederazione e il Vicepresidente del Consiglio federale sono eletti singolarmente. Un candidato è eletto non appena raccoglie più della metà dei voti (maggioranza assoluta). I Consiglieri federali che si ripresentano sono sottoposti allo scrutinio di rielezione in ordine di anzianità.

Der Bundesrat / Le Conseil fédéral / Il Consiglio federale

						
Adolf Ogi SVP / UDC	Kaspar Villiger FDP / PRD	Ruth Dreifuss SP / PS	Moritz Leuenberger SP / PS	Pascal Couchepin FDP / PRD	Rutli Metzler CVP / PDC	Joseph Deiss CVP / PDC
Stimmen / voix	Stimmen / voix	Stimmen / voix	Stimmen / voix	Stimmen / voix	Stimmen / voix	Stimmen / voix

Presseschau zum "Zauberformel" / Revue de presse "La formule magique" / Rassegna stampa "formula magica"

lang es Blocher und seinem Umfeld die Hegemonie über das gesamte rechts-nationale Lager in der Schweiz zu erringen und zunehmend auch in katholischen Gegenden Fuss zu fassen, in denen die SVP bis dahin nicht existiert hatte.

Das national-konservative Lager der Schweiz besteht somit aus einer Partei (SVP) und einer rechten ausserparlamentarische Opposition (AUNS). Beide Formationen führt faktisch der Grosskapitalist Blocher. Der reaktionäre Block, der sich vorher auf die rechten Flügel der bürgerlichen Parteien und die diversen rechtsextremen Splitterparteien verteilt hatte, findet damit erstmals eine einheitliche parteipolitische Vertretung und zivilgesellschaftliche Massenbasis unter einer im ganzen Block akzeptierten Führerfigur.

Politik für die neuen Rentiers – mit Demagogie breit abgestützt

Die Führung der SVP steht ein für eine aggressive Durchsetzung des Shareholder-Value-Strategie. Es geht ihr um eine Stärkung der Rolle der Schweiz als Finanzplatz, um einen Abbau und an den Interessen der Kapitalverwertung ausgerichteten Umbau des Sozialstaates. So soll die AHV (Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die „1. Säule“ der Altersvorsorge) schrittweise vom Umlage- auf ein Kapitaldeckungsverfahren umgestellt werden, um den stark mit der SVP-Führung verflochtenen Privatbanken, Investmentfonds und Allfinanzgesellschaften eine stetige Zufuhr von Anlagekapital sicherzustellen. Auch der antieuropäische Kurs der SVP dürfte in letzter Instanz auf Bestrebungen zurück-

zuführen sein, die Funktion der Finanzdrehzscheibe Schweiz als Steuer-schlupfloch für betuchte EU-BürgerInnen zu erhalten und die Übernahme von EU-üblichen Arbeits- und Sozialstandards zu verhindern.

Diese den Interessen der breiten werktätigen Volksschichten diametral entgegengesetzte Politik streicht die SVP mit einer Art Ausbeutungsdiskurs populär an: Der anständige und hart arbeitende Schweizer „Mittelstand“ werde um die Früchte seiner Arbeit betrogen, selbstverständlich aber nicht etwa vom Kapital, sondern von „Schmarotzern“ aller Art (vor allem aber von „Asylanten“), die „Profiteure“ eines immer mehr „ausufernden Sozial- und Steuerstaats“ seien. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die nachrichtenlosen Vermögen von Nazi-Opfern auf Schweizerbanken im Besondern und die Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg im Allgemeinen, trat dazu der unterschwellige Appell an antisemitische Stereotypen, ohne dass etwa Christoph Blocher diese selbst geäussert hätte.

Die traditionelle Schwäche der schweizerischen Linken

Die schweizerische Linke ist traditionell schwach. Die Ursachen sind wenig erforscht, wichtige Faktoren scheinen mir zum einen das Fehlen von in anderen Ländern zentralen Kernschichten der ArbeiterInnenklasse wie der Berg- und Autoindustriearbeiter, der durch ein sehr restriktives Einbürgerungsrecht verursachte hohe Anteil an „Ausländern“, der grosse Teile der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen vom Stimmrecht ausschliesst. Der „Ausländer“-

Das national-konservative Lager der Schweiz besteht somit aus einer Partei (SVP) und einer rechten ausserparlamentarische Opposition (AUNS). Beide Formationen führt faktisch der Grosskapitalist Blocher.

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente



Weltwirtschaft und "neue Weltordnung"
US-Hegemonie und Triadenkonkurrenz
Die "neue NATO": Neue Kriegsführungs-
strategie / Bundeswehr "out of area"
Europäische "Sicherheits u. Verteidigungs-
identität" / Ostexpansion der NATO
Neue NATO-Doktrin / NATO-Interessen
auf dem Balkan
isw-report Nr. 40
(Juni 1999) DM 6,- + Versand



Karikaturen und Grafiken, Fakten und Argumente zur neuen NATO-Doktrin, Bundeswehr "out of area", Welt-Rüstungsausgaben und -exporte, Kriegsursachen, Schäden u. Kosten des Balkankriegs
isw-grafikdienst 6 (September 1999), DM 9,- + Versand

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Johann-v.-Werth-Straße 3, 80639 München, fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Die Linke hat zur Zeit eine starke defensive Position: Radikale Deregulierungsprogramme sind in der Bevölkerung klar nicht mehrheitsfähig, ebensowenig aber eine offensive Reformpolitik der Linken.

Anteil an der ständigen schweizerischen Wohnbevölkerung beträgt rund 20%. Die Mitgliedschaft der grössten Einzelgewerkschaft, der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) besteht zu rund 70% aus „ausländischen“ ArbeiterInnen, diejenige der zweitgrössten Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen – SMUV (vormals Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband) zu 50%. Zum anderen konnten beide traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und CVP aufgrund ihrer „klassenübergreifenden“ Zusammensetzung über ihr zivilgesellschaftliches Vorfeld Teile der Lohnabhängigen (v.a. in ländlichen und katholischen Gebieten) in ihrem Einflussbereich halten.

Auf nationaler Ebene ist die SPS heute die einzige relevante linke Kraft. Gegründet 1888, war sie seit den 30er Jahren meistens stärkste Partei im Nationalrat, blieb aber immer unter einem Wähleranteil von 30%. Die SPS ist bei gegenseitiger politischer Unabhängigkeit personell und in der sachpolitischen Zusammenarbeit eng mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) verbunden.

Die kommunistische „Partei der Arbeit“ (PdA) existiert praktisch nur noch in der französischsprachigen Westschweiz, wo sie mit ihrer erneuerten, am ehesten wohl als linkspopulistisch zu bezeichnenden Politik in der letzten Zeit erheblich zulegte.

Die in den siebziger und achtziger Jahren bestehenden Kräfte der „Neu-

en Linken“ (im wesentlichen die beide um 1990 aufgelösten Progressiven Organisationen der Schweiz – POCH und die zeitweise in der Gewerkschaftslinken sehr einflussreiche trotzkistische Sozialistische Arbeiterpartei – SAP) beschränken sich heute auf einige lediglich regional – dort allerdings relativ stark – verankerte parteiähnliche linksalternative Gruppierungen.

Die Grüne Partei der Schweiz schliesslich ist fast überall im Land vertreten und mit 5% Wähleranteil und 8 Nationalratsmandaten die stärkste Nicht-Bundesratspartei. Sie steht im Allgemeinen deutlich rechts der SPS.

Die Linke hat zur Zeit eine starke defensive Position, radikale Deregulierungsprogramme sind in der Bevölkerung klar nicht mehrheitsfähig, das zeigte sich bei der haushohen Niederlage des neuen Arbeitsgesetz in einer Volksabstimmung Ende 1996, das eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeiten ermöglicht hätte und bei der ein Jahr darauf folgenden knappen Ablehnung von Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung.

Keine Chance bei der Stimmbevölkerung hat in der heutigen Situation eine offensive Reformpolitik der Linken. Selbst Vorlagen zum Stopfen der schlimmsten Lücken im schlecht ausgebauten schweizerischen Sozialstaat wie die Mutterschaftsversicherung und die Einführung einkommensabhängiger Krankenkassenprämien (statt

der immer noch bestehenden Kopfpriämien) wurden deutlich verworfen. Die schweizerische Linke muss oft mit dem scheinbaren Paradox fertig werden, dass ihre Anliegen noch am ehesten in der Regierung mehrheitsfähig sind, häufig aber am bürgerlich dominierten Parlament und vor allem in der Volksabstimmung scheitern.

Am ehesten ist eine offensive Politik heute noch bei Fragen möglich, die in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit der europäischen Integration stehen. So ist es den Gewerkschaften im Zusammenhang mit den bilateralen Verträge mit der Europäischen Union gelungen, per Referendumsdrohung im Parlament flankierende Massnahmen durchzusetzen, die den Schutz der einheimischen Arbeitskräfte vor Lohndumping nicht mehr, wie bis anhin durch diskriminierende fremdenpolizeiliche Massnahmen, sondern durch eine erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifverträge, durch regionale staatliche festgelegte Mindestlöhne und ein Entsendegesetz sicherstellen können. Ähnliches ist auch den Umweltverbänden und der Eisenbahnergewerkschaft gelungen, die gemeinsam durchsetzten, dass der Transit-Güterverkehr entsprechend dem Anliegen in einer Volksabstimmung erfolgreichen Alpen-Initiative durch eine leistungsfähige Schwerverkehrabgabe und die Subventionierung des öffentlichen Verkehrs weitgehend auf die Schiene verlagert wird.

Der schweizerischen Linken muss es in Zukunft vermehrt gelingen, ihre Haltung für einen Beitritt zur europäischen Union mit einer klar kritischen Haltung gegenüber der neo-liberalen Politik der EU zu verbinden. Zu oft wurden viele Linke bis jetzt als „Euphoriker“ wahrgenommen, was wiederum den Rechtspopulisten zu Gute kam. Der Vergleich der Strategie der Gewerkschaften bei der EWR-Abstimmung 1992 und der parlamentarischen Debatte um die bilateralen Verträge zeigt deutlich, dass zumindest der gewerkschaftliche Teil der ArbeiterInnenbewegung aus Fehlern gelernt hat.

Die SPS in der Krise

In den 80er Jahren geriet die SPS in ein historisches Tief. Der Versuch einer Revitalisierung sozialistischer Konzepte nach dem Vorbild der französischen Debatte über die Selbstverwaltung im Parteiprogramm von 1982

beeinflusste die praktische Politik kaum. Die Partei verlor an Boden, die jüngeren aus der 68er Generation stammenden Parteikader entfernten sich zunehmend von der traditionellen Basis in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.

Das änderte sich anfangs der 90er Jahre, als Peter Bodenmann Präsident der Partei war. Als Walliser stammt Bodenmann aus einer Gegend, wo die Linke sich in einer sehr minoritären Position befindet. Entsprechend war sein Parteiführungsstil ein anderer als derjenige der etablierten Parteikader aus den städtischen Hochburgen der SPS. Unter dem Parteipräsidium Bodenmanns gelang es der SPS vermehrt, die grundlegende Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital wieder mit den sogenannten „neuen“ Anliegen zu verknüpfen. Mit dem Wirtschaftskonzept von 1994 bewies die SPS ihre Kompetenz in Wirtschaftsfragen, wobei die in den vielen anderen europäischen Sozialdemokratien vollzogene Anpassung an den wirtschaftspolitischen „Mainstream“ weitgehend vermieden wurde.

Bodenmanns intelligentes und temporeiches Taktieren überforderte

allerdings einen grossen Teil der ergrauten 68er im mittleren Parteikader. Die Retourkutsche dieser Seilschaften erfolgte dann 1997 mit der Wahl der in der nationalen Politik weitgehend unerfahrenen vormaligen Baudirektorin der Stadt Zürich, Ursula Koch, zur neuen Parteipräsidentin, nachdem Bodenmann überraschend zurückgetreten war. Angetreten mit dem Versprechen, eine „Grundwertedebatte“ zu führen und die „Basisdemokratie“ in der Partei zu stärken, ist Koch bis jetzt vor allem mit taktischen Fehleinschätzungen, einem autoritären Führungsstil gegenüber dem Sekretariat und entgegen ihrer linken Selbstdeklaration klar rechten Äusserungen (u.a. einer die friedenspolitischen Positionen der Partei demontierenden Unterstützung der NATO-Bomben auf Jugoslawien) aufgefallen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Parlamentsfraktion den Parteilinken und profilierten Gesundheitspolitiker Franco Cavalli an ihre Spitze wählen wird und damit ein deutliches Gegengewicht zum verschwommenen Kurs der Parteileitung setzen wird.

Nach dem enttäuschenden Wahlresultat sind Richtungskämpfe

in der Partei entbrannt. Parteiintern und in den Medien werden diese grösstenteils auf Streitigkeiten zwischen einem „Bodenmann-Clan“ und einer „Koch-Gruppe“ reduziert. Einen organisierten Zusammenhang der Parteilinken gab es bis anhin in der SPS nicht. Der dieses Jahr – vor allem angesichts der Debatten in der internationalen Sozialdemokratie um den „dritten Weg“ und den Kosovo-Krieg – von grösstenteils jüngeren, gewerkschaftlich orientierten GenossInnen gegründete Oltener Kreis linker SozialdemokratInnen ist ein erster Ansatz dazu. Eine Rolle der Parteilinken könnte es sein, den personalpolitischen Schleier zu lüften und die Auseinandersetzungen in einen konstruktiven Streit um die strategische Ausrichtung der Partei umzuwandeln. Ein Unterfangen, das zwar nur schwer zu leisten ist, angesichts des kälteren Winds, der der schweizerischen Linken in der kommenden Legislaturperiode entgegenbläst, aber notwendiger denn je!

spw

Nach dem enttäuschenden Wahlresultat sind Richtungskämpfe in der SPS entbrannt. Eine Rolle der Parteilinken könnte es sein, diese in einen konstruktiven Streit um die strategische Ausrichtung der Partei umzuwandeln.

¹ An der Zürcher Bahnhofstrasse befinden sich viele Banken. „Bahnhofstrasse“ heisst daher im Volksmund das Zürcher Finanzkapital.



Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.)
Der Kosovokrieg

Fakten, Hintergründe, Alternativen
Es schreiben: Ulrich Albrecht, Elmar Altwater, Horst Grabert, Norman Paech, Paul Schäfer, Gerhard Zwerenz u.a.

Broschur, 228 S.; DM 24,80;
SFR 23,00; ÖS 184,00;
ISBN 3-89438-192-2



Arno Klönne
Jugend im Dritten Reich

Die Hitler-Jugend und ihre Gegner -
Ein Standardwerk in erweiterter
Neuaufgabe

Broschur, 327 S.; DM 32,00;
SFR 29,50; ÖS 237,00;

Rudolf Hirsch/Rosemarie Schuder
Der gelbe Fleck

1000 Jahre Judenhaß -
Wurzeln und Wirkungen des Antisemitismus
in der deutschen Geschichte.
Überarbeitete Neuauflage zu einem
sensationellen Preis

Hardcover, 772 S., 130 Abbildungen;
DM 29,80; SFR 27,00; ÖS 221,00;
ISBN 3-89438-183-3



Eberhard Czichon/Heinz Marohn
Das Geschenk

Die DDR im Perestroika-Ausverkauf
Die Autoren gehen den aktuellen wie
historischen, den nationalen wie internationalen
Hintergründen für das Ende der
DDR nach. Im Ergebnis des umfangreichen
Faktenmaterials entwickeln sie
Thesen, die bisherigen Darstellungen
widersprechen und zur Auseinandersetzung
provizieren.

Broschur; 548 S.; DM 48,00; SFR 41,00;
ÖS 326,00; ISBN 3-89438-171-X



spw

verschenkt 2 Bücher für 1 neues spw-Abo.

Bitte zwei Kennziffern auf der spw-Abokarte für spw-Buchprämien angeben.



A

Jürgen Ritsert
Soziale Klassen
(Enstiege Band 8),
171 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



B

Christoph Görg
**Gesellschaftliche
Naturverhältnisse**
(Enstiege Band 7),
190 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle, Sabine Hering
Lila ist Trumpf
Eine Bildergeschichte
zur deutschen Frauenbewegung,
174 Seiten, Ladenpreis DM 29,80

Wolfgang Hecker, Rainer Rilling
Politik im Internet
Eine Suchhilfe,
100 Seiten mit Diskette,
Ladenpreis DM 14,90



D



E

Reinhard Kühnl
**Der deutsche Faschismus in
Quellen und Dokumenten**
576 Seiten, Ladenpreis DM 20,-

Gisela Preuschhoff
**Komm, wir spielen
was zusammen**
100 Spiel-Tips für Leute von 0 – 99,
212 Seiten, Ladenpreis DM 19,80



F